



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



Seite 10

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayern-Agenda zur Europawahl 2024:

Kernversprechen für Europa

Einstimmig hat der CSU-Parteivorstand die Bayern-Agenda für die Europawahl am 9. Juni 2024 beschlossen. „Unsere Bayern-Agenda für Europa enthält viele bayerische Schmankele zur Europawahl. Wir sind die Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Wir bieten Bayern pur“, machte Parteichef und Ministerpräsident Dr. Markus Söder deutlich.

Manfred Weber, CSU-Spitzenkandidat zur Europawahl, konstatierte: „Die CSU ist eine Garantie für Stabilität. Die Ampel hat keine Vorstellung von Zukunft, die radikale Rechte legt die Axt an Sicherheit und Wohlstand.“ Mehr denn je müsse die Europäische Union bei ihren großen Kernaufgaben handlungsfähig sein, gleichzeitig aber beherrzbar, sich nicht im bürokratischen Klein-Klein zu verlieren. Aus diesem Grundsatz heraus wolle die CSU die EU in den kommenden Jahren entlang einer Reihe von Kernversprechen gestalten.

Handeln der EU“, heißt es weiter. Daneben soll Frontex zu einer echten europäischen EU-Grenz- und Küstenschutzeinheit mit 30.000 Kräften ausgebaut und damit effektiver Außengrenzschutz garantiert werden. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben. Zudem müssten Asylverfahren an der EU-Außengrenze sowie unter dem Schutz der Europäischen Union auch in sicheren Drittstaaten außerhalb Europas durchgeführt werden und Schutzberechtigten im Anschluss vor Ort Schutz bieten.

EU-Kommissar für Verteidigung

Um Frieden zu sichern, will die CSU einen EU-Kommissar für Verteidigung einführen, die Ukraine weiter in ihrem Verteidigungskampf unterstützen, die bayerische Rüstungsindustrie stärken und einen gemeinsamen europäischen Raketenabwehrschirm aufbauen. Abgelehnt wird dagegen ein EU-Beitritt der Türkei.

Fehlansätze vermeiden

Um Fehlansätze zu vermeiden, sei es sinnvoll, Sozialleistungen für Asylbewerber und Schutzberechtigte in der EU zu vereinheitlichen sowie Migrationsabkommen über die Verringerung und Rücknahme von Migranten in Kooperation mit Nachbarländern (Fortsetzung auf Seite 4)

Keine Einwanderung in deutsche Sozialsysteme

Mit Blick auf die Migrationspolitik gibt es ein klares Bekenntnis zur Arbeitsmigration, jedoch ein „Nein“ zur Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme. „Wir schützen unsere Grenzen mit der Bayerischen Grenzpolizei und reduzieren Zugangsreize mit einer bayerischen Bezahlkarte. Für eine nachhaltige Lösung der Migrationskrise brauchen wir – neben einer Kehrtwende der Bundesregierung – ein entschlossenes

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

15. Bayerisches EnergieForum und 10. Bayerisches WasserkraftForum:

Von kommunaler Wärmeplanung über Wasserkraft bis Bitcoin

23.4.2024 in der Stadthalle Gunzenhausen

Das Bayerische Energie- und WasserkraftForum der Bayerischen Gemeindezeitung und des Bayerischen Gemeindetags ist seit 2008 die Kommunikationsplattform aller mit Energiethemen betrauten Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen und Behörden. Diesjähriger Schwerpunkt ist aus aktuellem Anlass die „Kommunale Wärmeplanung“.



Erste Hinweise, wie die Umsetzung der Planungspflicht in Bayern organisiert werden soll, stellt Direktor Stefan Graf, Fachreferent beim Bayerischen Gemeindetag, gemeinsam mit dem zuständigen Ansprechpartner im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Fabian Schatz, vor. Daneben werden Praxisbeispiele präsentiert und digitale Lösungen vorgestellt. In vier Sälen finden gleichzeitig interessante Vorträge auch z.B. zu den Themen Ladesäuleninfrastruktur, Wärmenetze, gensenschaftliche Modelle, Wasserstoff und Wasserkraft statt.

Neben dem persönlichen Austausch und konkreten praktischen Beispielen liefert das Forum neue Denkanstöße, die im Idealfall zu Problemlösungen führen. So wird bspw. „Bitcoin“ als ökonomische und ökologische Chance für den Standort Deutschland vorgestellt. Das „Mining“ von Bitcoin, also der Erzeugungsprozess neuer Coins, geht mit einem hohen Energieverbrauch einher.

Bereits seit 2008 veranstaltet die Bayerische Gemeindezeitung das Bayerische EnergieForum und seit 2013 das Bayerische WasserkraftForum als Informationsplattform für kommunale Entscheidungsträger. Dieses Jahr ist der Bayerische Gemeindetag, der als kommunaler Spitzenverband die Interessen aller 2.031 kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern vertritt, als Mitveranstalter an Bord.

Informationen: <https://www.bayerisches-energieforum.de/programm-2024>
Anmeldung: <https://www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung>
Fachmesse und Aussteller: <https://www.bayerisches-energieforum.de/partner-aussteller-2024>

DStGB zu Bundeswehr und Zeitenwende:

Herausforderungen für die Standortkommunen

Der Arbeitskreis Garnisonen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert vom Bund und Ländern eine bundesweite Verbesserung der Infrastruktur von Bundeswehrstandorten. In dem vom Arbeitskreis beschlossenen Positionspapier wird insbesondere der teils schlechte Zustand vieler Unterkünfte der Soldatinnen und Soldaten kritisiert. Daneben wird eine bessere Anbindung der Standorte an den Bus- und Bahnverkehr gefordert.

„Die veränderten Schwerpunkte der Bundeswehr erfordern insgesamt eine schnelle Verbesserung der Arbeitssituation an den Standorten. Um die hohe Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufrechterhalten zu können, benötigt die Bundeswehr insbesondere eine bessere militärische Infrastruktur in allen Bundesländern“, heißt es in dem Papier.

Kommunen fordern mehr Unterstützung

Die Kommunen forderten hier insbesondere mehr Unterstützung durch die Länder bei Bauvorhaben in den Kasernen. Wie die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl, in ihren Berichten immer wieder festgestellt habe, führe der Zustand von Unterkünften, Sanitäreinrichtungen und Wirtschaftsgebäuden bei vielen Sol-

datinnen und Soldaten nicht nur zu Frustration, sondern zuweilen auch zu einem Vertrauensverlust in die politische Handlungsfähigkeit.

Qualität der Arbeitsplätze ...

Aus Sicht des DStGB muss der Bund mit den Ländern eine Lösung finden, wie Bundeswehrstandorte im gesamten Bundesgebiet zeitnah auf ein vergleichbares bauliches Niveau gehoben werden können. Dies gelte nicht nur aus sicherheitspolitischen Interessen. Vielmehr bestimme die Qualität des Arbeitsplatzes ebenfalls die Arbeitssituation der Truppe und damit auch die Bereitschaft zu dienen. Es sei inakzeptabel, dass es von der Situation in den Landesbauverwaltungen abhängt, ob gute Ausbildungsbedingungen am jeweiligen Standort geschaffen werden. „Aufgrund der abseh-

baren Personalknappheit und im Interesse gegenseitiger Unterstützung zur Stärkung der Bundeswehr sollten die Länder die Amtshilfe der Landesbauverwaltungen stärken. Denn es gibt Bundesländer, die vorbildlich zeitnah Projekte an Bundeswehrstandorten umsetzen.“

... und der Infrastruktur

Neben einer verbesserten verkehrlichen Anbindung der Standorte muss nach Auffassung des Verbandes die kommunale Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut werden. Erforderlich sei eine Zeitenwende bei der Infrastruktur der Standortgemeinden. Dazu müssten finanzielle bzw. rechtliche Anreize für den bedarfsgerechten Ausbau erfolgen. Beispielsweise sollte der Rechts- und Finanzierungsrahmen von Bund und Ländern für Infrastrukturprojekte in Kommunen im Umfeld von Bundeswehrstandorten gezielt erleichtert bzw. verbessert werden. Dies betreffe im Einzelnen die finanzielle Förderung zum Ausbau von Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie deren Unterhaltung, die Energie-

Strukturwandel jetzt gestalten

BKG-Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2024

Seit Monaten dreht die Bundespolitik „Schleifen“ bei der großen Krankenhausreform. „Damit verlieren wir wertvolle Zeit und Klarheit, wohin die Reise genau gehen soll. Zeit, die wir aber nicht mehr haben. Und es wird Vertrauen verloren“, mahnte Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), bei der Vorstellung des diesjährigen Bayerischen Krankenhaustrends im Münchner Presseclub unter dem Motto „Klarheit schaffen. Schaden begrenzen. Strukturwandel gestalten. Menschen mitnehmen.“ Aktuell stünden die „immensen Defizite und großen Sorgen unserer Krankenhäuser in Bayern mit über 210.000 Beschäftigten“ im Fokus.

„Es ist für uns unverständlich, warum der Bund die Zusammenarbeit mit den Ländern Ende letzten Jahres eingestellt hat. Diese politische Taktik geht nun zulasten der Kliniken“, fuhr Bischof fort. Aus Sicht der BKG wäre es dringend nötig, dass sich Bund und Länder auf eine gemeinsame Gesetzesgrundlage für die Krankenhausreform einigen, damit die Krankenhäuser Planungssicherheit haben. Die BKG bedauerte, dass der Bund jetzt zunächst nur einen Rahmen der Reform im Alleingang durchsetzen will. Erst 2025 sollen Struktur- und Personalvorgaben für Leistungsgruppen gemeinsam mit den Ländern mittels einer Rechtsverordnung geregelt werden.

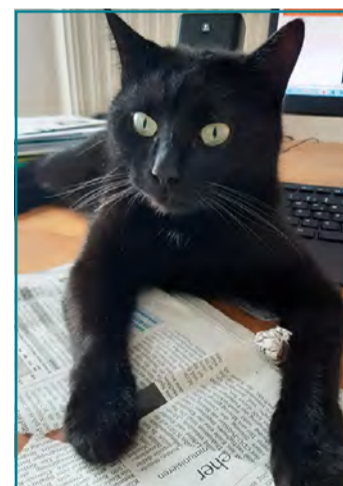
gen Umfrage sogar noch höher erwartet. „Die Nachbesserungen beim Hilfsfonds des Bundes und die zusätzliche Unterstützung des Freistaates hat das Schlimmste kurzfristig verhindert, doch jetzt stehen wir wieder leer da, weil diese Hilfen auslaufen und eine Gesetzesreform mit einer fairen Anpassung der Erlöse weiter auf sich warten lässt“, stellte Landrätin Bischof fest und ergänzte: „Während frei-gemeinnützige und privat getragene Kliniken ihre Reserven derzeit komplett aufbrauchen, erleben wir auch in der Kommunalpolitik, dass die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Rote Zahlen in 7 von 10 Kliniken

Die Auswertung des aktuellen Bayerischen Krankenhaustrends hat ergeben: Im Jahr 2022 waren 6 von 10 Krankenhäusern im Freistaat defizitär und die Jahresabschlüsse für 2023 lassen 7 von 10 Kliniken mit roten Zahlen erscheinen. Für das laufende Jahr 2024 erwarten die Krankenhausverantwortlichen, dass 8 von 10 Kliniken in der Verlustzone landen werden und eine neue bundesweite Rekordzahl von Klinikinsolvenzen. Die größten Sorgen bereiten das Betriebskostendefizit (87,8 Prozent), die Bürokratie (83,5 Prozent), der Fachkräftemangel (71,3 Prozent), mangelnde Investitionsmittel (63,5 Prozent) und das Schlechtere der Kliniken durch die Politik (50,4 Prozent).

Der Anteil der Kliniken mit Betriebskostendefiziten wurde in der Prognose der letztjähri-



Northvolt, Intel, Wolfsspeed und ZF: Unser Rathauskater Pino bescheinigt Deutschland schwere Subventionitis. Seiner Meinung nach läuft etwas schief, wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten. Subventionen seien nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Ausgewählte. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Neues aus dem bayerischen Kabinett	2
EU-Parlament: Neues Migrations- und Asylpaket	2
Integrationspreis: Frauen im Fokus	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik	3
Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg?	3
Statistik Kommunalfinanzen 2023: Hohe Defizite	5
Kommunale Finanzthemen	5
Kommunale Energiethemen	6-11
Kommunale Bauthemen	12-15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

Neues aus dem bayerischen Kabinett

Der bayerische Ministerrat hat in München den von Gesundheitsministerin Judith Gerlach erlassenen Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die Vorschriften der Cannabis-Legalisierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Freistaat Bayern wird das Cannabis-Gesetz restriktiv anwenden und greift nun mit einem Bußgeldkatalog durch.

Für Verstöße gegen das neue Cannabis-Gesetz, wie etwa Kiffen in Gegenwart von Kindern oder Jugendlichen, drohen 1.000 Euro Bußgeld. 500 Euro sind für das Kiffen in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr, in Schulen und deren Sichtweite oder auf Kinderspielplätzen und in deren Sichtweite vorgesehen. Gleiches gilt für Kinder- und Jugendeinrichtungen und öffentlich zugängliche Sportstätten. Wer in militärischen Bereichen der Bundeswehr Cannabis konsumiert, muss mit einem Bußgeld von 300 Euro rechnen. Und wer mehr als die zulässige Höchstmenge von 25 Gramm Cannabis besitzt oder mit sich führt, wird mit einem Bußgeld zwischen 500 und 1.000 Euro bedacht.

Drohende Bußgelder

Teuer wird es auch für Verstöße im Zusammenhang mit künftigen Cannabis-Anbauvereinbarungen: Für das unerlaubte Werben oder Sponsoring, für eine unzureichend gesicherte Lagerung von Cannabis und viele weitere Verstöße drohen Bußgelder von mehreren hundert Euro. Für einige Verstöße sind sogar Bußgelder von bis zu 30.000 Euro möglich, etwa für den unerlaubten Versand oder die Lieferung von Cannabis-Stecklingen.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Seibold
Gemeinde Höttingen
am 18.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Volker Schmiechen
Gemeinde Untersteinach
am 19.4.

Bürgermeister Jörg Nowy
Markt Essing
am 21.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stephan Antwerpen
Stadt Altötting
am 19.4.

Bürgermeister
Franz Degele
Gemeinde Bad Kohlgrub
am 24.04.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dipl.-Ing. (FH) Claus Meyer
Stadt Betzenstein
am 21.4.

Bürgermeister Hans Schmalhofer
Stadt Plattling
am 26.4.

Bürgermeister Gerald Rost
Gemeinde Gottfrieding
am 1.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerald Bauer
Gemeinde Höchstädt i. F.
am 22.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Miriam Steiner
Gemeinde Syrgenstein
am 18.04.

Bürgermeister Michael Schwing
Gemeinde Röllbach
am 28.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Grundsätzlich gelten alle genannten Summen laut Bußgeldkatalog für einen „vorsätzlichen Erstverstoß“. Im Wiederholungsfall können die Bußgelder verdoppelt, bei Fahrlässigkeit halbiert werden. Aber auch je nach Einzelfall können die Behörden von den Regelsätzen nach oben oder auch nach unten abweichen.

Landarztquote gegen Ärztemangel

Themenwechsel. Mit einer Erweiterung der sog. Landarztquote will der Freistaat den sich in einigen Landesteilen verschärfenden Mangel an Kinder- und Jugendärzten abfedern. Das Kabinett beschloss die Übernahme der seit 2020 geltenden Regelung für Landärzte für Weiter-

bildungen zum Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin. Damit sollen künftig auch Hochschulabsolventen ohne Einser-Abitur studieren können, sofern sie sich verpflichten, im Anschluss als Kinder- und Jugendarzt im ländlichen Raum zu arbeiten.

Gesetzesänderung

Wann die Regelung greift, war zunächst offen. Der Minister rat beauftragte das zuständige Gesundheitsministerium, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vorzulegen. Bislang war dies im Rahmen der Landarztquote nur bei einer Verpflichtung zur Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt für Innere Medizin möglich.

Bayern hatte als eines der ersten Bundesländer 2020 die Landarztquote eingeführt. Damit bekommen junge Menschen, die als Hausarzt arbeiten wollen, eine zusätzliche Chance für einen Medizinstudien-

platz. Im Gegenzug verpflichten sich die angehenden Ärzte, nach dem Studium und einer fachärztlichen Weiterbildung in den Fachrichtungen Allgemeinmedizin oder Innere Medizin mindestens zehn Jahre lang als Hausarzt zu arbeiten – und zwar in einer Region, die hausärztlich unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist.

Vorabquote für Medizinstudienplätze

Bis zum Wintersemester 2023/2024 haben sich insgesamt 447 Studenten für ein Studium im Rahmen der Landarztquote entschieden. Derzeit stehen 5,8 Prozent der Vorabquote für Medizinstudienplätze für die Landarztquote zur Verfügung sowie zusätzlich 1 Prozent für die Quote für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Aufnahme von Kinder- und Jugendärzten soll innerhalb der bestehenden Vorabquote von 5,8 Prozent erfolgen. Damit würde sich die Quote künftig auf Fachärzte für Allgemeinmedizin, Innere Medizin sowie für Kinder- und Jugendmedizin aufteilen. **DK**

Europäisches Parlament nimmt neues Migrations- und Asylpaket endgültig an

- Schnellere Prüfung von Asylanträgen, darunter an den EU-Grenzen, und wirksamere Rückführung
- Verbesserte Identifizierung bei der Ankunft und verpflichtende Sicherheits- und Gesundheitskontrollen sowie Prüfungen der Schutzbedürftigkeit für Menschen, die irregulär in die EU einreisen
- Mitgliedstaaten können wählen, ob sie Verantwortung für Asylbewerber übernehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung bieten
- Bessere Bewältigung von Krisensituationen und neue Regelung für die freiwillige Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittstaaten

Das Europäische Parlament hat in Brüssel zehn Gesetzestexte zur Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik angenommen, auf die sich Parlament und Rat im Dezember geeinigt hatten.

Solidarität und Verantwortung

Zur Unterstützung von EU-Ländern, die unter Migrationsdruck stehen, werden andere Mitgliedstaaten einen Beitrag leisten, indem sie Asylsuchende oder Personen, die internationalen Schutz genießen, in ihr Hoheitsgebiet umsiedeln lassen, finanzielle Beiträge leisten oder operative bzw. technische Unterstützung bieten.

Darüber hinaus werden die sogenannten Dublin-Vorschriften überarbeitet – also die Kriterien, nach denen bestimmt wird, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zuständig ist.

Das Europäische Parlament nahm die von Berichterstatter Tomas Tobé (EVP, Schweden) vorgelegte Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement mit 322 zu 266 Stimmen bei 31 Enthaltungen an.

Bewältigung von Krisensituationen

Die Verordnung zur Bewältigung von Krisensituationen und Situationen höherer Gewalt sieht einen Mechanismus für die Reaktion auf einen plötzlichen Anstieg des Migrantenzustroms vor. Dadurch sollen Solidarität sowie die Unterstützung jener Mitgliedstaaten sichergestellt werden, die mit einer außergewöhnlich hohen Zahl an Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten konfrontiert sind.

Die neuen Regeln behandeln auch die Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten, die von Drittstaaten oder feindseligen nichtstaatlichen Akteuren gezielt eingesetzt werden, um die EU zu destabilisieren.

Die Europaabgeordneten nahmen den von Berichterstatter Juan Fernando López Aguilar (S&D, Spanien) vorgelegten Text

mit 301 zu 272 Stimmen bei 46 Enthaltungen an.

Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den EU-Grenzen Personen, die die Voraussetzungen für eine Einreise in die EU nicht erfüllen, werden vor der Einreise in einem bis zu sieben Tage andauernden Verfahren überprüft. Dabei werden sie identifiziert, ihre biometrischen Daten werden erfasst und sie werden Gesundheits- und Sicherheitskontrollen unterzogen. Die Mitgliedstaaten müssen unabhängige Kontrollmechanismen einrichten, um sicherzustellen, dass die Grundrechte geachtet werden.

Der von Berichterstatterin Birgit Sippel (S&D, Deutschland) vorgelegte Text wurde mit 366 zu 229 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen. Außerdem billigten die Abgeordneten neue Regeln für das zentralisierte System für Informationen zur Verurteilungen (ECRIS-TCN) mit 414 zu 182 Stimmen bei 29 Enthaltungen.

Schnellere Asylverfahren

Für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes wird EU-weit ein neues, gemeinsames Verfahren eingeführt. Die Bearbeitung von Asylanträgen an den Grenzen der EU muss in Zukunft schneller erfolgen. Auch sollen die Fristen für unbegründete oder unzulässige Anträge künftig kürzer sein. Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Fabienne Keller (Renew, Frankreich) vorgelegten Text mit 301 zu 269 Stimmen bei 51 Enthaltungen an. Das Abstimmungsergebnis für das Rückführungsverfahren an der Grenze war 329 zu 253 Stimmen bei 40 Enthaltungen.

Eurodac-Verordnung

Die Daten von Personen, die irregulär in die EU kommen – darunter Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von Menschen ab sechs Jahren –, werden in der überarbeiteten Eurodac-Datenbank gespeichert. Die Behörden sind künftig auch in der Lage, zu erfassen, ob jemand ein Si-

cherheitsrisiko darstellen könnte oder gewalttätig bzw. bewaffnet war.

Der von Berichterstatter Jorge Buxadé Villalba (EKR, Spanien) vorgelegte Text wurde mit 404 zu 202 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Anerkennungsverordnung

Mit Blick auf die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus sowie auf die Rechte jener, die ein Anrecht auf Schutz haben, sprach sich das Parlament für neue einheitliche Normen für alle Mitgliedstaaten aus.

Die Mitgliedstaaten sollen die Lage im jeweiligen Herkunftsland auf der Grundlage von Informationen der EU-Asylagentur bewerten und die Flüchtlingseigenschaft regelmäßig überprüfen. Schutzsuchende müssen im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats bleiben, der für ihren Antrag zuständig ist bzw. in dem Schutz gewährt wurde.

Der Text wurde von Berichterstatter Matjaž Nemeč (S&D, Slowenien) vorgelegt und mit 340 zu 249 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

Aufnahme von Asylsuchenden

Die Mitgliedstaaten müssen in Zukunft sicherstellen, dass für die Aufnahme von Asylsuchenden gleichwertige Normen gelten. Das betrifft unter anderem Unterkunft, Schulbildung und Gesundheitsversorgung.

Registrierte Asylbewerberinnen und Asylbewerber können künftig spätestens sechs Monate nach Antragstellung eine Arbeit aufnehmen. Neue Regeln für Inhaftierung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit sollen außerdem Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, davon abhalten, sich innerhalb der EU zu bewegen.

Das Parlament nahm den von Berichterstatterin Sophia in 't Veld (Renew, Niederlande) vorgelegten Text mit 398 zu 162 Stimmen bei 60 Enthaltungen an.

Sicherer und legaler Weg nach Europa

Nach einem neuen Rahmen für Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen können Mitgliedstaaten anbieten, von Vereinten Nationen anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten aufzunehmen und ihnen damit die legale, organi-

20 Jahre EU Osterweiterung:

Nach der Osterweiterung ist vor der Osterweiterung ...

... lautet das Thema einer Jubiläumsveranstaltung des Ost-WestWirtschaftsForums Bayern und der Ukrainische Freie Universität der Ukraine – UFU, <https://ufu-muenchen.de> – in München am 6. Mai um 14.00 Uhr.

Die Osterweiterung hat Europa wiedervereinigt und den Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Einwohnern zu einem globalen Schwergewicht weiterentwickelt. 20 Jahre später sollen Erfahrungen ausgetauscht werden mit damaligen Beitrittsländern, den heutigen Beitrittskandidaten und dem Freistaat Bayern, der von einer Randlage ins Zentrum der Europäischen Union wanderte.

„Wir richten den Blick nicht nur zurück, sondern auch nach vorne, um in der Europawoche Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine hat mehr als deutlich gemacht, dass die Europäische Union geographisch und institutionell stärker werden muss, um Europäische Werte zu sichern, den Binnenmarkt auszubauen und eine globale Rolle zu spielen“, heißt es in der Einladung.

Keynote-Sprecher ist Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments. In einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde werden Erfahrungen von Beitrittsländern und die Erwartungen von Beitrittskandidaten erörtert. Präsident Eberhard Sinner, Staatsminister a. D., wird zum Ende der Veranstaltung ein Fazit ziehen.

Programm: https://www.owwf.bayern/media/Termine/240506_EU/owwf_240506_DE_EU_Prog.pdf

Anmeldung: <https://www.owwf.bayern/termine/060524EU/>
Adresse: UFU, Am Münchner Tor 1, 80805 München. □

Bayerischer Integrationspreis 2024:

Frauen im Fokus

Die vom Gehörlosenverband München und Umland e.V. organisierte Initiative „Gehörlos, weiblich, neu in München“ erhält den diesjährigen Bayerischen Integrationspreis. Weitere Preisträger sind das Internationale Frauen- und Mädchenzentrum e.V. Nürnberg, IN VIA Bayern e.V., Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit, sowie das Freiwilligen-Zentrum Augsburg gGmbH.

Unter dem diesjährigen Motto „Integration – Frauen im Fokus“ wurden vier Projekte ausgewählt, die sich in besonderer Weise um die Integration von Frauen verdient gemacht haben und integrative Strahlkraft ausüben. Der Bayerische Integrationsbeauftragte Karl Straub, Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Landtagspräsidentin Ilse Aigner werden die Preise in Kürze im Bayerischen Landtag überreichen. Der Bayerische Integrationspreis 2024 ist mit insgesamt 11.000 Euro dotiert.

Peerberatung

In dem seit August 2022 bestehenden Siegerprojekt „Gehörlos, weiblich, neu in München – ein Projekt zur Information und Stärkung tauber geflüchteter Frauen“ werden Vorträge und Workshops für gehörlose deutsche und ukrainische Frauen angeboten und Möglichkeiten für Begegnungen geschaffen. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind viele gehörlose Frauen aus der Ukraine nach München geflüchtet. Im Sinne einer Peerberatung sollen sie in die Gehörlosengemeinschaft in München und Umland integriert werden. Dies geschieht durch Vorträge in Deutscher und Ukrainischer

sierte und sichere Einreise in die EU zu ermöglichen. Der von Berichterstatterin Malin Björk (Die Linke, Schweden) vorgelegte Text wurde mit 452 zu 154 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen.

Nächste Schritte

Als Nächstes muss der Rat das Paket förmlich billigen. Danach treten die neuen Vorschriften in Kraft, sobald sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Es wird erwartet, dass die Verordnungen in zwei Jahren zur Anwendung kommen. Was die Richtlinie über Aufnahmebedingungen betrifft, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, um die Änderungen in ihr nationales Recht einzuführen. □

Gebärdensprache, zum Beispiel zu den Themen Gesundheit und Arbeitsleben, sowie durch einen monatlichen Austausch zur Situation in den beiden Ländern. Darüber hinaus gibt es einen Telegram-Kanal für die gehörlosen ukrainischen Geflüchteten, um die Nutzerinnen regelmäßig mit aktuellen Informationen zu versorgen.

Selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander

Das mit dem 2. Preis bedachte Internationale Frauen- und Mädchenzentrum in Nürnberg ist seit über vier Jahrzehnten fester Bestandteil im Stadtgebiet Gostenhof und stellt für Frauen, Kinder und Jugendliche zahlreiche Angebote in den Bereichen Bildung, Beratung und Freizeit bereit. Dazu zählen etwa Integrations- und Konversationskurse, Computerkurse oder Bewerbungsunterstützung sowie ein offener Nachmittag zum Austausch. Das Zentrum versteht sich als Ort, an dem im täglichen Umgang selbstbestimmtes und tolerantes Miteinander gelebt wird. Die vielfältigen Angebote bieten den Frauen und Mädchen die Möglichkeit, in einem sicheren Rahmen ihren Entfaltungsspielraum auszuprobieren und diesen in ihrem Umfeld zu erweitern. Im Mittelpunkt der Zentrumsarbeit steht die Emanzipation der Frauen und Mädchen. Traditionelle Rollenbilder sollen durchbrochen und bisher versteckte Ressourcen zur Selbstbestimmung sowie Handlungsfähigkeit aktiviert werden.

Mentorinnen

Mit dem seit Anfang 2023 bestehenden und mit dem 3. Preis ausgezeichneten Projekt „MumM! – Mentorinnen unterstützen motivierte Migrantinnen!“ (Ingolstadt/München) möchte IN VIA Bayern durch Berufsmentoring die Arbeitsmarktintegration von gut qualifizierten Migrantinnen verbessern. Sie erhalten Unterstützung auf der Suche nach einer Stelle, die ihren Qualifikationen entspricht. Das Projekt besteht aus einer Workshop-Phase (zehn (Fortsetzung nächste Seite)

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2024:

Für ein Bayern in Vielfalt und Klasse

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 100 Mio. Euro eingeplant, 30 Mio. Euro mehr als im vergangenen Jahr. CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek, der Vorsitzende der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag Florian Streibl, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier sowie der haushaltspolitische Sprecher der FW-Fraktion Bernhard Pohl erläuterten die Schwerpunkte.

Mit gut 29 Mio. Euro wird der ländliche Raum besonders unterstützt. Davon fließen rund 6,4 Mio. Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Durch die hohe Nachfrage der Gemeinden, von Kleinstunternehmern und privaten Bauherren nach Maßnahmen der Dorferneuerung konnten nicht alle Projekte zeitnah gefördert werden. Vor allem die attraktive Initiative „Innen statt Außen“ kommt sehr gut an.

Bus on Demand

Im Bereich Wohnen, Bau und Verkehr erhält das Kloster Michelfeld für Sanierung und Umbau 1,2 Mio. Euro. Der Betrieb eines autonomen Busses auf Demand in der Marktgemeinde Birnbach wird mit 585.000 Euro gefördert, das Dorfgemeinschaftshaus Kirchheim mit 450.000 Euro.

Im Bereich Umwelt stellen die Regierungsfractionen dem Zentrum Umwelt und Kultur in Benediktbeuern 1 Mio. Euro zur Verfügung. 250.000 Euro werden für einen Energiewende-Chatbot, der allen Bürgern und Amtsträgern fundierte Fragen rund um das Thema Energie beantwortet, aufgewendet, sowie weitere 500.000 Euro für die Digitalisierung der Förderprogramme des Naturschut-

Frauen im ...

(Fortsetzung von Seite 2) eintägige Workshops), in der es um Arbeitskultur, interkulturelle Kommunikation, Bewerbungs- und Vorstellungsgesprächstraining oder um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ging, und einer im September 2023 gestarteten Mentoring-Phase, in der jede Teilnehmerin eine Mentorin an die Seite bekommt, die zu ihren beruflichen Bedürfnissen passt. Die Mentorin hilft mit „Insider“-Wissen, Tipps und schließlich mit dem Start eines ersten beruflichen Werkes.

Frauen stärken

Ein ebenfalls 3. Preis wird dem 2019 ins Leben gerufenen Augsburger Projekt „Frauen stärken – Frauenpower“ zuteil. Sehr oft vergessen Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die in ihren Heimatländern beruflich aktiv waren, ihre Kompetenzen und fühlen sich hilflos. Probleme bereiten ihnen zudem Sprachbarrieren und ungeschriebene Verhaltensregeln. Mit dem Projekt, das aus einem Workshop mit zehn Modulen besteht, soll das Selbstbewusstsein der Frauen gestärkt werden.

Der Workshop findet zweimal jährlich mit wöchentlichen Veranstaltungen statt. Mit Übungen und Interaktionen finden Frauen wieder zu ihren Kompetenzen zurück, erweitern ihre Sprachkenntnisse und spüren ihre Selbstwirksamkeit. Ziel ist es, die Frauen zu motivieren und sie durch ein Hilfenetzwerk bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Bisher haben über 70 Frauen an dem Programm teilgenommen, die sich dann teilweise wieder ehrenamtlich am Projekt beteiligten. Auf Wunsch werden die Frauen von Mentorinnen begleitet. Darüber hinaus findet alle zwei Wochen ein offener Frauen-Stammtisch statt. **DK**

zes. 400.000 Euro fließen in ein Pilotprojekt zur letalen Vergrämung von Saatkrähen, um landwirtschaftliche und urbane Schäden zu verhindern.

Für ein Lese-Förderprogramm für schwache Schüler der Sekundarstufe werden im Sektor Bildung 1 Mio. Euro in die Hand genommen, darüber hinaus 250.000 Euro zur Schwimmförderung an Grundschulen. 250.000 Euro fließen auch in die Sprachstandserhebung vor der Einschulung. Fast 10 Mio. Euro investieren CSU und FW in das Thema „Sicherheit und Rettungsdienst“. Knapp 2,2 Mio. Euro stehen für die Digitalisierung der bayerischen Polizei bereit. Mit knapp 1 Mio. Euro wird die Ausbildung von mehr Notfallsanitätern unterstützt.

2 Mio. Euro zur Erforschung von Long Covid

Insgesamt 20 Mio. Euro gehen in den Wissenschaftsbereich. Davon fließen allein 2 Mio. Euro in den Ausbau des bayerischen Netzwerks zur Erforschung von Long Covid und dem chronischen Fatigue-Syndrom. Ein Notfallkonzept in Reaktion auf Cyberangriffe an bayerischen Universitäten wird mit 1,1 Mio. Euro bedacht, das Bayerische Phagentherapiezentrum mit 700.000 Euro und die Einrichtung des Studiengangs Architektur an der TH Landshut mit 500.000 Euro.

Im Sektor Wirtschaft wird das Fraunhofer-Institut UMSICHT mit seinen Forschungsprojekten „Senkung der CO₂-Emissionen der bayerischen Gasversorgung“ sowie „Hochqualitative CO₂-reduzierte Rezyklate für die bayerische Automobilindustrie“ mit insgesamt 1 Mio. Euro unterstützt. Die Gründerin-

Wahlkampfhilfe im Ländle:

Haben Bürgermeistermacher Einfluss auf den Wahlerfolg?

Bürgermeistermacher, also professionelle Wahlkampf helfer, sind keine Seltenheit. Julian Brandstetter erklärt in seiner Bachelorarbeit, welchen Einfluss sie auf den Wahlerfolg haben.

Ludwigsburg. Jährlich finden in Baden-Württemberg circa 140 Bürgermeisterwahlen statt, bei denen Kandidierende um den Einzug in das Bürgermeisteramt streiten. Kandidaturen sind in Baden-Württemberg Einzelbewerbungen, was bedeutet, dass die Organisation des Wahlkampfes alleine den Kandidierenden obliegt. Hierfür müssen nicht nur finanzielle Ressourcen mobilisiert werden, auch Wissen und Erfahrung in der Durchführung eines Wahlkampfes sind von grundlegender Bedeutung.

Es warten etliche Herausforderungen auf die Kandidierenden, schließlich sind die Erwartungen der Wählerschaft an die Gestaltung von Wahlkampagnen größer geworden. Vielen fehlt aber das für einen qualitativ hochwertigen Wahlkampf notwendige Know-how. Einige

Unternehmer erkannten dies und machten sich als sogenannte Bürgermeistermacher selbstständig.

Solche Wahlkampfmanager begleiten gegen Entgelt Bewerbende durch den gesamten Wahlkampf. Die Bewerberinnen versprechen sich von dieser

Rescue-Teams für Kindernotfälle

12 Mio. Euro zusätzliche Mittel investieren die Regierungsfractionen in die Bereiche Gesundheit und Soziales. Rescue-Teams für Kindernotfälle bekommen 1 Mio. Euro, Auszeitthöfe für erlebnisorientierte Angebote für Senioren, Demenzzranke und pflegende Angehörige 300.000 Euro. Mit diesem Betrag werden auch die Bahnmissionsmissionen unterstützt. Zur Förderung des demokratischen und ehrenamtlichen Engagements junger Menschen gehen 3,6 Mio. Euro an die Jugendarbeit.

Seismographen der Lebenswirklichkeit

Wie CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek darlegte, „bilden wir mit über 300 Initiativen die Vielfalt unseres Landes ab. Mit vielen kleinen Projekten sind unsere Abgeordneten Seismographen der Lebenswirklichkeit in unserem Freistaat. Wir kümmern uns um konkrete Anliegen und zeigen Lösungswege auf. Dieser Teamgeist innerhalb der Fraktion steht für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft. Kleine Projekte können in der Region eine große Wirkung entfalten – ob bei der Dorferneuerung, im Tourismus oder bei den Rettungsdiensten. Wir sorgen dafür, dass Bayern ein lebenswer-

tes und sicheres Land bleibt.“

„Mit den Initiativen unserer Regierungsfractionen setzen wir wichtige Akzente für den Haushalt 2024 und stärken die Kernbereiche unserer Regierungsarbeit“, erklärte FW-Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. „Wir stellen sicher, dass die Menschen im ganzen Freistaat von unserer vernünftigen Haushaltsführung profitieren. Neben den Ballungsgebieten gilt unser Augenmerk maßgeblich den ländlichen Regionen mit wichtigen Landwirtschafts- und Umweltprojekten. Wir stärken damit die grüne Lunge Bayerns und bewahren ein wichtiges Stück Heimat.“ Die Fraktionsinitiativen werden aktuell im Haushaltsausschuss beraten. Die finale Abstimmung über den Doppelhaushalt 2024/2025 ist ab dem 4. Juni 2024 geplant. **DK**

Form der professionellen Wahlkampfhilfe entscheidende Impulse und Vorteile gegenüber der Konkurrenz. Aus diesem Grund wurden alle Bürgermeister/innen, die zwischen dem 15.06.2018 und dem 14.06.2020 gewählt wurden, zu einer Umfrage über ihren Wahlkampf eingeladen. Insgesamt 75 Bürgermeister/innen nahmen an dieser Umfrage teil.

Professionelle Unterstützung bei Wahlen längst üblich

Die Umfrage unter neugewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern verdeutlichte, dass professionelle Unterstützung längst auf Ebene der Bürgermeisterwahlen angekommen ist. Die professionelle Unterstützung definiert sich hierbei allerdings nicht dadurch, dass sich die Unterstützenden als Bürgermeistermacher bezeichnen. Auch Fotografen, Web-Designer und andere Dienstleister sind in diesem Kontext zu nennen.

Über 80 Prozent der Befragten gaben an, dass sie mindestens eine solcher Hilfen in Anspruch nahmen. Insbesondere bei der Erstellung von Werbe-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

aus kommunalpolitischer Perspektive sind die Europäische Union und ihre Institutionen oftmals wenig greifbar und scheinbar weit weg von den konkreten Beschlüssen vor Ort. Aber die Entscheidungen auf europäischer Ebene haben unmittelbare und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Kommunalpolitik wird somit nicht nur vor Ort, sondern auch in Brüssel und Straßburg gemacht.

So wird die EU von Kommunalpolitikern gerne als unnötiges Bürokratiemonster wahrgenommen, das den kommunalen Alltag für unsere Mandatsträger eher erschwert als erleichtert. Diese Wahrnehmung ist auch nicht so einfach von der Hand zu weisen. So bedenke man nur das komplexe EU-Vergaberecht, die neue Kommunal-

Die Europäische Union als Partner der Kommunalpolitik

nommen, das den kommunalen Alltag für unsere Mandatsträger eher erschwert als erleichtert. Diese Wahrnehmung ist auch nicht so einfach von der Hand zu weisen. So bedenke man nur das komplexe EU-Vergaberecht, die neue Kommunal-



abwasserrichtlinie und zahlreiche EU-Verordnungen, die direkten Einfluss auf die Politik vor Ort haben und teilweise für Mehrarbeit in den kommunalen Verwaltungen sorgen.

Aus kommunalpolitischer Perspektive dürfen wir uns aber nicht per se gegen die EU stellen, sondern müssen proaktiv Einfluss auf die Entscheider in Brüssel und Straßburg nehmen. Wir müssen die EU als Partner der Kommunalpolitik verstehen und gemeinsam mit dem Freistaat Bayern, dem Europabüro der bayerischen Kommunen und unseren bayerischen Mitgliedern des Europaparlaments uns für die Durchsetzung der kommunalpolitischen Interessen einsetzen.

Nicht jede Entscheidung der EU-Intuitionen ist eine gute, aber ohne die Europäische Union wären Frieden, Sicherheit und Wohlstand massiv gefährdet und die kommunale Arbeit vor Ort würde durch eine Abstinenz der EU keinesfalls erleichtert, sondern massiv erschwert werden.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine erfolgreiche Zukunft im Zusammenspiel von EU und bayerischer Kommunalpolitik!

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

mitten scheint eine rege Nachfrage zu existieren.

Kandidierende, die ihre Wahlkämpfe in unserem Nachbarbundesland ohne fremde Hilfen bestreiten, finden sich fast ausnahmslos in kleineren Gemeinden. Mit steigender Gemeindegröße scheint die Hinzuziehung solcher Unterstützungen somit an Bedeutung zu gewinnen.

Bessere Chancen für ein positives Ergebnis

Bürgermeistermacher, die die Kandidierenden mit verschiedenen Dienstleistungen durch den kompletten Wahlkampf begleiten, werden ebenfalls gelegentlich engagiert. Fast jeder fünfte neugewählte Bürgermeister, beziehungsweise jede fünfte neugewählte Bürgermeisterin, engagierte einen Bürgermeistermacher, wenn auch anzunehmen ist, dass eine gewisse Dunkelziffer existiert, da die Wahlkampfberatung auf kommunaler Ebene einen eher negativen Ruf innehat.

Sofern Bürgermeistermacher zum Einsatz kommen, können sie die Chancen auf einen Wahlsieg ihrer Klient/innen tatsächlich erhöhen. Für Bürgermeisterwahlen existieren verschiedene Erfolgsfaktoren.

Persönlichkeit und Sozialprofil

Neben dem Sozialprofil und

der Persönlichkeit der Kandidierenden, beeinflussen die Organisation und Kommunikation sowie der Orts- und Wahlkontext die Siegchancen. Das Sozialprofil und die Persönlichkeit sind dabei von besonderer Bedeutung. Kandidierende, die beispielsweise keine Verwaltungserfahrung vorweisen können, oder bereits in einem Alter sind, das keine zweite Amtsperiode erlauben würde, haben jedoch auch mit einem Bürgermeistermacher nur geringe Chancen auf einen Wahlsieg. Stimmen diese persönlichen Voraussetzungen aber mit den Erwartungen der Wählenden überein, kann ein Bürgermeistermacher in der Organisation und Kommunikation hingegen entscheidende Impulse setzen.

Coaching für Sprache und Habitus

Durch Coaching in Sprache und Habitus kann das gesamte öffentliche Auftreten von Kandidierenden verbessert werden. In diesem Zusammenhang muss aber festgehalten werden, dass die befragten Bürgermeister/innen mit Wahlkampfberater aufgrund ihres Sozialprofils ohnehin gute Voraussetzungen auf den Wahlsieg hatten. Ob die Arbeit der Bürgermeistermacher in diesen Fällen ausschlaggebend für den Wahlsieg war, kann somit zumindest partiell in Frage gestellt werden. **□**

Bayern sucht weitere „Genussorte“

Ministerin Michaela Kaniber startet neuen Wettbewerb

Bayern ist ein Genussland. Hier lässt es sich überall genießen, hier gibt es landauf landab ganz besondere regionale Spezialitäten. Wie viele bekannte und auch nicht so bekannte kulinarische Spezialitäten es in Bayern gibt, konnte man schon beim ersten Wettbewerb im Jahr 2018 erahnen. Zum 100-jährigen Jubiläum des Freistaats wurden erfolgreich 100 Genussorte in Bayern gesucht und gefunden. Nun hat Ernährungministerin Michaela Kaniber dazu einen neuen landesweiten Wettbewerb gestartet. „Der Wettbewerb soll Verbrauchern deutlich machen, welchen kulinarischen Reichtum der Freistaat zu bieten hat“, sagte die Ministerin.

Gesucht werden im Rahmen des Wettbewerbs Orte mit einer eigenständigen kulinarischen Tradition, die den facettenreichen, heimischen Genuss für Einheimische und Gäste erlebbar machen. Bewerben können sich Gemeinden oder Städte, in denen mindestens drei Akteure aus verschiedenen Bereichen in einem regionalen Zusammenschluss genussbringend zusammenwirken. Zu diesen Zusammenschlüssen können unter anderem privatwirtschaftliche Unternehmen, kommunale Träger, Erzeuger und Gastronomen gehören. In diesem Jahr werden bis zu 50 neue Genussorte ausgezeichnet.

Infos sowie die Teilnahmebedingungen: www.100genussorte.bayern/wettbewerb. **□**

Landkreistag verwehrt sich gegen Vereinnahmung durch den Bundesgesundheitsminister

In der Ärztezeitung wird Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit dem Satz wiedergegeben: „Er betonte, dass die kommunalen Spitzenverbände keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen hätten.“ Dagegen verwehrt sich der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, der persönlich am Gespräch des Ministers mit den kommunalen Spitzenverbänden teilgenommen hat.

Sager: „Wir haben mit dem Bundesgesundheitsminister gesprochen. Nach wie vor haben wir große Bedenken gegen die geplante Krankenhausreform. Nun gibt die Ärztezeitung Minister Lauterbach mit der Aussage wieder, die kommunalen Spitzenverbände hätten keine Bedenken gegen die Reform vorgetragen. Richtig ist das Gegenteil: Seit vielen Monaten werden wir nicht müde, die möglichen negativen Folgen für die Gesundheitsversorgung vor Ort darzustellen und anzuprangern. Uns dergestalt zu vereinnahmen und unsere Zustimmung zu unterstellen, macht uns fassungslos. Wir haben große Sorgen vor allem mit Blick auf die Erreichbarkeiten der Kliniken in der Fläche und die unter Umständen gravierenden Veränderungen der Patientenströme.“

Folge dürfe nicht sein, viele Standorte in ihrer Existenz zu bedrohen. „Es geht an dieser Stelle um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland. Insofern ist es ein offener Affront gegen die Belange des ländlichen Raumes und der Fläche, wenn die erheblich unterschiedliche Betroffenheit von städtischem und ländlichem Raum übergangen wird. Ein Kliniksterben in der Fläche muss unbedingt verhindert werden.“

Strukturwandel jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Grenzen möglicher Defizitaussagen überschritten werden.“

Wie dramatisch die Situation ist, macht aus BKG-Sicht ein Vergleich deutlich: „Wie bei einem Deich durch ständiges Hochwasser irgendwann ein Bruch droht, ist jetzt ohne Lösung der finanziellen Notlage in der stationären Versorgung ein struktureller Kollaps unmittelbar zu befürchten“, unterstrich Bischof.

Regionalkonzepte und Fusionen

In Bayern nehmen die Krankenhaussträger daher den Strukturwandel zunehmend selbst in die Hand. „Der jetzige Veränderungsprozess ist bereits viel dynamischer als in den letzten Jahrzehnten. Regionalkonzepte werden entwickelt, Fusionen angestrebt, digitale Vernetzungen ausgebaut und bisherige Krankenhausstrukturen verstärkt ambulant umgewandelt sowie teilweise Leistungsangebote konzentriert“, erläuterte der 2. BKG-Vorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Marktredwitz, Oliver Weigel.

Beispiel Klinikum Fichtelgebirge

Bezogen auf das Beispiel Klinikum Fichtelgebirge und die beiden Standorte in Selb und Marktredwitz mit insgesamt 380 Betten erklärte Weigel: „Im Landkreis Fichtelgebirge arbeiten wir an unserem Projekt Freiraum, um die ambulante wie stationäre Versorgung der Menschen neu zu gestalten. Dabei haben wir die Menschen vor Ort in unsere Entscheidungen frühzeitig mit eingebunden, was unbedingt erforderlich ist.“

Im Jahr 2023 habe der Verwaltungsrat richtungsweisende Klausurtagungen und Sitzungen abgehalten und anhand eines zuvor beauftragten Gutachtens mit Rückendeckung durch eine breite Zustimmung im Kreistag sich für die stationäre Leistungserbringung in Marktredwitz und den Ausbau der ambulanten Leistungserbringung am Standort Selb entschieden. „In Betriebsversammlungen und Teamgesprächen wurden dann bis Jahresende alle Krankenhausbeschäftigten über die geplanten Schritte informiert und ihnen ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Alle Entscheidungen und Maßnahmen wurden von uns darüber hinaus mit einer breiten Pressearbeit ver-

Kernversprechen für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ndern wie beispielsweise Tunesien, Marokko oder der Türkei zu schließen.

Bayern profitiert als sechstgrößte Volkswirtschaft der EU und als exportorientiertes Land enorm vom freien Handel und einer starken EU. Über 50 Prozent der bayerischen Exporte gehen in die EU. Vor diesem Hintergrund will die CSU den Industriestandort Europa, Deutschland und Bayern durch ein klares Bekenntnis und Entlastungen für Branchen wie die Automobilindustrie, Grundstoffindustrie, Luftfahrt, energieintensive Unternehmen sowie auch Mittelstand und Handwerk technologieoffen stärken. Auch liegt das Augenmerk auf einem wettbewerbsfähigen Europäischen Datenraum. Wieder abgeschafft werden soll das EU-Verbrennerverbot.

Um den Mittelstand von Bürokratie zu entlasten, brauche es nach dem „Green Deal“ nun einen echten „Economic Deal“. „Deshalb wollen wir den EU-Mittelstandsbeauftragten mit einem Veto-Recht ausstatten, Bürokratie konsequent abbauen, die Taxonomie und den Green-Deal kritisch überprüfen und die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen anheben.“

Damit Europa einen Sicherheitsgaranten für seine Bürger darstellt, sei eine bessere Zusammenarbeit von Europol ebenso geboten wie eine europaweite Ächtung von Drogen wie Cannabis, das Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Mittel zum Schutz von Kindern sowie eine bessere Bekämpfung von Extremismus aller Art.

Für ein Europa, das Inno-

es der Freistaat derzeit mit der High Care-Agenda für die Universitätsmedizin plant. Viertens geht es darum, Ressourcen mit Blick auf den Fachkräftemangel zu schonen, was bedeutet, dass die Krankenhäuser ihr jeweiliges Leistungsspektrum noch gezielter abstimmen. Fünftens müssen wir auch prüfen, wo und wie Kosten zu senken sind, möglichst ohne negative Auswirkungen auf die Menschen vor Ort, also die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten.“

Dazu benötigten die Kliniken aber einen verlässlichen und fördernden gesetzlichen Rahmen und zumindest die faire Chance auf einen ausgeglichenen Haushalt, was heute in der Regel nicht der Fall sei, führte Weigel aus.

Finanzierungsgrundlage muss fair sein

Aus Sicht der Bayerischen Krankenhausgesellschaft ist die Voraussetzung für einen guten Strukturwandel weiterhin eine faire Finanzierungsgrundlage. Dazu forderte Geschäftsführer Roland Engehausen: „Die Inflationslücke von 4 Prozent je Behandlungsfall ist jetzt zu lösen, wie es der Bundesrat gefordert hat, um den Strukturwandel aus Sicht der Patientinnen und Patienten gut gestalten zu können“ und ergänzte eine zweite konkrete Forderung aus den Umfrageergebnissen: „Wenn wir nicht umgehend unsere Mitarbeitenden von Bürokratie befreien, wird das künftige Fachkräfteproblem nicht lösbar sein.“

Leider sieht der Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes nach Einschätzung der BKG sogar deutlich höhere Bürokratieaufwände vor und die praktischen Wirkungen der komplexen Regelungen bleiben unklar. Es gelte, die Auswirkungen des Reform-Entwurfes im Sinne einer radikalen Vereinfachung grundlegend zu überprüfen. **DK**

vationen fördert, sollen Zukunftstechnologien gefördert, ein souveräner Zugang zum Weltraum für Europa geschaffen, sowie Bayern als Leitregion für technologischen Fortschritt entwickelt und zum Nummer-1-Standort für Start-ups gemacht werden. Mit Blick auf den Gesundheitsschutz „wollen wir eine europäische Gesundheitsinnovationsunion.“

Leitprinzip Subsidiarität

Um die Energieversorgung zu sichern, soll Bayern zum Wasserstoffdrehkreuz Europas entwickelt werden. Alle Erneuerbaren Energien seien gleichwertig zu fördern und auch die Kernenergie müsse weiter genutzt und erforscht werden. Ein europäisches Heizgesetz wird abgelehnt.

Darüber hinaus bekennt sich die CSU zu einem Europa, das keine Schulden macht: „Wir wollen eine strikte Durchsetzung der EU-Schuldenregeln, keine europäische Schuldenunion und Bargeld als Zahlungsmittel erhalten. Die EU-Kommission und den EU-Beamtenapparat gilt es zu verkleinern.“

Thematisiert wird auch die Wertschätzung der Landwirtschaft: „Wir wollen Ernährungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven für unsere Landwirte. Überzogene Vorgaben und Bürokratie wie Flächenstilllegungen lehnen wir ab.“ Durch eine klare Herkunftskennzeichnung soll die regionale Lebensmittelherzeugung gefördert werden.

Stichwort Umwelt: „Wir wollen die europäischen Klimaziele durch Innovation und Anreize erreichen, nicht durch Verbote“, heißt es weiter. „Wir setzen auf Emissionshandel, Speicherung und Abscheidung von CO₂ und die Stärkung der Kreislaufwirt-

schaft. Bei wichtigen Elementen der Daseinsvorsorge, wie etwa der Wasserversorgung, gilt ‚Kommunal vor Kommerz‘.“

„Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen“, lautet das letzte Kernversprechen. „Subsidiarität bleibt unser Leitprinzip. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Regionen in Formaten wie der EU-Donauraum-Strategie, der Alpenraumstrategie, der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der internationalen Bodenseekonferenz oder den Europaregionen und Euroregios ausbauen und die Partnerschaften Bayerns zum westlichen Balkan und nach Skandinavien weiterentwickeln. Die langfristig gewachsenen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich wollen wir pflegen und aufrechterhalten.“

Europäische Innovationsregionen

Außerdem schwebt der CSU eine Neubelebung der „Motoren für Europa“ vor, in dem die bayerische Zusammenarbeit insbesondere mit weiteren Erfolgsregionen Europas wie der Lombardei, Venetien, Île-de-France, Südschweden sowie den Großräumen Warschau und Prag forciert und gleichzeitig die bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen mit Mitgliedsstaaten aus der EU und darüber hinaus strategisch ausgebaut werden. Auch soll eine EU-Innovationsunion unter dem Motto „Stärken stärken“ die regionale Zusammenarbeit von europäischen Innovationsregionen bei Zukunftstechnologien stärker fördern. Durch enge Beziehungen wie etwa zu Tschechien soll der Freistaat als Motor der fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas, insbesondere mit Blick auf die Infrastruktur- anbindung, fungieren. **DK**

Herausforderungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

erzeugung und Verteilung zur Erhöhung einer autarken Energieversorgung und Steigerung der örtlichen und regionalen Wertschöpfung, sowie Investitionen zur Verbesserung der örtlichen und regionalen Freizeitgestaltung wie etwa die Förderung von Sportplätzen und Schwimmbädern sowie kulturellen Angeboten.

Trotz aller Widrigkeiten in den vergangenen Jahren sei die Bundeswehr immer wieder an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gegangen und über sich hinausgewachsen, betont der DStGB. Die Soldatinnen und Soldaten hätten nicht nur ihre Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung wahrzunehmen; auch habe die Truppe unter schwierigsten Bedingungen deutsche Staatsangehörige aus Konfliktgebieten ausgeflogen oder den Kommunen in Deutschland bei Krisen zur Seite gestanden wie etwa bei Hochwassern, Waldbränden oder der Pandemie-Bekämpfung.

Resilienz gegen Schadensereignisse

Um die Resilienz gegen Schadensereignisse wie Dürre, Flut und Brände zu stärken, sollte es in größerem Umfang auch gemeinsame Übungen von zivilen und militärischen Kräften geben. Die neue Sicherheitslage in Europa und der Welt begrenzen die Möglichkeiten der Bundeswehr, eine Reservefunktion im Bevölkerungsschutz wahrzunehmen. Mit Blick auf die knappen Ressourcen der Truppe, die für die Bündnis-/ Landesverteidigung existenziell sind, dürfe die Amtshilfe der Bundeswehr nur subsidiär beim Einsatz von Mitteln gegen Katastrophen er-

folgen. „Es ist daher unbedingt erforderlich, dass der Bevölkerungsschutz in den Kommunen vor Ort weiter gestärkt wird. Hierzu muss ein eigenes Sondervermögen gebildet werden.“

Viele Gemeinden nutzten bereits die Möglichkeiten, ihre Solidarität und Wertschätzung gegenüber der Bundeswehr zum Ausdruck zu bringen: sei es die Idee der Gelben Schleifen, bei der diese etwa an Rathäusern als Symbol der Verbundenheit sichtbar platziert werden, oder eine Patenschaft zwischen einer Kommune und einem Truppenteil. Gemeinsame Veranstaltungen, aber auch Diskussionsformate seien bereits heute in vielen Kommunen feste Termine, um einander kennenzulernen und zu verstehen. Aber auch das Arbeiten an gemeinsamen Herausforderungen, wie etwa Kooperationen bei Kindertagesstätten, habe in der Vergangenheit die Verbindung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft vor Ort gestärkt. Kommunen und Bundeswehr seien aufgefordert, diese Zusammenarbeit weiter auszubauen, um den Zusammenhalt von Bundeswehr und Gesellschaft stärker zu fördern. Dazu zähle beispielsweise, dass der Tag der Bundeswehr künftig in mindestens einer Kommune je Bundesland durchgeführt wird, erklärt der DStGB-Arbeitskreis.

Auch der Freistaat Bayern setzt sich für eine starke Bundeswehr ein. Erst vor kurzem billigte der Ministerrat den Entwurf für ein Bayerisches „Bundeswehr-Gesetz“, das erste Gesetz eines deutschen Bundeslandes zur Stärkung der Streitkräfte und der Landes- und Bündnisverteidigung.

Der Gesetzentwurf enthält Änderungen in zahlreichen Be-

reichen des Landesrechts, um die Bundeswehr bei der Bewältigung der neuen Hauptaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu unterstützen. Laut Staatsregierung „zeigt der Krieg in der Ukraine, wie wichtig etwa modernste Flugabwehrsysteme und das Beherrschen disruptiver Technologien für den Schutz unserer Bevölkerung sind. Der Transfer von Know-how und die Ausbildung von Fachkräften durch die Hochschulen sind elementar dafür, dass sich unsere Demokratie gegen Bedrohungen von außen verteidigen kann.“

Deshalb wolle der Freistaat die Forschung zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung fördern, zum Beispiel im Bereich KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen. Dafür sei es essenziell, dass die Hochschulen mit den Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Der Gesetzentwurf sieht deshalb ein Kooperationsgebot für die Hochschulen vor und, wenn es aus Gründen der nationalen Sicherheit erforderlich ist, auch eine Kooperationspflicht. Zugleich wird klarstellt, dass es an Bayerns Hochschulen auch künftig keine Zivilklauseln geben wird, die Forschung zu militärischen Zwecken zu verbieten.

Da die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft gehöre, müsse sie auch im schulischen Bereich unter bestimmten Rahmenbedingungen sichtbar sein. Im Bereich der politischen Bildung sollen alle staatlichen Schulen mit den Jugendoffizieren sowie den „Blaulichtorganisationen“ zusammenarbeiten. Zudem sollen sie bei Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung ihre Ausbildungs-, Berufs- und Dienstmöglichkeiten vorstellen dürfen. Denn eine starke Bundeswehr benötige Nachwuchs. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht seien Möglichkeiten der Information über Einsatzmöglichkeiten unverzichtbarer Baustein für die Personalgewinnung der Bundeswehr.

Schlüsselfaktor Infrastruktur

Ein weiterer Schlüsselfaktor für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte und auch für künftige Standortentscheidungen sei die militärische Infrastruktur. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sei diese Notwendigkeit freilich immer weiter in den Hintergrund des öffentlichen Bewusstseins gerückt. Künftig solle Verteidigung bei der Landesplanung wieder „mitgedacht“ und stärker berücksichtigt werden. Dies sei eine strukturelle Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr die nötigen Einrichtungen für die Landes- und Bündnisverteidigung vorhalten und auch ihre „Dreh-scheibenfunktion“ im Herzen des europäischen Kontinents für die NATO erfüllen kann.

Die militärische Infrastruktur in Deutschland erfordert Milliarden-Investitionen für moderne Kasernen, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten. Es gibt bundesweit einen Investitionsstau, der nur schwer aufzulösen ist. Mit Maßnahmen zur Beschleunigung des militärischen Bauens sei der Freistaat bereits Vorreiter. Der Gesetzentwurf sieht nun zusätzlich den Abbau bürokratischer Hürden für das militärische Bauen vor. Bauvorhaben der Bundeswehr auf Militärgelände sollten verfahrensfrei gestellt, und die Bundeswehr von örtlichen Bauvorschriften der Standortgemeinden freigestellt werden. „Diese Entbürokratisierung und Deregulierung ermöglicht Wiederholungsplanungen und fördert serielles Bauen, was Kosten senken und Bauvorhaben beschleunigen wird. Außerdem werden so die Bauaufsichtsbehörden entlastet.“ **DK**

Statistik Kommunalfinanzen 2023:

Hohe Defizite

Inflation, Wachstumsschwäche und zunehmende Aufgaben lassen die Defizite der Kommunalhaushalte weiterwachsen. Der finanzielle Druck auf die Kommunen ist erheblich. Damit bestätigt die nun vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kassenstatistik den Negativ-Trend für die kommunalen Finanzen.

Laut Destatis ist der kommunale Finanzierungssaldo um mehr als 9 Mrd. Euro abgestürzt, von einem geringen Überschuss von 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf ein Defizit von 6,8 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Einen vergleichbaren Einbruch gab es zuletzt im Zuge der Finanzmarktkrise ab dem Jahr 2008.

Das Ergebnis setzt sich aus kommunalen Kern- und Extrahaushalten zusammen: Das Defizit der Kernhaushalte belief sich im Jahr 2023 auf 6,2 Mrd. Euro, nach einem Überschuss von 2,2 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Extrahaushalte verzeichneten im Jahr 2023 ein Defizit von 0,7 Mrd. Euro. Im Vorjahr hatte sich ein Überschuss von 0,5 Mrd. Euro ergeben.

Ausgaben steigen um 12 %

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im vergangenen Jahr im Vergleich zum Jahr 2022 sehr stark um 12,0 Prozent bzw. 39,2 Mrd. Euro auf 364,9 Mrd. Euro. Treiber der Ausgabenseite waren vor allem die Sozialausgaben. Sie stiegen um 11,7 Prozent auf 76,0 Mrd. Euro. Hauptgrund für den Anstieg waren die zum 1. Januar 2023 erhöhten Regelsätze für das Bürgergeld nach SGB II und für die Sozialhilfe nach SGB XII. „Aber auch die Berechtigung von Schutzsuchenden aus der Ukraine zum Bezug von Bürgergeld trug dazu bei, wengleich im Gegenzug die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2023 mit 3,7 Mrd. Euro um 7,9 Prozent niedriger ausfielen als im Vorjahr“, heißt es in dem Bericht.

Die kommunalen Leistungen nach SGB II entfielen zum größten Teil auf Unterkunft und Heizung und waren in der Folge auch erheblich vom Anstieg der Energiepreise betroffen. Die Leistungen lagen im Jahr 2023 mit +14,7 Prozent deutlich höher als im Vorjahr und betragen 14,8 Mrd. Euro. Im Gegenzug nahm die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 19,0 Prozent auf 9,4 Mrd. Euro zu.

Auch die übrigen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben stiegen 2023 beträchtlich: Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB IX erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 Prozent auf 19,9 Mrd. Euro, die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII um 12,5 Prozent auf 18,7 Mrd. Euro und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII um 15,2 Prozent auf 15,7 Mrd. Euro.

Teure Personalkosten

Neben den Ausgaben für Sozialleistungen wuchsen auch andere bedeutsame Ausgabearten kräftig: In den Kernhaushalten stiegen die Personalausgaben um 7,4 Prozent auf 80,9 Mrd. Euro, was vor allem auf den Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist, insbesondere auf die Sonderzahlung zum Inflationsausgleich im Juni 2023. Die laufenden Sachaufwendungen stiegen um 8,2 Prozent und die Sachinvestitionen um 12,3 Prozent, was auch auf die allgemeine Teuerung zurückzuführen ist. Der sprunghafte Anstieg der Zinsausgaben der Kernhaushalte um 37,4 Prozent im Jahr 2023 ist laut Destatis mit der „Refinanzierung und Neuaufnahme von Verbindlichkeiten zu höheren Zinssätzen als in den Vorjahren“ zu erklären.

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kern- und Extrahaushalte waren im Jahr 2023 mit 358,1 Mrd. Euro zwar um 9,0 Prozent oder 29,7 Mrd. Euro höher als im Vorjahr, sie konnten damit aber den Anstieg auf der Ausgabenseite nicht ausgleichen.

Die Einnahmen aus Steuern (netto) waren mit 130,3 Mrd. Euro im Jahr 2023 um 7,3 Prozent höher als im Jahr 2022. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) nahmen dabei stärker als erwartet um 7,3 Prozent zu. Während die Gewerbesteuererinnahmen (netto) in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den besonders hohen Einnahmen im Vorjahr um 26,9 Prozent zurückgingen, stiegen sie in den übrigen Ländern um

durchschnittlich 9,5 Prozent.

Die von den Ländern an die kommunalen Kern- und Extrahaushalte gezahlten Zuweisungen für Investitionen wuchsen im Jahr 2023 kräftig um 15,6 Prozent und damit nahezu im gleichen Umfang wie die von den Kommunen verausgabten Sachinvestitionen (+15,7 Prozent). Dagegen blieb der Anstieg der Schlüsselzuweisungen der Länder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Haushalte (+6,1 Prozent) ebenso wie das Wachstum der von den Ländern gezahlten Zuweisungen für laufende Zwecke und Kostenerstattungen (+6,2 Prozent) hinter dem allgemeinen Anstieg der Ausgaben zurück.

Deutschlandticket

„Wegen der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden etwa 370 kommunale ÖPNV-Unternehmen und -verbände ab dem 2. Quartal 2023 erstmals als Extrahaushalte in die vierteljährliche Kassenstatistik einbezogen“, so das Statistische Bundesamt. „Diese Neuaufnahmen beeinträchtigen den Vorjahresvergleich insbesondere bei den Personalausgaben, den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der zusammengefassten Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte.“

Weg vom Förderwarr

„Die Zeiten ausgeglichener Haushalte sind für die Kommunen vorbei. Inflationsbedingte dramatische Ausgabensteigerungen und gering wachsende Einnahmen bilden eine unheilvolle Allianz“, kommentierte die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert. „Wenn Bund und Länder die Finanzausstattung der Kommunen nicht nachhaltig verbessern, werden hohe Defizite auch in den kommenden Jahren unvermeidbar sein. Die Kommunen werden dann nicht ausreichend investieren können.“

Deshalb sei es geboten, grundsätzlich an die Finanzausstattung heranzugehen, fuhr Göppert fort. „Wir müssen weg vom Förderwarr, insbesondere für die zentralen Transfor-

Bayerns Finanzminister Albert Füracker:

Bayern fordert im Bundesrat weitreichenderen Bürokratieabbau

Geplantes Bürokratieentlastungsgesetz des Bundes greift zu kurz
Entlastung muss bei allen spürbar ankommen

„Deutschland braucht dringend Entlastungen auf vielen Ebenen – und insbesondere auch bei der Bürokratie! Auch wenn der Bund dies mittlerweile erkannt hat, steuert er mit seinem geplanten Bürokratieentlastungsgesetz nicht ausreichend gegen – der Gesetzentwurf der Ampelregierung greift zu kurz! Bayern setzt sich deshalb im Bundesrat für einen weitreichenderen und substanziellen Abbau von Bürokratie in unserem Land ein: Der Freistaat fordert so unter anderem die einheitliche Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels- und Steuerrecht von zehn auf sechs Jahre – damit vereinfachen und vereinfachen wir die Aufbewahrung enorm und schaffen Sicherheit sowie klare Vorgaben für die Unternehmen in puncto Aufbewahrungsfristen“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum diesbezüglichen Antrag Bayerns im Finanzausschuss des Bundesrates zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz in Berlin.

„Bürokratieabbau muss bei allen ankommen. Viele unserer im Vereinsleben engagierten Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach Vereinfachungen für ihren Alltag. Mit einem eigenen Antrag im Finanzausschuss des Bundesrats fordern wir daher die Rückkehr zu den leicht handhabbaren Freistellungsaufträgen für die Konten und Mannschaftskassen vieler Vereine! Wertvolles Engagement darf nicht an unnötiger Bürokratie bei den Bankkonten scheitern!“, betont Füracker.

Durch das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz der Bundesregierung sollen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung von

überflüssiger Bürokratie entlastet werden.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht von zehn auf acht Jahre vor. Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Jahresabschlüsse, Lageberichte und viele weitere Unterlagen müssen jedoch weiterhin zehn Jahre aufbewahrt werden. Aufgrund der Belegfunktion dieser Unterlagen für die Buchführung ist davon auszugehen, dass sich Unternehmen aus Vorsichtsgründen verpflichtet sehen, auch die Buchungsbelege weiterhin zehn Jahre aufzubewahren. Die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist stellt somit nur auf dem Papier eine Entlastung für die Wirtschaft dar. Bayern setzt sich im Finanzausschuss des Bundesrates deshalb für eine einheitliche Aufbewahrungsfrist auf sechs Jahre für alle Unterlagen ein.

Nicht steuerbefreiten Körperschaften wie Sparclubs, Kegelclubs oder Mannschaftskassen steht ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 1.000 Euro zu, wenn sie Einkünfte aus Kapitalvermögen erzielen. Bis 2022 konnten diese Körperschaften ihrem Kreditinstitut einen zeitlich unbefristeten Freistellungsauftrag erteilen, um einen Steuerabzug zu verhindern. Das aktuell geltende Verfahren sieht nur noch eine zeitlich befristete Nichtveranlagungsbescheinigung vor. Diese ist mit deutlich mehr bürokratischen und wiederkehrenden Aufwand für die Körperschaften als auch Finanzämter verbunden. Bayern fordert daher eine Rückkehr zur alten Rechtslage, um diese nicht steuerbefreiten Körperschaften von unnötiger Bürokratie dauerhaft zu entlasten. □

Kein neuer Verwaltungsmoloch bei der Kindergrundsicherung

Nachdrücklich abgelehnt wird vom Deutschen Landkreistag die Schaffung eines neuen Verwaltungsmolochs zur Organisation der künftigen eigenständigen Kindergrundsicherung.

„Wir haben von Anfang an den immensen Behördenaufbau kritisiert, zu Recht hinterfragen die Parlamentarier die erforderlichen 5.000 zusätzlichen Staatsbe-

mationsaufgaben, die von den Kommunen umgesetzt werden müssen. Es ist klüger, stattdessen grundsätzlich den Steueranteil der Städte und Gemeinden zu erhöhen, zum Beispiel an der Umsatzsteuer. Es ist wichtig, dass die Städte wieder mehr investieren können.“ DK

diensteten. Denn die ganze Operation bringt bedürftigen Familien keinen Mehrwert. Sie würde sie sogar durch den Aufbau neuer Bürokratie zusätzlich belasten.“

Ein vernünftiger Gesetzgeber könne dieses Projekt nicht weiterverfolgen, so Sager weiter. Der ursprüngliche Zeitplan habe vorgesehen, dass die Reform bis Januar 2024 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wird und dann bis Ende Februar der Bundesrat zustimmt. „Bislang haben die Ampelfraktionen aber keine Lösung für

das Hauptproblem finden können: die Kindergrundsicherung so zu gestalten, dass sie tatsächlich Erleichterungen für Familien bringt. Das ist aber genau der Knackpunkt: Es wird für die bedürftigen Familien nicht einfacher, für sie würden künftig mehrere Behörden zuständig sein. Das ist der grundlegende Konstruktionsfehler. Und auch für die Verwaltung wird es komplizierter. Der Regierungsentwurf veranschlagt 5.000 neue Stellen, ohne dass an anderer Stelle – bei den Jobcentern oder bei den Kommunen – Personal eingespart werden könnte.“

Derzeit wird daher der Alternativvorschlag des DLT diskutiert, den Zusatzbetrag der Kindergrundsicherung für Kinder aus Bürgergeld-Familien über die Jobcenter abzuwickeln. □

Neue Führung und Vision für die Bayerische Verwaltungsschule:

Hans-Christian Witthauer übernimmt das Ruder

In einem feierlichen Akt haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (MdL) und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags am 2. April 2024 Hans-Christian Witthauer als neuen Vorstand der BVS ins Amt eingeführt.

Mit dem Antritt von Hans-Christian Witthauer als neuem Vorstand der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) beginnt ein neues Kapitel in der über 100-jährigen Geschichte der größten Aus- und Fortbildungsstätte für die Verwaltung in Deutschland. Witthauer folgt auf Monika Weinl, unter deren Leitung die BVS seit 2018 ihre Position als führendes Institut in diesem Bereich weiter ausbauen konnte.

„Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung“

In seiner Antrittsrede skizzierte Witthauer die Leitlinien seiner Vision für die Zukunft der BVS und betonte die Bedeutung der Schule für die bayerische Verwaltung. Er hob hervor, dass die BVS eine zentrale Rolle dabei spielen müsse, die Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter der Verwaltung auf die Herausforderungen einer digitalisierten Welt vorzubereiten. „Die Zukunft der Verwaltung liegt in der Digitalisierung. Dies bietet uns die Chance, bürokratische Hürden abzubauen und den Bürgerservice zu verbessern“, sagte Witthauer. Gleichzeitig warnte er davor, den menschlichen Kontakt aus den Augen zu verlieren. Moderne Verwaltung bedeute, digitale Lösungen zu nutzen, um den menschlichen Kontakt zu unterstützen und zu verbessern.

Witthauer, der verantwortungsvolle Posten bei der Bundeswehr, der Bundesagentur für Arbeit und deren Führungsakademie inne hatte und zuletzt als Vizepräsident und CTO für die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) tätig war, betonte die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung

als roten Faden seines beruflichen Lebens. „Aus- und Fortbildung waren immer der Schlüssel zu Erfolg und Innovation.“

Unter seiner Führung soll die BVS ihre Angebotspalette kontinuierlich anpassen und erweitern, um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden. Die Schule vermittelt nicht nur fachliche Kompetenz, sondern fördert auch die Fähigkeit, kreativ zu denken und innovative Lösungen zu entwickeln. Witthauer kündigte an, die digitalen Lehrangebote auszubauen und dabei moderne Bildungselemente zu integrieren. „Wir haben bereits erste Schritte in Richtung der Digitalisierung der Lehre unternommen, aber es bleibt noch viel zu tun“, erklärte er.

Die BVS unterhält nicht nur in Bayern, sondern auch internationale Kooperationen und ist für ihre Kompetenz weltweit bekannt. Witthauer betonte die Wichtigkeit dieser Partnerschaften und dankte den knapp 1.300 nebenamtlichen Lehrbeauftragten für ihr Engagement. „Ihre Arbeit ist



V.l.: Innenminister Joachim Herrmann, Hans-Christian Witthauer und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Bild: BVS

essentiell für den Erfolg unserer Lernenden und somit für die Zukunft der Verwaltung in Bayern“, sagte er. Dies sei nur möglich, weil die Dienstherren ihre engagierten Mitarbeitenden für die Lehre freistellten. „Ohne diese Freistellung, die auch insbesondere vom Innenministerium und Amtschef Dr. Erwin Lohner gefördert und empfohlen wird, können wir unsere dringend benötigten Nachwuchskräfte nicht ausbilden“, appellierte Witthauer an die rund 100 anwesenden Gäste

des Festakts. „Sie profitieren davon, denn Ihre Mitarbeitenden sind auf dem aktuellsten Stand, präsentieren Ihre Behörde als Arbeitgeber und werden von unseren Fachreferenten und Pädagogen geschult und unterstützt“, betonte Witthauer weiter.

Seinem Appell schlossen sich auch der bayerische Innenminister und Hans-Peter Mayer, Verwaltungsratsvorsitzender der BVS und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags an.

Hochqualifizierte und zukunftsorientierte Fachkräfte

Mit Hans-Christian Witthauer an der Spitze setzt die Bayerische Verwaltungsschule ihren Weg fort, die Verwaltung in Bayern und darüber hinaus mit hochqualifizierten und zukunftsorientierten Fachkräften zu versorgen. Seine Vision für die BVS stellt sicher, dass die Schule auch in einer sich schnell wandelnden Welt weiterhin eine führende Rolle einnehmen wird. □

Advertorial

KKW-Kommunenbefragung 2023:

Kernergebnisse zur Kommunalen Wärmeplanung

Zum Jahreswechsel ist das Gesetz zur Kommunalen Wärmeplanung in Kraft getreten. Einige Kommunen haben bereits begonnen, ihre Pläne zu entwerfen, andere haben schon konkrete Schritte unternommen. Mit der Auswertung seiner zweiten Befragung zur KWP liefert das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) der Deutschen Energie-Agentur (dena) einen aktuellen Überblick darüber, was bei der Kommunalen Wärmeplanung zu beachten ist und wo Nachbesserungsbedarf besteht.

Zu den zentralen Erkenntnissen zählt zunächst, dass die Umsetzung der Wärmewende viele Hürden aufweist: Finanzierung, Fachkräfte, Bürokratie, Datenbeschaffung sind zentrale Punkte. Sie alle finden sich in den Antworten der Kommunen wieder. Überraschend ist laut KKW, „dass je nach Planungsfortschritt die Beteiligung der Akteure, die Bürgerbeteiligung oder die Kommunikation als häufigste oder zweithäufigste Herausforderung genannt werden. Hier zeigt sich, dass die Wärmeplanung ein Multi-Akteurs-Prozess ist. Bürgerinnen und Bürger verfolgen die Planungen ihrer Kommune, nicht zuletzt, weil sie durch das Gebäudeenergiegesetz in absehbarer Zeit selbst dazu verpflichtet sind, ihre Gebäude klimaneutral zu beheizen“.

Die meisten Teilnehmer, die bereits mit der Wärmeplanung begonnen haben, beauftragen externe Dienstleister, um die Aufgaben der Wärmeplanung zu erfüllen. Die Kosten variieren stark - zwischen 0,84 Euro bis 6,32 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Diese Kosten sind umso höher, je weniger Einwohner es in der betreffenden Gemeinde gibt. Für kleinere Kommunen ist es aus Sicht des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende deshalb fachlich wie finanziell sinnvoll, die Wärmeplanung gemeinsam mit anderen Kommunen durchzuführen und einen interkommunalen Wärmeplan zu erstellen. Diese Zusammenarbeit ermögliche es auch, personelle Ressourcen zu bündeln und den Austausch sowie die Zusammenarbeit in der Region von Anfang an zu fördern.

Planungsprozesse schreiten voran

Trotz der Vielzahl an Herausforderungen gibt es auch positive Erkenntnisse. So zeigt ein grober Vergleich der aktuellen Befragungsergebnisse mit den Antworten aus 2022, dass die Teilnehmer ihren Wissensstand zur kommunalen Wärmeplanung 2023 deutlich besser einschätzten. Dies lässt darauf schließen, dass die Planungsprozesse in den Kommunen voranschreiten und sich entwickeln.

Weniger überraschend ist, dass die Mehrheit der Kommunen angibt, die Wärmeplanung über das Klimaschutzmanagement zu koordinieren und die nötigen Planungs- und Prozessschritte als Dienstleistungen auszuschieben. Ebenfalls bestätigt wurde die bisherige

Einschätzung, dass einheitliche Vorlagen, wie beispielsweise für Ausschreibungsunterlagen und Hilfestellungen zur Datenbeschaffung, den Planungsprozess in den Kommunen unterstützen können.

Speziell für Bayern lässt sich festhalten, dass sich die Mehrheit der teilnehmenden Kommunen in der Vorbereitung der Kommunalen Wärmeplanung befindet. Die meisten Durchführungen durchlaufen die Phase der Bestandsanalyse. Noch nicht begonnen haben Kommunen im Freistaat vor allem aufgrund des unklaren rechtlichen Rahmens.

In der Verwaltung übernimmt in der Regel der Bereich Klimaschutz die Koordination der KWP. Die Mehrheit der Befragten in Bayern vergibt die KWP allerdings überwiegend oder komplett fremd. Auch im Freistaat ist eine Korrelation zwischen der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der

BERR eG und naturstrom feiern 10-jährige Zusammenarbeit

Andrea Bayer und Sonja Frisch empfingen kürzlich den Vorstandsvorsitzenden der BERR, Joachim Scherrer, und seinen Kollegen Justin Schlecht im neuen naturstrom-Büro in der Ludwig-Eckert-Straße in Regensburg. Gefeierte wurde nicht nur die Eröffnung des 14. naturstrom-Standorts, sondern auch die 10-jährige Kooperation der beiden Energiewende-Vorreiter. Diese nahm mit einem besonderen Projekt ihren Anfang.

2014 hat die BERR in enger Zusammenarbeit mit naturstrom die zukunftstaugliche Mieterstrom-Versorgung für das gemeinschaftliche Wohnprojekt „Haus mit Zukunft“ der NaBaU eG in Re-

gensburg mitgestaltet. Den Strom einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach können die Bewohnerinnen und Bewohner direkt nutzen, ohne Umwege über das öffentliche Netz. Dadurch entfallen die Netzentgelte und Abgaben an den Netzbetreiber.

Wissensstand zur KWP

Unter den Befragten in Bayern arbeitet nur eine Landgemeinde bei der KWP als interkommunaler Zusammenschluss. Fast die Hälfte der Befragten in Bayern schätzt ihren Wissensstand zur KWP im mittleren Bereich ein. Mehr Befragte geben an, dass sie einen (eher) geringen Wissensstand haben (33 Prozent), als solche, die ihn als (eher) hoch einschätzen (22 Prozent).

Keinen oder nur unzureichenden Zugang haben die befragten Kommunen bei Themen wie Daten für den Wärmeplan sowie bei allgemeinen Informationen zur Wärmeplanung. Das größte Interesse besteht an Informations- und Beratungsformaten, die spezielle Informationen für bestimmte Kommunitypen enthalten.

DK

Grünes Gas für alle Fälle:

Mit erneuerbaren Energien in die Zukunft

Als erster Versorger in Deutschland bietet energie schwaben schon jetzt grünes Gas für alle Anforderungen des GEG bis zur klimaneutralen Energieversorgung 2045 an.

Die Tarife, die alle Anforderungen der GEG-Novelle (Gebäudeenergiegesetz) erfüllen, sind ab sofort online über einen Preisrechner buchbar. Vier Produkte stehen zur Auswahl: Mein BioGas 15, Mein BioGas 30, Mein BioGas 65 und Mein BioGas 100. energie schwaben liefert in diesen Tarifen jeweils einen Anteil von 15, 30 oder 65 Prozent beziehungsweise zu 100 Prozent Biogas.

Biogas und Wasserstoff für klimaneutrale Zukunft

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, erklärt: „Ohne Gas wird die Energiewende nicht gelingen. Wir setzen uns dafür ein, dass klimaneutrale Gase Erdgas zunehmend ersetzen. Daran arbeiten wir. In Zukunft wird das vor allem Wasserstoff sein, aber auch Biogas bietet gerade in unserer Region viele Chancen und hat das Potenzial, schon jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen zu leisten.“

Ziel der Gesetzesnovelle ist es, den Anteil von erneuerbaren Energien in der Wärmever-sorgung von Gebäuden zu erhöhen. Damit die Umstellung auf eine klimaneutrale Energieversorgung bis 2045 in Deutschland klappt, gibt das GEG vor, dass ab 2024 neu eingebaute

Gasheizungen bis 2045 schrittweise auf Biogas oder Wasserstoff umgestellt werden. Gasheizungen, die vor 2024 eingebaut wurden, können bis 2045 unverändert mit Erdgas weiterbetrieben werden.

Bereits heute in die Energie-zukunft starten? Natürlich ist es auch möglich, den eigenen CO₂-Fußabdruck schon heute zu verkleinern und die Biogastarife unabhängig von gesetzlich verpflichtenden Zeitpunkten zu buchen.

Mit energie schwaben auf der sicheren Seite

So oder so: energie schwaben stellt alle im Rahmen des neuen GEG benötigten grünen Gas-Produkte zur Verfügung.

Zukünftig können die Gasnetze auch als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas dienen. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und klimaschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Wärme und sogar Strom in Privathaushalten zu erzeugen. □



Heimisches Biogas aus Reststoffen

 energie schwaben



V.l.: Jan Dühring, Daniel Mölk, Michael Müller.

Bild: Eavor

CO₂-freie und heimische Naturwärme für Geretsried

Im März ist der Wärmeliefervertrag zwischen der Isar Loisach Naturwärme GmbH (ILN), einer Tochter der Stadtwerke Geretsried, und der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH feierlich im Rathaus in Geretsried unterzeichnet worden, nachdem der Vertrag zuvor durch den Verwaltungsrat der Stadtwerke Geretsried und den Rat der Stadt Geretsried genehmigt wurde.

Der Erste Bürgermeister Michael Müller betonte die Bedeutung dieses Vertrages für die Bürgerinnen und Bürger von Geretsried: „Die Nutzung der Geothermie ist für unsere Region und Bayern ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende, regional kann sie uns zuverlässig mit klimafreundlicher Wärme versorgen. Es wird zunächst sicher nicht jeder Geretsrieder Haushalt an das Fernwärmenetz anschließen können. Das Rückgrat bilden große Liegenschaften wie Schulen, Unternehmen und große Wohnviertel.“

Der Vertrag sieht die Lieferung von bis zu 81.200 MWh/a Wärme an die Isar Loisach Naturwärme GmbH vor. Jan Dühring, Vorstand der Stadtwerke und Geschäftsführer der Isar Loisach Naturwärme GmbH: „Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur für die Nutzung der Geothermie ist für unsere neue Gesellschaft, unsere Stadtwerke und die Stadt als Ganzes eine Herausforderung, der wir uns gerne und mit viel Energie stellen werden.“ Das Fernwärmenetz der ILN wird, je nach

Bohrfortschritt ab 2025/2026, in sechs Ausbaustufen errichtet und vom Gewerbegebiet in Gelting bis nach Geretsried-Stein reichen.

Daniel Mölk, Geschäftsführer der Eavor Erdwärme Geretsried GmbH: „Dieser Vertrag stellt einen weiteren Meilenstein in einem sehr wichtigen Projekt für Geretsried und seine Bürger dar. Wir schreiben mit diesem Projekt ein neues Kapitel in der Energiewende. Wir zeigen hier, wie mit der Eavor-Loop™ Technologie eine echte Gamechanger für den Wärmesektor Realität wird. Geretsried wird damit zum Vorbild für Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität.“

Die ILN arbeitet auf Hochtouren an einer Webseite als Informationsplattform, um in wenigen Wochen zu vielen Fragen rund um das Thema „Fernwärme in Geretsried“ zu informieren. Um keine wichtigen Informationen und Entwicklungen zu verpassen, besteht unter www.naturwaerme-geretsried.de bereits jetzt die Möglichkeit, sich für den Newsletter der ILN zum Fernwärmeausbau zu registrieren. □

Beide Partner sind überzeugt: Energiewende passiert vor Ort

Für Andrea Bayer ist es eine Herzensangelegenheit, mit regionalen Erzeugungsanlagen eine enkeltaugliche Zukunft zu schaffen. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Es gehört zur naturstrom-Überzeugung, dass Bürgerinnen und Bürger von Anfang an eingebunden werden. So werden Anlagen wie zum Beispiel Solarparks nicht an externe Betreiber verkauft, sondern generieren im Betrieb mit lokalen Partnern Gewinne vor Ort. Der Öko-Energieversorger legt von Anfang an größten Wert auf Information, Transparenz und Teilhabe.

Zusammenarbeit mit der BERR als klarer Wegweiser nach Regensburg

Für Andrea Bayer steht fest: „Die Wertschöpfung beim Ausbau der Erneuerbaren muss in der Region, also bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen bleiben.“ Dafür steht naturstrom als Pionier der Energiewende seit 25 Jahren.

Joachim Scherrer zeigte sich sichtlich gerührt, als er einen Geburtstagskuchen überreicht bekam. Für die BERR und naturstrom ist die Zielrichtung für die nächsten 10 Jahre klar. Die Energiewende in der Region Regensburg wird mit gemeinschaftlichen Wind- und Photovoltaik-Projekten gemeistert! □

Bericht des Bundesrechnungshofs zum Stand der Energiewende:

Umsteuern dringend erforderlich

Harsche Kritik an der Bundesregierung und deren Arbeit am „Generationenprojekt Energiewende“ hat der Bundesrechnungshof geübt. In einem kürzlich veröffentlichten Sonderbericht weisen die Kassenprüfer darauf hin, dass Deutschland zwar sehr ambitionierte Ziele verfolge, das Vorhaben jedoch nicht auf Kurs sei und die Regierung ihren Zielen hinterherhinke. Nötig sei daher eine umgehende Reaktion, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten. Nach Ansicht von BRH-Präsident Kay Scheller „hätte ein Scheitern gravierende Folgen, denn der Erfolg der Energiewende ist zentral für ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Erreichen der Klimaschutzziele“.

Die vorgesehene Transformationsziele auf eine grundlegende Umstellung der Energieversorgung in Deutschland, auf erneuerbare Energien und mehr Energieeffizienz ab. Doch aktuell sehen die Haushaltsexperten die sichere Versorgung mit zudem vergleichsweise teurem Strom gefährdet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) müsse die erneuerbaren Energien entsprechend den gesetzlich festgelegten Zielpfaden ausbauen. Allerdings ist laut BRH absehbar, dass die Ausbauziele nicht erreicht werden: „So konnte die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Jahr 2023 lediglich 50 Prozent des Zielvolumens für Windenergieanlagen an Land vergeben: statt 12,84 GW nur 6,38 GW. Um den Zielpfad zu erreichen, müsste sie im Jahr 2024 nunmehr 16,46 GW vergeben. Das ist nicht realistisch.“

Rückstand beim Netzausbau: 7 Jahre und 6.000 km

Die Stromerzeugung durch Photovoltaik und Windanlagen unterliege Schwankungen, so dass es zu Versorgungslücken kommen könne. Deshalb sei der Zubau ausreichender gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten bis zum Jahr 2030 von zentraler Bedeutung. Diesen müsse das BMWK gewährleisten. „Mit der Kraftwerksstrategie 2026 wird ihm das aber nicht gelingen, denn die darin vorgesehenen 10 GW H2-ready-Gaskraftwerke werden nicht ausreichen. Auch die Ausgestaltung eines zusätzlich geplanten Kapazitätsmechanismus für weitere Leistung ist noch offen. So ist

nicht sichergestellt, dass die erforderlichen Backup-Kapazitäten rechtzeitig verfügbar sind“, unterstreicht der Rechnungshof. Zudem sei ein erheblicher Ausbau der Stromnetze nötig. „Der Netzausbau liegt erheblich hinter der Planung zurück. Der Rückstand beträgt mittlerweile sieben Jahre und 6.000 Kilometer.“

Wirklichkeitsfremde Bundesnetzagentur

Gleichzeitig werden die Annahmen der Bundesregierung beim Monitoring der Versorgungssicherheit als „wirklichkeitsfremd“ bewertet. In ihrem Monitoringbericht für die Jahre 2025 bis 2031 betrachte die Bundesnetzagentur lediglich ein „Best-Case“-Szenario, wonach die Ausbauziele sicher erreicht werden. Alternative Szenarien würden nicht miteinbezogen, obwohl der Ausbau weder bei den erneuerbaren Energien noch den Stromnetzen auf Kurs sei. „Das Szenario ist sehr unwahrscheinlich. Es weicht von den tatsächlichen Entwicklungen erheblich ab“, betonte Präsident Scheller. „So nimmt das BMWK hin, dass Gefahren für die sichere Versorgung mit Strom nicht rechtzeitig sichtbar und Handlungsbedarfe zu spät erkannt werden. Der Zweck des Monitorings als Frühwarnsystem zur Identifizierung solcher Handlungsbedarfe wird faktisch ausgehebelt.“

Hohe Strompreise stellen ein erhebliches Risiko für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Akzeptanz der Energiewende dar. Die Preise für Strom seien hierzulande kontinuierlich

gestiegen und zählten zu den höchsten in der EU.

Weitere Preissteigerungen seien absehbar. Bis 2045 fielen allein für den Ausbau der Stromnetze massive Investitionskosten von mehr als 460 Mrd. Euro an. Das BMWK berücksichtige diese Systemkosten bisher nicht bei seiner Darstellung der Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien. Um den sehr hohen Strompreisen entgegenzuwirken, habe die Bundesregierung diese wiederholt mit staatlichen Mitteln punktuell bezuschusst. „Dadurch entsteht ein falsches Bild der tatsächlichen Kosten der Transformation“, macht Scheller deutlich.

Aus seiner Sicht muss die Bundesregierung die Systemkosten der Energiewende klar benennen. Darüber hinaus sollte sie endlich bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht. Die von ihr geregelten Strompreisbestandteile muss sie konsequent auf ihre energiepolitischen Ziele ausrichten.

Relativierung des BDEW

Nach Auffassung von Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, sei die Kritik in einzelnen Punkten zwar berechtigt, jedoch schieße der Bundesrechnungshof mit seiner Generalkritik über das Ziel hinaus. Es seien sehr wohl Energiewende-Fortschritte sichtbar: „Die Bedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich haben sich deutlich verbessert. Im vergangenen Jahr hatten Erneuerbare Energien erstmals einen Anteil von über 50 Prozent an der Stromversorgung Deutschlands. Auch beim Stromnetzausbau gibt es erkennbare Fortschritte. Es ist klar, dass es weitere Vereinfachungen bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren geben muss. Dies fordert die Energiebranche mit Nachdruck ein. Dazu gehört auch, die Unternehmen endlich von Bürokratie zu entlasten. Der BDEW hat hierzu eine Reihe sehr konkreter Vorschläge gemacht.“

Eine „Versorgungslücke“ im Stromsystem, wie sie der Bundesrechnungshof befürchtet, sehe der BDEW nicht, betonte Andreae. „Die Bundesregierung muss aber jetzt Tempo machen, um den Zubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke zu ermöglichen. Denn das ist eine von mehreren zentralen Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bundesregierung ihr Ziel eines vorgezogenen Kohleausstiegs erreicht. Die Gefahr bei einem verzögerten Ausbau von wasserstofffähigen Kraftwerken liegt nicht in einer Gefährdung der sicheren Stromversorgung, sondern in einer Gefährdung des vorgezogenen Kohleausstiegs. Ohne Zubau wird dies nicht möglich sein.“

Rolle der KWK bedenken

„Aus unserer Sicht muss die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) im Hinblick auf die Kraftwerksplanung und gesicherte Erzeugungskapazitäten bedacht werden – gerade auch deshalb, weil 10 Gigawatt gesicherte Leistung tatsächlich zu wenig sind“, fuhr Andreae fort. Die KWK leiste neben der Stromerzeugung ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit wärmeseitig – und darüber hinaus auch zur Absicherung der Wärmewende. Mit einer Weiterentwicklung des KWK-Gesetzes über das Jahr 2026 hinaus und hin zu klimaneutralen Brennstoffen wie Wasserstoff könne die Kraft-Wärme-Kopplung die Kraftwerksstrategie zum Aufbau von steuerbarer Erzeugungskapazität und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bereich Strom und Wärme flankieren. **DK**

Ein Jahr Atomausstieg:

Noch viele Aufgaben für nukleare Entsorgung

Am 15. April 2024 jährte sich Deutschlands Atomausstieg zum ersten Mal. Mit der Abschaltung der letzten drei verbliebenen Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 ist ein Jahr zuvor die kommerzielle Nutzung der Kernenergie beendet worden.

Dazu erklärt der Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Christian Kühn: „Der Atomausstieg hat dafür gesorgt, dass keine weiteren hochradioaktiven Abfälle mehr produziert werden. Voraussichtlich 27.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle bleiben nach der jahrzehntelangen Nutzung der Kernenergie zurück. Mit dieser festen Größenangabe kann – und muss – jetzt ein tiefeingelagertes Endlager gesucht werden.“

Anders als viele andere Staaten hat Deutschland einen gesetzlich geregelten, wissenschaftsbasierten und transparenten Suchprozess festgelegt und durch einen Fonds, in den die Atomkraftwerksbetreiber einzahlen mussten, finanziell abgesichert. Dieser vertrauensbildende Prozess ist gefährdet, wenn der Atomausstieg und wider besseren Wissens die weltweit anerkannte Notwendigkeit der geologischen Tiefenlagerung infrage gestellt werden.

„Deutschland ist durch den Atomausstieg sicherer geworden. Gleichzeitig zeigt die geringe Zahl der bereits vollständig zurückgebauten Reaktoren, wie aufwändig dieser Rückbau, die Zwischenlagerung und Endlagerung sind. Nukleare Sicherheit muss also noch für viele Jahrzehnte gewährleistet werden und bleibt eine Daueraufgabe“, so BASE-Präsident Kühn.

Der Ausstieg aus der Atomenergie resultiert aus einem Bundestagsbeschluss von 2011. Dieser Bundestagsbeschluss – kurz nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima – fußte auf einer breiten, parteiübergreifenden Mehrheit. Gleichzeitig ermöglichte der Ausstieg erstmals eine sowohl von Atomkraftbefürwortern wie -gegnern gemeinsam getragene Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle.

Mammutprojekt

„Die Endlagersuche ist ein Mammutprojekt, das nur gelingen kann, wenn die Breite der Gesellschaft dafür eintritt. Behauptungen über andere und angeblich einfachere Optionen haben keine fachliche Basis und lenken davon ab, dass weiterhin ein Endlager in tiefen geologischen Schichten die einzige Entsorgungsmöglichkeit für die gefährlichen Stoffe ist“, so Kühn.

Die Lagerung in tiefen und stabilen Formationen wird sowohl in Deutschland wie auch von fast allen anderen Staaten mit derartigen Abfällen als einzige langzeitsichere Alternative zum Umgang mit hochradioaktiven Hinterlassenschaften gesehen. Auch neue oder vermeintlich neue Reaktortechnologien erfordern derartige langzeitsichere Endlager. **□**

Energiewende im Staatswald:

Regionale Bietergemeinschaft gewinnt Windkraftausschreibung

Fünf neue Windenergieanlagen in Oberbayern

Der Ausbau der Windenergie im bayerischen Staatswald schreitet zügig voran: Eine regionale Bietergemeinschaft wird im oberbayerischen Landkreis Fürstentum Moosenweis bis zu fünf neue Windenergieanlagen errichten. Das ist das Ergebnis des kürzlich abgeschlossenen Auswahlverfahrens der Bayerischen Staatsforsten (BaySF). Der Standortsicherungsvertrag liegt bereits vor.

Das Auswahlverfahren wurde gestartet, nachdem die Standortgemeinde durch Gemeinderatsbeschluss grünes Licht für die Planungen gegeben hatte. Für die BaySF waren dabei die Wünsche und Vorgaben der Gemeinden entscheidend für die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens.

Die Sieger: MSE Solar GmbH und EnValue GmbH

Nun steht der Gewinner des Auswahlverfahrens fest – durchgesetzt und die Vorgaben der Gemeinden am besten umsetzen wird eine Bietergemeinschaft: Die MSE Solar GmbH aus München wird zusammen mit der EnValue GmbH aus dem bayerischen Hofkirchen und dem Ingenieurbüro Windplan Borse GmbH aus Berlin die Anlagen errichten. Diese Bietergemeinschaft konnte sich schon im Aus-

wahlverfahren im benachbarten Kottgeisering durchsetzen.

Enge Zusammenarbeit mit Kommunen und lokalen Akteuren

Fred Garside, Projekt-Manager der MSE Solar: „Wir freuen uns, erneut einen Zuschlag im Auswahlverfahren der BaySF erhalten zu haben und nun für den neuen Windpark in der Gemeinde Moosenweis gemeinsam mit dem benachbarten Windpark in der Gemeinde Kottgeisering die Planung anzugehen. Unsere Bietergemeinschaft sieht mit großer Freude der weiteren Projektentwicklung entgegen. Um unserer Philosophie einer engen Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen und lokalen Akteuren gerecht zu werden, haben wir bereits Kontakt mit beiden Standortgemein-

den aufgenommen. Dies bildet aus unserer Sicht das Rückgrat für eine effiziente und kommunalfreundliche Umsetzung unseres Vorhabens. Wir sind fest entschlossen, den Genehmigungsprozess mit der gleichen Sorgfalt und dem gleichen Engagement zu durchlaufen und die Öffentlichkeit kontinuierlich über den Fortschritt zu informieren, wie es sich in vergangenen Projekten bewährt hat.“

Auf den Flächen der BaySF wurden bereits 101 Windenergieanlagen realisiert. Derzeit sind aktuell 30 Standortsicherungsverträge für bis zu 150 neue Windenergieanlagen abgeschlossen. Mit diesem abgeschlossenen Auswahlverfahren werden es 31 Standortsicherungsverträge für bis zu 155 neue Anlagen sein.

Aktuell laufen zudem Auswahlverfahren im oberbayerischen Landkreis Landsberg am Lech (Gemeinde Denklingen) für bis zu sechs neue Windenergieanlagen sowie im mittelfränkischen Landkreis Ansbach (Gemeinde Dombühl) für eine Anlage.

Weitere Informationen: www.baysf.de/windenergie **□**



WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz sowie weitere kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung, Finanzierung, Erfolge.

Lfa Förderbank Bayern

GSWT-Technologie setzt neue Maßstäbe

Die multifunktionale Gegenstrom-Schicht-Wärmetauscher-Technologie hat die luft- und klimatechnische Branche revolutioniert, indem sie neue Maßstäbe in Bezug auf Effizienz, Betriebssicherheit und Bauweise gesetzt hat. Im Vergleich zu herkömmlichen WRG-Systemen bietet die GSWT-Technologie eine Vielzahl von Vorteilen, was zu erheblichen Energieeinsparungen und Kostensenkungen führt.

Die Funktionsweise der GSWT-Technologie basiert auf dem bewährten Prinzip des Gegenstroms. Dabei strömen beide Medien, Luft und Wasser, entgegengesetzt zueinander durch den Wärmeüberträger. Dies ermöglicht einen beidseitigen Temperatur-Austauschgrad von 90 Prozent.

Der GSWT besteht aus einer Vielzahl von Wärmeüberträgern, die schichtweise übereinandergestapelt werden. Zwischen den Schichten sorgt eine Trennlage für eine zwangsgeführte Luftströmung im Gegenstromprinzip. Jede Schicht ist nur wenige cm hoch und erhält separate Absperrventile. Eine defekte Schicht kann im laufenden Betrieb aus dem Übertragungsprozess ausgekoppelt werden. Bei einem GSWT mit 20 Schichten würde bei Ausfall einer Schicht 95 Prozent der Wärmeübertragungsfläche erhalten bleiben und weiterhin einen hohen Temperaturexchangsgrad gewährleisten. Dies erhöht die Verfügbarkeit und die Zuverlässigkeit der Anlage und bietet eine unvergleichlich hohe Betriebssicherheit.

Zudem weist er kleine Strömungskanäle auf, die seitlich durch die Lamellen und in der Höhe durch die Trennlagen begrenzt sind. Diese tragen zur sehr guten und einfachen Reini-

gungsfähigkeit des Wärmeüberträgers bei.

Die GSWT-Technologie zeichnet sich durch ihre hohe Rückwärmehzahl und Effizienz aus. Für ein hocheffizientes GSWT-System werden zwei GSWT zu einem Kreislaufverbundsystem kombiniert und erzielen Rückwärmehzahlen von bis zu 80 Prozent, d.h. 80 Prozent der Abluftwärme (Differenz Abluft zu Außenluft) wird zurückgewonnen. Diese hohen Rückwärmehzahlen in Verbindung mit hoher Redundanz erlauben eine multifunktionale Nutzung, wodurch die Effizienz weiter gesteigert wird.

Das Kreislaufverbundsystem

Das Kreislaufverbundsystem (KVS) auf GSWT-Basis verbessert die Effizienz von luft- und klimatechnischen Anlagen durch eine intelligente Kreislaufverbundregelung. Dieses System ermöglicht eine präzise Steuerung und Optimierung der Energieverteilung in Gebäuden, indem es verschiedene Komponenten wie Lüftungs-, Heizungs- und Klimaanlage miteinander verbindet und synchronisiert. Durch die Integration von Sensoren und intelligenten Regelalgorithmen kann das KVS den Energieverbrauch reduzieren und den Komfort für die Nutzer erhöhen.

Mit Einsatz der GSWT-Technologie wird im KVS gleichzeitig die Betriebssicherheit verbessert und ermöglicht Substitutionen in anderen Gewerken. Insgesamt bietet das Kreislaufverbundsystem eine Lösung zur Effizienzsteigerung und Optimierung von TGA-Anlagen in verschiedenen Anwendungsbereichen.

Ein weiterer entscheidender Vorteil der Kreislaufverbundsysteme ist ihre Fähigkeit zur keim- und schadstofffreien Wärmeübertragung. Im Gegensatz zu anderen Wärmerückgewinnungssystemen wie Rotationswärmetauscher und Plattenwärmetauscher können auch bei belasteter Fortluft oder erhöhten Hygieneanforderungen hohe Rückgewinnungsleistungen erzielt werden. Zudem ermöglicht sie den Einsatz einer indirekt adiabatischen Kühlung, ohne Feuchtigkeit oder Keime zu übertragen.

Betriebssicherheit

Die hohe Betriebssicherheit der GSWT gewährleistet im Winter eine ausfallsichere Wärmerückgewinnungsleistung, sodass die eingesparte Wärmeleistung bei der Auslegung der noch vorzuhaltenden Heizleistung berücksichtigt und die Heiztechnik um bis zu 80 Prozent kleiner ausgelegt werden kann.

Da das GSWT-System im Sommer auch zur Kälterückgewinnung eingesetzt werden kann, wird somit auch Kälteleistung eingespart. Durch die eingesparte Kälteleistung in Kombination mit adiabatischer Vorküh-

lung fällt die Kältetechnik sowie die zugehörige Rückkühltechnik deutlich kleiner aus.

Die GSWT-Technologie bietet somit die Möglichkeit zur Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung. Durch ihren redundanten und betriebssicheren Aufbau können Leistungen angepasst und reduziert werden, was zu erheblichen Einsparungen bei den Investitionen führt. Die Substitution von Heiz-, Kühl- und Rückkühlleistung ermöglicht auch eine effizientere Nutzung von Ressourcen.

Multifunktionale Nutzung

Die GSWT-Technologie verbindet hohe Rückwärmehzahlen mit hoher Redundanz und bildet damit die Grundvoraussetzungen für eine multifunktionale Nutzung. Es existiert eine beeindruckende Palette von integrierten Funktionen. Neben der Wärmerückgewinnung können auch Funktionen wie Kälterückgewinnung, indirekt adiabatische Verdunstungskühlung, Nacherwärmung, Nachkühlung, Abwärmenutzung, Solarwärmenutzung, Kältemaschinen-Rückkühlung, Freie Kühlung und viele andere integriert werden.

Alle Funktionen werden zusammen mit einer Schalteinheit in einer Elektro-Hydraulischen-Baugruppe komplett anschlussfertig installiert. Die integrierte Steuerung übernimmt die komplette Regelung der GSWT-Technologie und kann in jede übergeordnete MSR-Technik eingebunden werden. Auch die Elektro-Hydraulische-Baugruppe wird betriebssicher aufgebaut und beinhaltet eine Not-Handbedienebene, sodass alle Funktionen auch bei Ausfall der Regeleinheit verfügbar bleiben.

In Bezug auf die Wärme-/Kälterückgewinnung eines gesamten Betriebsjahres bietet die GSWT-Technologie eine beeindruckende Effizienz. Mit integrierter Nacherwärmung und Nachkühlung können Effizienzwerte von bis zu 1:30 erreicht werden. Zusätzliche Funktionen wie freie Kühlung, Entfeuchungskälterückgewinnung und Rückkühlung der Kältemaschine können die Effizienz sogar auf bis zu 1:100 steigern.

Der GSWT übernimmt somit auch die Funktion eines Erhitzers, Kühlers, Rückkühlers, etc. Zusätzliche luftseitige Wärmetauscher oder Rückkühlaggregate sind nicht erforderlich, was den Platz- und Strombedarf der Anlagentechnik erheblich reduziert und die GSWT-Technologie besonders attraktiv für die Sanierung von Bestandsanlagen macht.

Retrofit: Sanierung von Bestandsanlagen

Die Anwendung der GSWT-Technologie bei der Sanierung von Bestandsanlagen bietet eine Reihe von Vorteilen, insbesondere in Bezug auf die Modernisierung bestehender Lüftungssysteme. Oftmals sind diese Systeme veraltet und entsprechen nicht mehr den aktuellen energetischen Anforderungen. Durch die Integration der GSWT-Technologie können diese Systeme effizienter gestaltet und der Energieverbrauch reduziert werden.

Eine der größten Herausforderungen bei der Sanierung von Bestandsanlagen ist häufig der begrenzte Platz in den vorhandenen Lüftungszentralen oder Bereichen, die schwer zugänglich sind. Die modulare Bauweise und die Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher ermöglichen jedoch eine flexible Installation, selbst unter beengten Verhältnissen. Dies minimiert die Notwendigkeit von aufwändigen baulichen Maßnahmen wie Wanddurchbrüchen und erleichtert den Einbau in bestehende Systeme.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Möglichkeit, fast jede Luft-



V.l.: Cetin Yasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung der Stadtwerke), Miriam Seidl (Geschäftsleiterin Stadt Kelheim), Thomas Winkler (Projektleiter Planung der Gammel Engineering GmbH), Kelheims Bürgermeister Christian Schweiger, Sabine Melbig (Geschäftsführerin Stadtwerke Kelheim) und Felix Ipfelkofer (Projektleiter der Stadtwerke) vor dem 20 Meter hohen Pufferspeicher am Biomasseheizkraftwerk.

Bild: Stadtwerke Kelheim/C. Holzer

Stadtwerke Kelheim:

Investition in die Zukunft

Eine klimaneutrale Wärmeversorgung spielt bei der Erreichung der Klimaziele eine wesentliche Rolle. Um die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern, haben die Stadtwerke Kelheim ihr Biomasseheizkraftwerk nun um einen Pufferspeicher ergänzt.

Der Energieversorger investiert bereits seit Jahren in seine Netzinfrastruktur und ermöglicht durch die Erweiterung mittels Speichern eine effizientere Wärmeversorgung seiner Verbraucher mit erneuerbaren Energien. Sabine Melbig, Geschäftsführerin der Stadtwerke Kelheim, betont: „Neben der gestiegenen Nachfrage unserer Kunden nach Versorgung durch Fernwärme spielt für uns auch das Thema Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle. Wir müssen verantwortungsvoll mit den natürlichen, uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen. Das ist in unserem Unternehmensleitbild fest verankert.“

Präzisionsarbeit

Bereits vor Wochen wurden im Kesselhaus des Heizkraftwerkes alle notwendigen Anbindungen für den Speicher vorbereitet. Ende Februar war es dann so weit und der rund 20 Meter hohe Pufferspeicher wurde mithilfe von Autokranen aufgestellt.

Gespannt verfolgten Sabine Melbig, Felix Ipfelkofer (ver-

antwortlicher Projektleiter der Stadtwerke) und Cetin Yasin (Fachbereichsleiter Wärmeerzeugung Stadtwerke) die Präzisionsarbeit, mit der der Speicher exakt auf das dafür erstellte Fundament gesetzt und an die Leitungen zum Kraftwerk angeschlossen wurde. Auch Thomas Winkler von der Gammel Engineering GmbH aus Abensberg war als zuständiger Projektleiter der Planung mit vor Ort.

leistung an die spezifischen Gegebenheiten des Gebäudes anzupassen. Dies ermöglicht eine maßgeschneiderte Lösung für jede Situation, unabhängig von der Größe oder Komplexität des Projekts. Darüber hinaus kann die GSWT-Technologie auch in historischen Gebäuden eingesetzt werden, ohne die Fassaden öffnen zu müssen, was den Erhalt des architektonischen Erbes unterstützt.

Einsparung von ca. 62 Tonnen CO₂ pro Jahr im Pufferspeicher

Als Bestandteil des Heizkraftwerkes dient der Pufferspeicher dazu, zeitliche Differenzen zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch von Wärme auszugleichen. Das ermöglicht eine gewisse Glättung der tageszeitlichen Spitzenlasten, vor allem in den Morgenstunden. Der fossile Anteil wird gesenkt und der Deckungsanteil der Biomasse erhöht. Dadurch können große Mengen an CO₂ eingespart werden.

Mit einem wärmetechnisch nutzbaren Volumen von 200.000 Litern Heizwasser ergibt sich im Pufferspeicher der Stadtwerke Kelheim so eine Einsparung von ca. 62 Tonnen CO₂ pro Jahr - für eine klimafreundliche und wirtschaftliche Zukunft Kelheims. Darüber freut sich insbesondere Bürgermeister Christian Schweiger, der gemeinsam mit Miriam Seidl, Geschäftsleiterin der Stadt Kelheim, den Pufferspeicher besichtigte.

Mit Fernwärmenetz werden ca. 73 Gebäude versorgt

2011 ging das Biomasseheizkraftwerk der Stadtwerke Kelheim in Betrieb. Aus naturbelassenen regionalen Holzhackenschnitzeln wird Biowärme und -strom erzeugt. Der Kessel hat eine Feuerungswärmeleistung von 3.800 kW (Biomasse). Die Leistung der ORC-Turbine liegt bei 600 kW (elektrisch). Mit diesem Fernwärmenetz versorgen die Stadtwerke Kelheim ca. 73 Gebäude über eine Trassenlänge von rund 10 Kilometern.



GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR IHRE KOMMUNE

Nachhaltig. Zukunftssicher. Klimaschonend.

Wir entwickeln Photovoltaik- und Windprojekte von der grünen Wiese bis zur Inbetriebnahme der Anlagen. Und wir sorgen mit Wärme-, Wasserstoff- und E-Mobilitätslösungen dafür, dass die Menschen vor Ort von der Energieerzeugung profitieren - und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Gemeinde mit GP JOULE.

www.gp-joule.de | kommunen@projects.gp-joule.de | T+49 8274 9278-851

Konzern Versicherungskammer:

Versicherer der Regionen, Finanzierer der Regionen

Die Zusammenarbeit der Versicherungskammer mit kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen in Bayern hat Tradition. Vor über 100 Jahren wurde unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände die Kommunalversicherung und damit eine bis heute anhaltend gute Geschäftsbeziehung ins Leben gerufen. Unterbelichtet bleibt dabei gerne, dass die Versicherungskammer längst nicht mehr nur „Versicherer der Regionen“ ist, sondern – besonders im Kontext der Energiewende – immer stärker als „Finanzierer der Regionen“ und Partner der Kommunen in Erscheinung tritt. Die Rede ist hierbei von Infrastrukturprojekten.

Infrastrukturinvestitionen auf hohem Niveau

„Die Versicherungskammer setzte bei den Kapitalanlagen frühzeitig auf die Assetklasse Infrastruktur und ist seit mehr als zehn Jahren ein Branchen-Vorreiter. Das gilt auch für Engagements im Kontext der Klima- und Wärmewende in Kommunen. Als langfristiger Investor liegt der Fokus unter anderem auf Themen wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und Daseinsvorsorge“, erläutert Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur bei der Versicherungskammer.

Schweier hat die Infrastrukturinvestitionen im Konzern wesentlich mit aufgebaut. Das Engagement in Infrastrukturanlagen liegt im Haus auf hohem Niveau. Es handelt sich um rund 5 Mrd. Euro europaweit, davon über 1,5 Mrd. Euro im sozialen und kommunalen Bereich allein in Deutschland. Das verdeutlicht die gesellschaftliche Verantwortung der Versicherungskammer. Hierzu zählen beispielweise soziale Wohnbaugesellschaften mit dem Gemeinwohlauftrag, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sowie die adäquate Versorgung der Bevölkerung über Krankenhäuser, Pflegeheime und Kindertagesstätten

zu gewährleisten. „Davon profitiert nicht nur die Bevölkerung, dies ist auch für die Kommu-



Sebastian Schweier, Teamleiter Infrastruktur Versicherungskammer. Bild: dpa

nen nicht unwesentlich,“ unterstreicht Schweier. Denn auf diese Weise werde privates Kapital mobilisiert, die Investitionslücke im infrastrukturellen Bereich reduziert und die Kassen der Kommunen entlastet.

Öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie perfekt umgesetzt

Ein Beispiel: Die Versicherungskammer hat 2023 mit „Ferngas“ einen Gasnetzbetreiber in Bayern und Thüringen erworben. Die

Ferngas ist für rund ein Viertel des bayerischen Gasdurchlaufs verantwortlich und zählt eine erhebliche Zahl kommunaler Stadtwerke zu ihren Kunden.

Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung

Derzeit geht es vordringlich um den Wasserstoffhochlauf. Hierfür werden intensive Gespräche etwa mit Politik, Wirtschaft und Banken geführt. Mit einer der-

artigen Investition werden öffentlicher Auftrag und Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer perfekt umgesetzt: durch nennenswerte Beiträge sowohl zur Versorgungssicherheit als auch zur Dekarbonisierung in Deutschland. Gleichwohl ist festzustellen: Die Zugänge für institutionelle Investoren zu Infrastruktur sind noch nicht so, wie sie sich im Kontext des Investitionsbedarfs darstellen müssten. Hier steht die Politik in der Pflicht. Entsprechende Weichenstellungen sind überfällig.

„Wir: Partner der Energiewende“

Die Anstrengungen des Konzerns mit Blick auf die Energiewende setzen an unterschiedlichen Stellen den Hebel an: Etwa durch die neue Initiative der Versicherungskammer, „Wir: Partner der Energiewende“, eine Kooperation mit der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Versicherungskammer sieht sich seit jeher als strategischer Partner für die vermittelnden Sparkassen, da sie sehr langfristige Finanzierungen übernehmen kann. Außerdem geht es um Beratung und Wissenstransfer, etwa wenn einer Sparkasse die Finanzierung eines Windparks angetragen wird. Hier gilt es einmal mehr, Synergien zu heben.

Bei der Initiative geht es u.a. um Investitionen in regionale Infrastrukturprojekte, dabei auch um die Finanzierung kommunaler Projekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Sparkasse. Der Investitionsbedarf ist immens, zum Beispiel bei regenerativen Energien, kommunaler Wärmeplanung, aber ebenso Krankenhäusern oder bezahlbarem Wohnraum. Hier kann eine bewährte Partnerschaft einmal mehr optimal kooperieren, auch im Dienste der Kommunen.

Das Verhältnis zwischen den Kommunen und der Versicherungskammer ist von Vertrauen geprägt, das stetig gewachsen ist. Das Interesse und die Sorge um das Wohl der Menschen in Stadt und Land sowie ihre regionale Verwurzelung zeichnen die Versicherungskammer seit jeher aus. Die Energiewende durch entsprechende Infrastrukturinvestitionen in den Kommunen voranzutreiben ist ihr ein ureigenes Anliegen. □



Marian Rapp.



Florian Mattner.

Bild: VBEW

VBEW-Geschäftsführung künftig als Doppelspitze

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW wird ab dem 1. Juli 2024 von einer neuen hauptamtlichen Doppelspitze geführt. Marian Rapp und Florian Mattner teilen sich zukünftig die Aufgaben in der VBEW-Geschäftsführung im Verband und seiner Dienstleistungsgesellschaft. Damit ist ein nahtloser Übergang nach dem Ausscheiden des langjährigen Hauptgeschäftsführers Detlef Fischer zum 30. Juni 2024 gewährleistet.

„Diese strategische Entscheidung markiert einen bedeutenden Schritt in der Weiterentwicklung des Verbandes. Wir danken Detlef Fischer für seine ausgezeichnete Arbeit in den vergangenen 22 Jahren für den VBEW“, betonte Klaus Steiner, Vorsitzender des Vorstands des VBEW.

Marian Rapp wird als neuer Hauptgeschäftsführer federführend u.a. die strategische Ausrichtung, die Interessenvertretung und die Kommunikation des Verbandes verantworten. Mit seiner langjährigen Erfahrung in Verbänden und Unternehmen, auch in der Energie- und Wasserwirtschaft, bringt er exzellente Fähigkeiten als Verbandsmanager mit.

Florian Mattner soll ihm 2025

aus der aktuellen Geschäfts- in die Hauptgeschäftsführung folgen und wird zusätzlich zu seinen bisherigen Tätigkeiten in der Gremienarbeit und der Verbandsorganisation und der Verbandsorganisation von Detlef Fischer die Geschäftsführung der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH übernehmen. Diese hat sich in den letzten Jahren zum größten beruflichen Fortbilder in der Energie- und Wasserwirtschaft in Bayern entwickelt.

„Der VBEW ist damit gut aufgestellt, um mit seinen Mitgliedsunternehmen die bevorstehenden Herausforderungen in der Energie- und Wasserwirtschaft zu meistern und die Rahmenbedingungen aktiv mitzugestalten“, so VBEW-Vorstandsvorsitzender Steiner. □

Bundesverband Geothermie:

Projekte für nachhaltige Energiezukunft

Nach Mitteilung des Bundesverbandes Geothermie haben die Stadtwerke München im Münchner Klimarat ihren Transformationsplan zur Dekarbonisierung der Landeshauptstadt vorgestellt. Seit 2012 wird an der „Fernwärmevision“ gearbeitet. Ziel ist, bis spätestens 2040 den Ausbau von klimaneutralen Wärmenetzen abgeschlossen zu haben.

Gelingen soll dies vor allem mithilfe der Tiefengeothermie. Nach den Anlagen in Riem (2004), in Freiham und Sauerlach errichten die SWM auf dem Gelände des Michaelibads die größte innerstädtische Geothermieanlage in Kontinentaleuropa. Auch auf dem Gelände des früheren Virginia-Depots im Münchner Norden ist ein weiteres Geothermie-Vorhaben geplant. Zudem sollen in der Innenstadt Anlagen entstehen.

Umfangreiches Portfolio

Darüber hinaus machen die SWM ihre bestehenden Geothermie-Standorte durch zusätzliche Bohrungen leistungsfähiger. Ergänzend wollen die SWM u. a. auch in kommunalen Kooperationen mit Partnern Geothermiepotenziale in der Region München erschließen. Neben der Versorgung angrenzender Gemeinden soll die Wärme über Trassen auch in das Münchner Fernwärmeverbundnetz eingebunden werden.

Insgesamt werden laut SWM nach derzeitigem Stand zehn Geothermievorhaben mit mehr als 50 neuen Tiefbohrungen geplant. Ergänzt wird das Portfolio durch Großwärmepumpen, sofern möglich direkt am Standort der Geothermieanlage, die zusätzliche Wärme aus dem Rück-

lauf gewinnen und für die Fernwärme nutzbar machen können. Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH haben nun einen entscheidenden Schritt für die Dekarbonisierung des Wärmebedarfs in Neu-Ulm und Senden gemacht. Partner ist die Eavor GmbH.

Neu-Ulm und Senden

Im ersten Schritt wird die Nutzung der Tiefengeothermie in Neu-Ulm und Senden geologisch und technisch untersucht. Die Erkundungsphase des Projekts läuft seit Januar 2024 und erstreckt sich zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren. Dabei wird zunächst nicht gebohrt, sondern es werden vorwiegend Messmethoden an der Oberfläche zum Einsatz gebracht. Neben umweltrelevanten Untersuchungen finden auch geologische Untersuchungen statt. Hierbei wird eine 2D-Seismik-Kampagne im Herbst/Winter 2024 durchgeführt. Ziel ist es, innerhalb des mit Fernwärme versorgten Gebietes in Neu-Ulm und Senden die Potenziale der Erdwärmennutzung zu untersuchen.

Neu-Ulm will bereits im Jahr 2040 klimaneutral sein. Dafür ist es nötig, jetzt auch den Wärmesektor anzugehen. Oberbürgermeisterin Katrin Albsteyer un-

terstützt das Projekt: „Das Bestreben, den sicheren Einsatz von Tiefengeothermie in unserer Region zu prüfen, markiert einen bedeutsamen Schritt in Richtung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Energiezukunft für Neu-Ulm. Mit der Wärmetransformationsplanung zeigen wir unser Engagement für innovative und sichere Energietechnologien. Insbesondere schätzen wir, dass die SWU dabei den Umwelt- und Sicherheitsaspekten oberste Priorität einräumt. Dieses Projekt stärkt unsere Position als Vorreiter in der regionalen Energiewende und trägt dazu bei, die Energieversorgung unserer Stadt nachhaltig zu gestalten.“

Dachau-Nord

Laut Bundesverband Geothermie hat das Bayerische Wirtschaftsministerium den Stadtwerken Dachau die Genehmigung erteilt, Erdwärmehohlräume durchzuführen. Die Genehmigung gilt für das Gebiet „Dachau-Nord“. Hier dürfen die Stadtwerke bis 2.500 Meter tiefe Bohrungen durchführen, um nach heißen Tiefenwasser zu suchen.

Vorher werden allerdings noch die Daten aus vorherigen Probebohrungen und Studien aus dem Gebiet analysiert. Außerdem arbeitet Dachau mit seinen Nachbarkommunen Haimhausen, Röhrmoos und Hebertshausen, an einem Konzept, wie Geothermie gemeinsam für die Fernwärmeversorgung zu nutzen. DK

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Renexpo Interhydro:

Zentrum der europäischen Wasserkraft

Zwei Tage lang stand das Messezentrum Salzburg wieder im Zeichen der Wasserkraft. Die Fachmesse Renexpo Interhydro war am 21. und 22. März Branchentreffpunkt für Europas führende Unternehmen im Bereich der Hydroenergie. Ein Ausstellerplus von 15 Prozent und rund 1.200 Fachbesucher zeigen Aktualität und Relevanz der nachhaltigen Energieproduktion durch Wasserkraft.

Schauplatz für Innovation, Information und Aktion

Die internationale Ausstellerenschaft umfasste die komplette Bandbreite, die der Wirtschaftssektor Wasserkraft zu bieten hat. Von Planung, über Produktion bis hin zur Dienstleistung - vom Großkonzern zum Kleinstbetrieb: Spezialisierung und Expertise im jeweiligen Fachgebiet ist allen eins. Die Besucher profitierten von einem zentralisierten Branchenauftritt für innovative Technologien, Branchenneuheiten und qualitatives Networking. Umrahmt wurden die beiden Messtage von einem versierten Vortrags- und Bühnenprogramm. Zahlreiche Hydro-Profis gaben in ausgewählten Themenbereichen ihr Fachwissen zum Besten und fanden sich auf der Bühne zu Talk- und Diskussionsrunden ein.

Schwerpunkt auf Austausch und Dialog

Über zehn verschiedene Fachvorträge bot die Messeagenda 2024. Die Inhalte reichten von breiter aufgestellten Themenstellungen wie „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung“ hin zu spezifischen Lösungsansätzen für ausgewählte Szenarien und Herausforderungen, zum Beispiel „Systemauslegung zur Schwarzstartfähigkeit eines Trinkwasserkraftwerkes“ und „Wenn sonst nichts mehr hilft - Lösungsmöglichkeiten für „überschüssigen“ Strom“.

Energietalk

Zu Beginn erwartete die Besucher der Energietalk „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung“ unter österreichisch-bayerischer Beteiligung aus Wirtschaft und Politik mit Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG), Florian Streibl (Bayerischer Landtag) und Dipl.-Ing. Hermann Steinmaß (LEE Bayern). Einig war man sich über die gute, grenzübergreifende Zusammenarbeit der beiden Länder, sowie die wichtige Rolle des Themas „gesellschaftliche Akzeptanz“ für das Vorantreiben erneuerbarer Energieformen. Dies impliziere auch



Energietalk im Messezentrum Salzburg mit v.l.: Moderatorin und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, MdL Florian Streibl, Hermann Steinmaß (LEE Bayern), Dr. Gerhard Löffler (Land Salzburg), Herwig Struber (Salzburg AG).

Bild:JK

das Bewusstsein über notwendige Ausbaumaßnahmen, vor allem im ländlichen Raum. Dr. Gerhard Löffler sprach sich dafür aus, dass die Zieldiskussionen im Bereich des Klimawandels aufzulösen seien und zur Tat geschritten werden müsse. Man weiß was zu tun sei, hätte die erforderliche Kompetenz und auch die technischen Voraussetzungen seien vorhanden. Dipl.-Ing. Hermann Steinmaß betonte, dass im Hinblick auf Investoren frühzeitige Behördenentscheidungen über Realisierbarkeit, Durchführungs- und Planungssicherheit essenziell seien. Der Vorstand der Salzburg AG, Herwig Struber, MSc, appelliert, dass zentrale und dezentrale Versorgungsformen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern ein Miteinander gepflegt werden müsse.

das Bewusstsein über notwendige Ausbaumaßnahmen, vor allem im ländlichen Raum.

Dr. Gerhard Löffler sprach sich dafür aus, dass die Zieldiskussionen im Bereich des Klimawandels aufzulösen seien und zur Tat geschritten werden müsse. Man weiß was zu tun sei, hätte die erforderliche Kompetenz und auch die technischen Voraussetzungen seien vorhanden. Dipl.-Ing. Hermann Steinmaß betonte, dass im Hinblick auf Investoren frühzeitige Behördenentscheidungen über Realisierbarkeit, Durchführungs- und Planungssicherheit essenziell seien. Der Vorstand der Salzburg AG, Herwig Struber, MSc, appelliert, dass zentrale und dezentrale Versorgungsformen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten, sondern ein Miteinander gepflegt werden müsse.

Wasserstrom als neuer Gamechanger

100 Prozent Erneuerbare Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, präsentierte auf der Fachmesse gemeinsam mit Heinrich Strößenreuther (Umwelt- und Energie-Experte und Co-Autor der Studie) und Dr. Roland Steinhoff (Vorstand Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke) erstmalig Studienergebnisse von #Wasserkraft 2030. Diese hebt vor allem die Vorteile des nachhaltigen Energieträgers, wie: die CO₂-freie, verlässliche Produktion, wichtige Unterstützungsfunktion in den solar- und windschwachen Wintermonaten, sowie ihren Beitrag zum Katastrophenschutz (Schutz gegen Hochwasser und Dürre) und die regionale Wertschöpfung, hervor. Die detaillierten Studienergebnisse stehen zum kostenlosen Download bereit: <https://energywatchgroup.org/wp/wp-content/uploads/2024/03/Wasserkraft-Studie.pdf>

Expert Event „Rivermanagement & Ecology“

Zeitgleich zur Messe fand in Kooperation mit vgb energy e.V. und VÖU eine Konferenz zum Thema Flussbewirtschaftung und -ökologie statt. Führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure trafen aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Mit rund 60 Teilnehmern konnte auch hier ein Erfolg verbucht werden.

Aussteller loben Besucherqualität

Über alle Fachbereiche verteilt berichteten die Aussteller von einem versierten Messepublikum, vielversprechenden Gesprächen und wichtigen Kontakten zur gewünschten Zielgruppe.

Die nächste Renexpo Interhydro findet am 27. und 28. März 2025 statt.

BDW begrüßt neue Studie zur Wasserkraft

Studie der Energy Watch Group beziffert Potenzial von 7,1 Gigawatt für Wasserkraft in Deutschland

Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke e.V. (BDW) hat die Ergebnisse der Wasserkraft-Studie der Energy Watch Group ausdrücklich begrüßt. BDW-Geschäftsführer Dr. Helge Beyer unterstrich: „Wir begrüßen die Ergebnisse der Studie ausdrücklich und sehen uns in der positiven Einschätzung der Wasserkraft bestätigt. Das genannte Potenzial von 7,1 Gigawatt klimaneutraler und regenerativer Energie entspricht einer Leistung von rund 20 Kohlekraftwerken. Mit diesen Zahlen ist eine Neubewertung der Wasserkraft in Deutschland notwendig und besonders auch wegen des vorrangigen öffentlichen Interesses an erneuerbaren Energien zu erwarten.“

Schlüsseltechnologie für die Energiewende

Im Hinblick auf Kriterien zur Gewässerökologie unterstrich Beyer: „Maßnahmen zum Fischschutz und zur Fischwegigkeit sorgen längst für gewässerökologische Verträglichkeit der Wasserkraft. Darüber hinaus leisten Wehre teils seit Jahrhunderten einen wichtigen Beitrag zum Wasserrückhalt, Grund- und Trinkwasserschutz sowie zum Hochwasserschutz.“ Weiter betonte er: „Wasserkraft ist eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende, ihre Potenziale müssen genutzt werden!“ Die Energy Watch

Group (energywatchgroup.org) mit Sitz in Berlin hat auf der Renexpo Interhydro in Salzburg die Studie „Wasserstrom - der neue Gamechanger für Klimavorsorge, Heimatenergien und Naturstrom“ vorgestellt. Darin wird die mittelfristig durch Re-powering, Modernisierung und Reaktivierung von Wasserkraftwerken zusätzlich realisierbare Leistung auf 7,1 Gigawatt mit einer jährlichen Energieerzeugung von 28 Terawattstunden geschätzt. Gleichzeitig wird eine Neubewertung des positiven ökologischen Beitrags der Wasserkraft zur Gewässerökologie sowie auf Flora und Fauna ange-mahnt. □

Bayernwerk startete Bau für längstes Hochspannungskabel

Start frei für den Bau des Hochspannungs-Erdkabels vom Umspannwerk Kleinschwabhausen zum Netzknoten in Oberbachern nördlich von München: Über den Bauablauf informierte der Netzbetreiber Bayernwerk Eigentümer und Pächter. Die Regierung von Oberbayern hat das Projekt genehmigt.

Der 18 Kilometer lange Neubau ist das bisher längste Erdkabel des Bayernwerks. Der Netzausbau soll zukünftig helfen, dass überschüssiger grüner Strom aus der Region besser verteilt werden kann. In die neue Stromleitung investiert das Bayernwerk rund 39 Millionen Euro.

„Mit der Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern tragen wir einen wichtigen Beitrag zur überregionalen Energieversorgung bei“, berichtet Bauprojektleiter Bernd Igelbüscher von der Bayernwerk Netz GmbH. „Die Region erzeugt seit Jahren mehr grünen Strom als direkt vor Ort verbraucht wird. Mit der Erdkabelleitung kann diese Energie nun dorthin verteilt werden, wo sie gebraucht wird.“

Das Erdkabel verläuft durch den Landkreis Dachau bis zum Umspannwerk Oberbachern. Dabei führt die Leitung vom Umspannwerk Kleinschwabhausen durch das Glonnal, entlang der S-Bahnlinie und weiter nach Süden. Südlich von Stetten endet das Kabel als regionale Verbindung im Umspannwerk Oberbachern.

Verlegung größtenteils in offener Bauweise

Am 15. April begann eine Arbeitsgemeinschaft aus den beiden Tiefbauunternehmen Pfaffinger Bau SE aus Passau und W. Markgraf GmbH & Co. KG aus Bayreuth mit dem Aushub der Gräben für das Erdkabel.

Seit Anfang April werden bereits Wege und Bauflächen vorbereitet, um zum Baufeld zu gelangen. Den Kabelbau wickelt die Firma Omexom Hochspannung GmbH aus Bernau ab. Die Baufirmen starten jeweils gleichzeitig am Nord- und Südende der Trasse und arbeiten sich im Verlauf der kommenden Monate auf die Streckenmitte zu.

Der Großteil des Erdkabels wird in offener Bauweise verlegt. Hierbei heben die Bauun-

ternehmen einen circa 1,75 Meter tiefen Kabelgraben aus und lagern den Aushub daneben ab. Danach werden Leerrohre verlegt, in die später die Stromkabel eingezogen werden, nachdem die Grube wieder mit dem Aushub gefüllt wurde.

Die 110-kV-Stromleitung quert mehrere Staats- oder Kreisstraßen und Gewässer wie beispielsweise den Rothbach auf einer Länge von 230 Metern. Um den Verkehr und die Gewässer nicht zu beeinträchtigen, werden in diesen Bereichen sogenannte Spülbohrungen umgesetzt. Ein spezielles Spülbohrgerät bohrt zunächst einen unterirdischen Kanal und bringt im Rückzug die Leerrohre für die Kabel ein.

Gesicherte Energieversorgung in Oberbayern

Die Erdkabelleitung zwischen Kleinschwabhausen und Oberbachern stellt einen wichtigen Baustein für die Energiewende in Oberbayern dar. Gerade in der nördlichen Region von München steigt der Energiebedarf durch Unternehmen und Privathaushalte bei der Transformation hin zur E-Mobilität und nachhaltiger Wärmeversorgung stetig an. Hier sichert regional überschüssiger Strom aus erneuerbarer Energie, der über die Erdkabelleitung verteilt werden kann, die Energieversorgung. Die neue Leitung erhöht aber auch die Netzstabilität und -qualität direkt vor Ort – davon profitieren die Anwohner im Landkreis Dachau und den umliegenden Landkreisen.

Seit Beginn der Planungen informiert das Bayernwerk kontinuierlich Eigentümer und Bewirtschafter entlang der Trasse über das Projekt. Zum anstehenden Baubeginn fand im Gasthof Lachner in Stetten ein Informationsabend statt. Im Verlauf des Abends stellten sich Ansprechpartner aus der Bauleitung sowie verschiedene Partnerunternehmen vor und standen für Fragen zur Verfügung. □



Die Gründer des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ (v.l.): Armin Holderried (Stv. Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Helmut Bucher (Vorsitzender Abwasserverband Wertach-Ost), Klaus Förster (1. Bürgermeister Stadt Bobingen), Rudolf Schneider (Vorsitzender Abwasserzweckverband Lechfeld), Robert Irmiler (1. Bürgermeister Gemeinde Hiltenfingen), Christian Schlegel (Vorsitzender Abwasserverband Gennach-Kirschweithal), Roland Peter (3. Bürgermeister Stadt Mindelheim), Robert Pöschl (1. Bürgermeister Stadt Buchloe), Bernhard Kugelmann (2. Bürgermeister Gemeinde Mittelneufnach), Christian Kähler (Vorsitzender Verwaltungsgemeinschaft Türkheim).

Bild: Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU

Die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU stellt sich vor

Vor kurzem stellten zwei Initiatoren das gemeinsame Kommunalunternehmen zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm vor, die Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU. Verwaltungsratsvorsitzender des gKU ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl, der die interkommunale Zusammenarbeit und den Weitblick des Gemeinschaftsprojektes hervorhob: „Die Kommunen können stolz sein, dieses Projekt in unserer Region angestoßen zu haben. Es geht dabei um zentrale Zukunftsthemen: Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Davon profitieren wir alle.“

Bei einer Pressekonferenz berichteten die Initiatoren, wie es zur Idee und Entwicklung des gemeinsamen Kommunalunternehmens zur Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm kam.

Am Anfang stand der Wunsch der Kommunen nach mehr Unabhängigkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Klärschlamm Entsorgung. Daraus entwickelte sich ein Projekt mit vielen weiteren Vorteilen, wie die Beteiligten berichteten.

Verwaltungsratsvorsitzender des gemeinsamen Kommunalunternehmens „Kommunale Energieverwertung Schwaben gKU“ ist der Buchloer Bürgermeister Robert Pöschl. Er betonte: „Es ist uns gelungen, für die Region ein zukunftsweisendes Projekt anzustoßen und mehrere Herausforderungen in einem Zug anzugehen. Wir sorgen für langfristige Entsorgungs- und Planungs-

sicherheit beim Klärschlamm, gewinnen den knappen Rohstoff Phosphor wieder und sorgen für negative CO₂-Emissionen.“ Die erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit würden Bürger schon aus vielen Bereichen kennen, wie etwa Kliniken oder Kläranlagen, so Pöschl. Für kleinere Städte und Gemeinden sei dies eine hervorragende Möglichkeit, um Aufgaben gemeinsam anzupacken – auch beim Thema Klärschlamm-Verwertung.

Projektentwicklung durch engagierte Experten

Die Naturenergie Buchloe GmbH engagiert sich schon lange für nachhaltige Lösungen in der Kommunalpolitik, wie Projektleiter Klärschlamm-Upcycling Richard Dauberschmidt ausführte. Das Unternehmen entwickelte das Projekt der Phosphorwiedergewinnung aus Klärschlamm für

die Kommunen der Region. Schon die bewährte Idee der Genossenschaften zeige, dass man Probleme gemeinsam besser lösen könne, so Dauberschmidt. Der Experte für Entsorgung und Recycling treibt das Projekt seit Januar 2024 bei der Naturenergie Buchloe GmbH voran. Er führte aus: „Aus etlichen Branchen weiß ich: Kreislaufwirtschaft funktioniert sehr gut, wenn man sich entschlossen dafür einsetzt. So kann Abfall wieder zu einem Wertstoff werden. Es ist überfällig, dies nun auch mit Klärschlamm umzusetzen.“

Klärschlamm wird zu Humus

Nach der ersten Verwaltungsratsitzung erfolgt nun der Aufbau des gemeinsamen Kommunalunternehmens und der geplanten Anlage zur Trocknung und Verkohlung von Klärschlamm. Es gibt bereits einige Anlagen in Deutschland, in denen dies erfolgreich geschieht – beispielsweise im sächsischen Niederfrohna oder im hessischen Lorschach. Mit der Kommunalen Energieverwertung Schwaben gKU können die zusammengeschlossenen Kommunen der Region um die Stadt Buchloe bald ebenfalls von diesem Verfahren profitieren. □

Bayerisches Chemiedreieck:

Modernisierung und Ausbau der Strominfrastruktur

Kommunikationsauftritt in Altötting: TenneT, Bayernwerk und Unternehmen aus dem Chemiedreieck informieren Politikerinnen und Politiker der Region

TenneT und das Bayernwerk haben in Altötting den erforderlichen Ausbau des Stromnetzes vorgestellt, der eine entscheidende Rolle für die Industrietransformation der energieintensiven Unternehmen im Bayerischen Chemiedreieck spielt. Die Netzausbaupläne basieren auf detaillierten Strombedarfsprognosen der Wacker Chemie AG, OMV Deutschland GmbH und des Chemie-parks GENDORF. Auf dem Weg hin zur Klimaneutralität werden die Firmen künftig an ihren Standorten im Chemiedreieck deutlich mehr elektrische Energie benötigen.

Das Bayerische Chemiedreieck steht vor wegweisenden Veränderungen. Um die Energiewende voranzutreiben und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren, setzen die energieintensiven Unternehmen des Chemiedreiecks auf die Transformation ihrer Industrieprozesse.

Transformation der Industrieprozesse

Im Fokus steht dabei die Elektrifizierung. Auf dieser Basis haben die Unternehmen ihren Strombedarf für die kommenden Jahrzehnte berechnet: Sie gehen davon aus, dass ihr Bedarf bis 2050 beim 2,5-fachen des heutigen Strombezugs liegt, nämlich bei einer Leistung von rund zwei Gigawatt. Das macht eine umfassende Modernisierung und den Ausbau der Netzinfrastruktur in den Landkreisen Rottal-Inn und Altötting erforderlich. Für die regional und international bedeutenden Chemieunternehmen ist dieser Ausbau von entscheidender Bedeutung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhal-

ten und den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern.

Dr. Bernhard Langhammer, Sprecher der Initiative Chem-Delta Bavaria, unterstreicht die Notwendigkeit des Netzausbaus für die Unternehmen in der Region: „Bereits jetzt verbraucht das Chemiedreieck mehr als fünf Terawattstunden Strom pro Jahr. Das ist rund ein Prozent des gesamtdeutschen Strombedarfs. In Zukunft wird dieser Wert noch deutlich ansteigen, schließlich gilt es, mit nachhaltig erzeugtem Strom den Sprung zur Klimaneutralität zu schaffen – etwa, indem wir unseren zwingend benötigten Prozessdampf mit strombetriebenen Wärmepumpen anstelle von Gaskraftwerken erzeugen. Die dafür notwendigen Strommengen können nicht nur in der Region erzeugt werden, sie müssen im Wesentlichen von außen herangeführt werden. Deswegen ist ein deutlicher Ausbau der Netzinfrastruktur für uns von essenzieller Bedeutung. Der Bau der zweiten 380-kV-Leitung muss schnellstmöglich und ohne Verzögerungen erfolgen.“

TenneT wird mit dem Bau ei-

ner neuen 380-Kilovolt-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn und je einem neuen Umspannwerk in Burghausen und Simbach sowie einer neuen Schaltanlage im Suchraum Zeilarn die Versorgung der ansässigen energieintensiven Industrieunternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger mit nachhaltig erzeugtem Strom sichern.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts

Tim Meyerjürgens, COO von TenneT, betont die Bedeutung des Übertragungsnetzes: „Der Ausbau des Höchstspannungsnetzes im Bayerischen Chemiedreieck ist ein wesentlicher Schritt, um die Region zukunftsfähig zu machen und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Die geplanten Maßnahmen legen den Grundstein für die Transformation der ansässigen Unternehmen und somit für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Darüber hinaus trägt der Netzausbau dazu bei, die Strompreise zu stabilisieren, indem er die Übertragungskapazität erhöht und somit die Notwendigkeit von Eingriffen ins Netz reduziert. Dies wird langfristig dazu beitragen, die hohen Kosten für die Engpassbewirtschaftung zu senken.“

Mit Blick auf die weiteren Planungen betont Meyerjürgens daher: „Uns ist es wichtig, die Öffentlichkeit von Anfang an mit

einzu beziehen, denn der Netzausbau in Bayern ist für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung von morgen alternativlos. Gleichzeitig sind wir auf die Unterstützung vor Ort angewiesen, damit wir gemeinsam mit allen Beteiligten den Netzausbau konsequent vorantreiben und rasch in die Realisierung bekommen.“

Mehr lokal erzeugter Ökostrom im Netz

Das Bayernwerk beginnt bereits in diesem Jahr mit Netzbau-Maßnahmen in der Region, um erste Leistungserhöhungen für seine Industriekunden bereitzustellen. „Es liegt uns am Herzen, dass wir unseren Kunden möglichst schnell eine klimaneutrale Energieversorgung mit grünem Strom ermöglichen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Unternehmen, aber auch der ganzen Region. Denn vom Ausbau des Höchstspannungsnetzes profitieren nicht nur die Industrieunternehmen. Wir werden in einem hochmodernen Netz auch mehr lokal erzeugten Ökostrom im Netz aufnehmen und verteilen können. Wir planen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes in der Region die umfassende Erneuerung und den massiven Ausbau des Netzes“, sagt Robert Pflügl, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz GmbH.

Eingriffe in die Natur so gering wie möglich

Die Planungen des Verteilnetzbetreibers setzen dafür überwiegend auf die Modernisierung und Verstärkung vor-

handener Leitungen, so dass die Eingriffe in die Natur und den Lebensraum der Menschen durch den Netzausbau so gering wie möglich bleiben.

In diesem Zusammenhang lobt Erwin Schneider, Landrat von Altötting, die Informationspolitik der Unternehmen und sichert seine Unterstützung zu: „Wir befinden uns derzeit zweifelsohne in einem Transformationsprozess, der unser gesamtes Wirtschaftsleben erfasst. Der Ausbau des Stromnetzes ist daher ein zentraler Baustein, den hohen Energiebedarf der chemischen Industrie auch in Zukunft zu decken. Daher freuen wir uns, dass die zentralen Akteure heute gemeinsam den Start für die zukunftssichere Stromversorgung des Chemiedreiecks vereinbart haben.“

Geplante Maßnahmen für die klimaneutrale Zukunft des Chemiedreiecks

Am 1. März 2024 bestätigte die Bundesnetzagentur den Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023) der vier Übertragungsnetzbetreiber und damit auch die Notwendigkeit des Projekts P474. Das Projekt sieht eine neue 380-kV-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach am Inn vor, zwei neue Umspannwerke in Burghausen und Simbach sowie eine Schaltanlage im Raum Zeilarn. Die Bestätigung durch die Bundesnetzagentur ermöglicht TenneT nun den Beginn der Planung eines Trassenkorridors.

Im ersten Schritt werden zeitnahe Flächen für die Umspannwerke und die Schaltanlage gesucht, die als Knotenpunkte der Netzplanung maßgeblich für die weitere Planung sind. Das ge-

samte Neubauprojekt begleitet TenneT mit umfassenden Dialog- und Informationsmaßnahmen, um alle Beteiligten kontinuierlich über die aktuellen Planungen zu informieren. Die Inbetriebnahme ist vor 2035 geplant.

Das Bayernwerk plant, vorhandene Hochspannungsleitungen in der Region zu erneuern und zu verstärken: Das Umspannwerk Bruck bei Gendorf soll erweitert werden und eine direkte Anbindung an den Netzknoten Pirach bei Burghausen an der Alz erhalten. Dafür will das Bayernwerk die Leitung zwischen Pirach und Bruck ertüchtigen. Auch die beiden Hochspannungsleitungen, die zwischen Pirach und dem Wacker-Standort in Burghausen verlaufen, sollen erneuert werden.

Kapazitäten werden erweitert

Das neue Umspannwerk bei Burghausen, ein Knotenpunkt von Übertragungs- und Verteilnetz, will der Verteilnetzbetreiber mit neuen Hochspannungsleitungen Richtung Simbach und zu den Standorten von Wacker und OMV anbinden. An den Standorten der beiden Unternehmen sind zudem zwei neue Umspannwerke geplant. Noch in diesem Jahr erweitert das Bayernwerk die Kapazitäten der Freileitung zwischen Simbach und Burghausen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Leitungen Töging-Pirach und Töging-Neuötting zu modernisieren. Im Herbst dieses Jahres beginnen die Bauarbeiten an der Leitung Töging-Neuötting. Voraussichtlich 2025 will das Bayernwerk mit der Modernisierung der Freileitung Töging-Pirach beginnen. □

Bayerischer Energiebeirat:

Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral“

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des Bayerischen Energiebeirats unter dem Vorsitz von Staatsminister Hubert Aiwanger wurden die Ergebnisse der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral“ vorgestellt. Die Studie zur „szenarienbasierten Analyse von Wegen in ein treibhausgasneutrales Bayern“, erstellt von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE), soll als Grundlage für die Entwicklung eines Energieplans für Bayern im Jahr 2040 dienen.

Durch die Nutzung unterschiedlicher Technologiepfade soll das bayerische Klimaziel erreicht werden. Analysiert wurden die Vor- und Nachteile entlang des energiewirtschaftlichen Zieldreiecks Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Dabei wurden nicht nur die Herausforderungen und Chancen in den Sektoren Industrie, Verkehr, Gebäude und Energiewirtschaft betrachtet, sondern auch die Auswirkungen der Transformation auf die Strom- und Gasnetze.

Kernaussagen

Die „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral“ enthält folgende Kernaussagen:

- Die Transformation reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten. Im Jahr 2019 stammten 77 Prozent des Primärenergiebedarfes aus Importen (vor allem Mineralöl, Erdgas und Uran). Dieser Wert soll bis 2040 mit einem hohen Anteil Erneuerbarer Energien sowie der Elektrifizierung auf 22 Prozent sinken.
- Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss deutlich verstärkt werden. Zuviel Zubau von PV- und Windenergieanlagen gibt es dabei nicht. In Zahlen bedeutet dies im Mix-Pfad bis 2040 einen Zubau von 51 GW an PV-Freiflächenanlagen, 27 GW an PV-Aufdachanlagen und 12 GW an Windenergieanlagen.

• Die Elektrifizierung ist ein Kernelement der Transformation. Sie wird ergänzt durch die Nutzung von Wasserstoff, Bioenergie, grüner Fernwärme und synthetischen Energieträgern. Trotz starker Effizienzverbesserungen führt die Elektrifizierung und die Produktion von Wasserstoff zu einem Anstieg des Stromverbrauchs. Ein weiterer Bedarf kann hinzukommen, wenn auch für den internationalen Flugverkehr Kerosin, Naphtha und Methanol in Bayern synthetisch hergestellt werden.

• Bayern kann sich nicht zu jeder Stunde im Jahr selbst versorgen. Die wichtigste Flexibilitätsoption ist das Strom-Übertragungsnetz. Dies ermöglicht den Stromaustausch innerhalb Bayerns und mit den angrenzenden Regionen. Bis 2040 müssten in einem bestimmten Szenario jede Woche ca. 7 Kilometer Übertragungsnetz zugebaut oder verstärkt werden.

• Die Investitionen in die Energiewende zahlen sich aus. Gegenüber der Transformation im aktuellen Tempo könnten zwischen 2024 und 2040 ca. 100 Mrd. Euro eingespart werden, da deutlich weniger kostspielige synthetische Brennstoffe importiert werden müssen.

Staatsminister Hubert Aiwanger kündigte an, dass das Energieministerium bis Jahresende 2024 den Energieplan Bayern 2040 entwickelt: „Beim nötigen Umbau

unserer Energiesysteme müssen wir realistisch und konsequent vorgehen. Wir müssen die Menschen überzeugen, den gezielten Ausbau der Erneuerbaren Energien, Speicher etc. mitzutragen.

Und es braucht eine starke, erfolgreiche Wirtschaft, um die Herausforderungen zu stemmen. Wenn die Energiewende zu einem Verlust an wirtschaftlicher Kraft und zu einer Deindustrialisierung führt, haben wir nichts gewonnen. Ohne Unterstützung durch politische und gesellschaftliche Mehrheiten werden wir langfristig nicht erfolgreich sein.“

Politik muss die Menschen einbinden

Die Energiepolitik der Ampel in Berlin habe gezeigt, dass es nicht funktioniert, Energiepläne über die Köpfe der Menschen hinweg ideologisch durchzudrücken, unterstrich Aiwanger. „Verantwortungsvolle Politik plant eine Energiewende nicht vom Reißbrett weg, sondern bindet die Menschen ein. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz wird es nicht funktionieren.“

Der Bayerische Energiebeirat, ein Gremium bestehend aus rund 80 Vertretern der bayerischen Wirtschaft, den Spitzen- und Fachverbänden und weiterer für die Energiewende gesellschaftlich relevanter Institutionen wurde als Nachfolgeformat des Energiegipfels 2018/2019 ins Leben gerufen. Aufgabe des Beirates ist die Beratung des Energieministers zu Fragen rund um das Thema Energie. Der Beirat soll die hierfür relevanten fachlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte einbringen und erörtern. DK



VER SICHER UNGS
KAMMER
BAYERN

Ihr verlässlicher Partner,
egal was kommt.

Sicherheit unter dem blauen Schirm.

Finanzgruppe

Wertvolle Infrastrukturleistung für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft

Bayerische Vermessungsverwaltung stellt Geobasisdaten als OpenData zur Verfügung

Die Gemeinden und Landkreise Bayerns nutzen seit vielen Jahren die Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV). Anwendungsbereiche sind z. B. Bauleitplanungen, die Kontrolle und Pflege öffentlicher Einrichtungen (Bauwerke, Gewässer, Grünanlagen usw.), die Einrichtung und Wartung von Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie für kommunale Planungen. Über die bestehenden Rahmenvereinbarungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der BVV erhalten die Landkreise und Gemeinden regelmäßig aktuelle Daten der BVV. Darüber hinaus stellt die BVV seit 1. Januar 2023 eine große Auswahl an Geobasisdaten kostenfrei für alle Interessierten zur Verfügung. Mit diesem neuen OpenData-Angebot der BVV wird es für die Gemeinden und Landkreise jetzt noch einfacher eine Vielzahl von Geobasisdaten abzurufen.

Die meisten der als OpenData angebotenen Geobasisdaten können im Zuge der Umsetzung des Datennutzungsgesetzes unter <https://geodaten.bayern.de/opegeodata/> jederzeit unkompliziert heruntergeladen werden. Die Nutzerinnen und Nutzer können sich damit unabhängig von Lieferterminen zu jeder Zeit mit den aktuellsten Daten versorgen. Das OpenData-Portal enthält die Daten in einer hohen Qualität und wird kontinuierlich ausgebaut.

Aktualisierungen und Produktverbesserungen

Zudem werden die Datensätze regelmäßig aktualisiert, so dass auch Produktverbesserungen zeitnah weitergegeben werden können. Die kostenfreie Bereitstellung eröffnet den Nutzerinnen und Nutzern neue Möglichkeiten der Verfügbarkeit und Verarbeitung von Geodaten sowie bei der Entwicklung von Produkten oder neuen Geschäftsmodellen. Ergänzt wird das OpenData-Portal durch einen umfangreichen FAQ-Bereich mit hilfreichen Informationen zum bestehenden Angebot, Anleitungen zur erweiterten Aufbereitung der Daten sowie mit einem Newsletter.

Vielfältige Geobasisdaten

Das Angebot an Geobasisdaten als OpenData ist vielschichtig und umfangreich. Zur Produktpalette gehören Daten der Landesvermessung wie z. B. das Digitale Landschaftsmodell (ATKIS® Basis-DLM), das Digitale Geländemodell oder topographische Karten. Darüber hinaus werden auch einige Daten des Liegenschaftskatasters wie die Parzellarkarte (Grenzdarstellung in Rasterformat ohne Flurstücksnummer und Abmarkungsart) sowie das 3D-Gebäudemodell (LoD2) zur Verfügung gestellt.

Die Daten können vielfältig verwendet werden, z. B. für Solardach-Analysen, für Sichtbarkeitsanalysen neu geplanter

torische Betrachtungen und vieles mehr. Möglich ist sowohl der Bezug von Einzeldaten (Kacheln) für kleine Gebiete als auch der Massendownload von großen Gebietseinheiten wie z. B. Landkreisen oder auch von Datensätzen für ganz Bayern.

Digitales Geländemodell

2023 wurden rund 32 Millionen Dateien heruntergeladen. Am häufigsten nachgefragt wird das Digitale Geländemodell mit einer Bodenauflosung von 1 m (DGM 1).



Baukultur muss Balance zwischen Herkunft und Zukunft finden

Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich spricht bei BDA-Architekturpreisverleihung „regioNO“

Landshut. Die bestehende Baukultur wertschätzen und dabei Ressourcen schonen, sich zugleich aber Neuem nicht verschließen. Mit dieser Botschaft wandte sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich in seiner Rede an Preisträger und Besucher der diesjährigen Verleihung des BDA-Regionalpreises Niederbayern-Oberpfalz „regioNO“ in Landshut. „Denn Baukultur hat in der heutigen Zeit viel mit Klimawandel und somit auch mit dem Erhalt der Schöpfung zu tun.“ Architektur könne das Alte bewahren, aber auch neue Wege beschreiten. „Die Balance zwischen Herkunft und Zukunft ist der Königsweg“, so Dr. Heinrich.

Bereits zum siebten Mal verleiht der BDA, der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten, seinen Regionalpreis Niederbayern-Oberpfalz „regioNO“ an verdiente Bauherren und Architekten.

Dialog fördern

Durch das Herausstellen bemerkenswerter zeitgenössischer Architektur und guten Städtebaus in der Region wolle man den Dialog aller am Bausache Beteiligten und Interessierten fördern, heißt es von Vereinsseite. Heuer würdigte die internationale Jury aus Fachleuten in Niederbayern die Neue Ortsmitte Baierbach und die Staatliche Dombauhütte Passau mit der Auszeichnung. Eine Anerkennung erhielt das Holzblockhaus „Gastgeb“ in Lands-



Bezirkstagspräsident. Dr. Olaf Heinrich. Bild: Peter Litvai

Zusätzlich kann ein Großteil der OpenData-Produkte über Services genutzt werden. Für die Geodaten aus dem OpenData-Portal gelten umfangreiche Nutzungsrechte. Die Daten dürfen bearbeitet, geteilt, veröffentlicht und auch kommerziell genutzt werden.

Urheber- und Rechteangaben beachten

Die Lizenzbedingungen sind bei jedem einzelnen Produkt angegeben. Sie können schnell und unkompliziert eingesehen werden. Beachtet werden muss bei der Verwendung der Daten lediglich, dass angemessene Urheber- und Rechteangaben erfolgen, ein Link zur Lizenz eingefügt und ein entsprechender Hinweis angebracht wird, falls Änderungen vorgenommen werden. Für sensible Daten wie Flurstücksgrenzen ist das Recht zur Veränderung jedoch ausgeschlossen.

Kommunaler Nutzen

Das OpenData-Angebot ist natürlich auch für kommunale Betriebe, Zweckverbände sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen und Dienstleister der Landkreise und Gemeinden von großem Nutzen. □

Richtungsweisend für Bayern:

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Energieminister Hubert Aiwanger eröffnet die Kampagne

Energieminister Hubert Aiwanger hat die bayernweite Kampagne „Richtungsweisend für Bayern - Energieeffizientes Bauen und Sanieren“ mit der dazugehörigen Infotour auf der Fertighaus- und Energiemesse in Straubing eröffnet.

Organisiert und umgesetzt wird die Tour von der Landesagentur für Energie- und Klimaschutz (LENK). Aiwanger erklärte: „Mit der Kampagne liefern wir den Menschen vor Ort technologieoffen und vorurteilsfrei Informationen über neue Arten zum Heizen und Dämmen. Damit zeigen wir ihnen sinnvolle und effiziente Möglichkeiten zum Einsparen von Energie und Kosten für ihre jeweilige Situation auf. Und wir fördern damit auch den Klimaschutz. Denn rund die Hälfte des Endenergieverbrauchs sowie knapp 30 Prozent aller energiebedingten CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich.“

Im Rahmen der Eröffnung stellte die LENK ein mobiles Modellhaus vor. Dieses zeigt, wie richtungsweisende Heizungstechnologie funktioniert. „Auf anschauliche Weise können sich die Besucher am Modellhaus selbst überzeugen, wie sie ihren Geldbeutel und das Klima schonen, Wärme sparen und gleichzeitig den Wohnkomfort erhöhen können. Für mich zeigt das Haus daher gute Möglichkeiten, wie die Energiewende in der Praxis umsetzbar ist“, sagte der Minister. Das Modellhaus wird von März bis Oktober dieses Jahres in 16 bayerischen Städten erlebbar sein. Es behandelt die Themen Heizen und Dämmen.

Die Wärmewende-Aktion ist Teil einer Informationskampagne der LENK. Sie richtet sich vor allem an Bürgerinnen und Bürgern, die eine Baumaßnahme planen. Auf der Tour gibt die LENK Orientierung und hilft Interessierten, die jeweils individuell richtigen Entscheidungen zu treffen bzw. relevante Informationsangebote zu nutzen. Neben den Heizkosten werden auch die künftige Lebensqualität und die Wohngeundheit in Wohnräumen berücksichtigt. Informationen zu Technologien und Tour-Terminen: www.richtungsweisend.bayern und <https://zukunftskompass-waerme.bayern/>. □

Nachhaltig bauen, Kosten senken

Bayerns Bauminister Bernreiter berät mit Bund, Wissenschaft und Praxis in Berlin

„Nachhaltiges Bauen und Kostensenkungen – Ein Spannungsverhältnis?“ – Unter diesem Motto hat Bayerns Bauminister Christian Bernreiter Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis zu einem Parlamentarischen Abend in die Bayerische Vertretung in Berlin geladen. „Wir haben uns ambitionierte Klimaziele gegeben, die uns auch im Bauwesen vor Herausforderungen stellen“, so Minister Bernreiter. „Nachhaltigkeit muss sich für Bauherren lohnen! Mir ist es daher wichtig, deutschlandweit mit politischen Entscheidern, Experten und Vertretern der Bauwirtschaft im Austausch zu sein. Wir brauchen neue Ansätze für ökologische, kostengünstige und energieeffiziente Bauweisen, neue Technologien und die richtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit der Initiative „Sustainable Bavaria“ setzen wir gemeinsam mit den Bayerischen Bauverbänden auf Digitalisierung und ökologische Transformation der Bauwirtschaft.“

An der Veranstaltung nahmen insgesamt rund 150 Personen aus der Bundes- und Landespolitik, der Forschung und Praxis teil. Diskussionsteilnehmer waren neben Bayerns Bauminister Bernreiter der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, MdB Sören Bartol, der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken, Prof. Elisabeth Endres von der Technischen Universität Braunschweig und Prof. Dr. Matthias Ottmann von der Technischen Universität München.

Laut Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen wolle die aktuelle Regierung bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Das BMWSB habe hierfür mit dem Wärmeplanungsgesetz und gemeinsam mit dem BMWK mit dem Gebäudeenergiegesetz „zwei wichtige Leitplanken in dieser Legislaturperiode umgesetzt“. Die im März dieses Jahres veröffentlichten Emissionsschätzungen für den Gebäudebereich zeigten, dass die Energiewende im Gebäudesektor deutlich an Fahrt aufgenommen hat. „Mein Haus setzt sich sowohl für die Begrenzung der Umweltwirkungen von Gebäuden über den gesamten Lebenszyklus als auch eine Begrenzung der Baukosten etwa durch serielle Bauen und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ein.“ Wenn die Umweltwirkung von Gebäuden über deren gesamten Lebenszyklus optimiert werden kann, so der Staatsse-

ekretär, wirke sich das auch auf die Wirtschaftlichkeit der dafür nötigen Investitionen positiv aus.

Prof. Dr. Ing. Norbert Gebbeken sprach über das von der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau initiierte Bündnis „Sustainable Bavaria“. Dabei ginge es gleichermaßen um die Erreichung der Klimaziele und der Ziele des UN-Sendai-Abkommens 2030 zur Katastrophenvorsorge. Hier habe die Baubranche in Bayern gemeinsam unter dem Dach von „Sustainable Bavaria“ einen sehr konkreten Maßnahmenkatalog entwickelt.

Prof. Elisabeth Endres und Prof. Dr. Matthias Ottmann brachten die Perspektive der akademischen Forschung in die Diskussion ein und betonten die Bedeutung interdisziplinärer Zusammenarbeit für die Entwicklung zukunftsfähiger Baukonzepte. Die Kosten nachhaltigen Bauens zahlen sich demnach in den meisten Fällen bei einer Betrachtung über des gesamten Lebenszyklus des Gebäudes aus. Die Investitionen in nachhaltiges Bauen müssen sich für die Bauherren kurz- und mittelfristig durch Einsparungen, etwa geringere Energiekosten, lohnen. Bayerische Pilotprojekte im Rahmen von „Sustainable Bavaria“ sind etwa der „Gebäudetyp-e“ und der Einsatz von Recycling-Baustoffen im Hoch- und Straßenbau. Minister Bernreiter wiederum betonte, dass eine nachhaltige und zukunftsfähige Bauwirtschaft nur im Austausch zwischen der Politik und den verschiedenen Akteuren des Bauwesens gestaltet werden könne. □



Wohnungsbau im freien Fall

Verbändebündnis fordert beim Wohnungsbau-Tag in Berlin „Ad-hoc-Förderung des Staates“

Die Situation ist dramatisch: Der Wohnungsbau steckt tief in der Krise. Aktuell fehlen bereits mehr als 800.000 Wohnungen, hoben Vertreter der Baubranche beim Wohnungsbau-Tag in Berlin hervor. Düster ist auch die Prognose zweier aktueller Studien, die auf dem Branchen-Gipfel vorgestellt wurden: Das Wegbrechen des Wohnungsneubaus werde der Volkswirtschaft in diesem Jahr Milliarden-Verluste und dem Staat erhebliche Rückgänge bei den Steuereinnahmen bescheren. Dies sei sozialer Sprengstoff und lasse politische Unzufriedenheit wachsen.

Organisiert wurde die Veranstaltung vom Bündnis Wohnungsbau, in dem sich Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit dem Mieterbund, der IG Bau sowie mit der Mauerstein-Industrie und dem Baustoff-Fachhandel zusammengeschlossen haben. Aus deren Sicht hält aber vor allem fehlender Wohnraum auch dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland zunehmend davon ab, nach Deutschland zu kommen. Dies sei eine fatale Entwicklung.

Verbändebündnis plädiert für sofortige Sonderförderung

Vor diesem Hintergrund fordert das Verbändebündnis die Bundes- und Landespolitik zu einer sofortigen Sonderförderung des Wohnungsneubaus auf. Konkret würden jährlich 23 Milliarden Euro an Subventionen benötigt: 15 Milliarden Euro für 100.000 neue Sozialwohnungen und zusätzlich 8 Milliarden Euro für den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen. Dies geht aus Berechnungen von Wissenschaftlern des Bauforschungsinstituts ARGE (Kiel) in ihrer Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Es sei dringend notwendig, dieses Geld als „Ad-hoc-Förderung des Staates für den Wohnungsneubau“ bereitzustellen. Außerdem müsse deutlich einfacher gebaut werden. Keine überzogenen Standards und deutlich mehr Förderung – nur so schaffe Deutschland den Weg aus der Wohnungsbau-Krise.

Zu viele Vorschriften

Bauministerin Klara Geywitz lehnte dies umgehend ab: Mit einer Dauersubvention in allen Bereichen werde es nicht gehen, erklärte die Politikerin. Stattdessen brauche es einen Markt, „wo es sich trägt, in den frei finanzierten Wohnungsbau zu investieren“. Deshalb setze die Bundesregierung vor allem auf eine Absenkung der Baustandards. Viele Vorschriften seien nicht nötig, um ein gutes und sicheres Haus zu bauen. Für das schleppende Tempo beim Bürokratieabbau verwies die SPD-Ministerin auf das in vielen Fällen zuständige Justizministerium von Marco Buschmann.

Höhere Zinsen würgen Bauprojekte ab

Nach den Worten von Wirtschaftsminister Robert Habeck ist die dramatisch schlechte Lage am Bau zwar Realität, „die politische Hintergrundmusik“ sei aber, „dass das im Grunde so geplant war“. Die Europäische Zentralbank (EZB) habe im Kampf gegen die Inflation die Zinsen stark erhöht, was zahlreiche Bauprojekte abgewürgt habe. Der Sinn höherer Zinsen sei, dass sich die Wirtschaft abkühlt, erläuterte Habeck, machte aber auch darauf aufmerksam, dass es nun wieder bergauf gehe. Die Inflation sei stark zurückgegangen und auch die Zinsen würden in absehbarer Zeit wieder sinken. „Wir müssen noch ein bisschen durchhalten, und das ist die ehrliche Antwort, die ehrliche Analyse“, stellte der Minister fest.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange kritisierte dies scharf: „Durchhalteparolen und

Schönrederei müssen endlich enden. Anders als die Regierung behauptet, ist die Talsohle beim Wohnungsbau noch lange nicht durchschritten.“

Erstmals untersuchten Wissenschaftler gezielt und damit isoliert vom restlichen Bausektor die wirtschaftliche Bedeutung des Wohnungsbaus. Das Beratungsunternehmen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Econ) ermittelte dabei für die Wohnungsbaubranche eine Bruttowertschöpfung von insgesamt rund 537 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Der Wohnungsbau stecke damit quer durch alle Wirtschaftsbereiche hinter jedem siebten Euro der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland. Außerdem habe jeder siebte Arbeitsplatz mit dem Wohnungsbau zu tun: Hier sei es im vergangenen Jahr um die Jobs von knapp 6,6 Millionen Menschen gegangen – 2,3 Millionen davon mit einem Arbeitsplatz direkt in der Wohnungsbaubranche. Auch finanziell hat der Wohnungsbau Gewicht: Hinter ihm steckten im vergangenen Jahr Steuereinnahmen von 141 Milliarden Euro – immerhin 17 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Deutschland.

Wohnungsbau ist Binnenkonjunktur-Motor

Außerdem zieht die Studie einen volkswirtschaftlichen Vergleich zwischen der Automobilbranche als „Zugpferd der deutschen Wirtschaft“ und dem Wohnungsbau. Im Fokus dabei: die Bruttowertschöpfung und die Arbeitsplätze. Das Fazit der Wissenschaftler: Beide Branchen leisten einen ähnlich großen Beitrag zur deutschen Wirtschaft. „Volkswirtschaftlich sind beide – Auto- und Wohnungsbau – auf Augenhöhe. Wobei der Wohnungsbau Binnenkonjunktur-Motor ist: Er produziert in Deutschland und für die Menschen im Land“, so das Verbändebündnis Wohnungsbau. „Jetzt komme es darauf an, dass auch die Politik den „Konjunkturmotor Wohnungsbau“ als starkes Zugpferd für die Wirtschaft wiederentdecke.“

Rückläufige Investitionen

Die Branche konfrontierte dazu Spitzenpolitiker auf dem Wohnungsbau-Tag mit der provokanten Frage: „Wann wird Deutschland – neben der Auto-Nation – endlich auch wieder eine Wohn-Nation?“ Die Zeichen dafür stehen aktuell allerdings schlecht: Schon drei Jahre in Folge sind die Gesamtinvestitionen in den Wohnungsbau rückläufig. Doch jetzt erwartet das DIW in diesem Jahr beim Wohnungsbauvolumen sogar einen deutlichen nominalen Rückgang von 5,4 Prozent. Allein für den Staat würde das gegenüber dem Vorjahr ein dickes Minus von fast 5 Milliarden Euro bei den Steuereinnahmen bedeuten. Eine Entwicklung, vor der Wirtschaftswissenschaftler warnen.

DIW-Studienleiter Prof. Martin Gornig sieht im Wohnungsbau sogar eine „Achillesferse der deutschen Wirtschaft“, die deutlich angeschlagen sei: „Der Wohnungsbau ist ein wichtiger Enabler für die Wirtschaft, ein „Möglichmacher von Beschäf-

tigung“. Fachkräfte werden gerade in den Ballungsräumen dringend gebraucht. Sie wollen kommen. Aber sie werden nicht kommen, wenn sie keine Wohnung finden, die sie sich leisten können.“ Dazu das Fazit der Branche auf dem Wohnungsbau-Tag: „Es gibt kein Wachstum der Gesamtwirtschaft ohne Wachstum im Wohnungsbau. Passiert jetzt nichts, dann erlebt Deutschland einen Bumerangeffekt der Wohnungsbau-Krise, der die gesamte Wirtschaft empfindlich treffen wird.“

Wohnungsnot eskaliert

Die Wohnungsnot sei wirtschaftlich, aber auch sozial längst ein „politischer Risikofaktor“. Jeder dritte Mieterhaushalt und damit über 7 Millionen Haushalte bundesweit sind nach Angaben des Bündnisses mit ihren Wohnkosten überlastet: Sie seien gezwungen, mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für das Wohnen auszugeben. Jeder sechste Mieterhaushalt (3,1 Millionen Haushalte) zahle über 40 Prozent allein für die Kaltmiete. Die Hälfte davon müsse sogar 50 Prozent oder mehr vom Einkommen fürs Wohnen aufbringen.

Aktuell leben rund 9,3 Millionen Menschen in Deutschland in überbelegten Wohnungen – und damit 11 Prozent der Bevölkerung. Das geht aus der ARGE-Studie zum Wohnungsbau-Tag hervor. Besonders betroffen seien armutsgefährdete Menschen. Von ihnen lebe mehr als jeder Fünfte auf zu engem Raum. „Durch die Krise im Wohnungsbau eskaliert die Wohnungsnot. Gelingt es nicht, die Krise abzuwenden, folgt den wohnungsbaupolitischen Defiziten ein sozialpolitisches Versagen“, warnt das Bündnis.

„Es ist einfach fatal, dass die Bevölkerung in den relevanten Regionen deutlich schneller wächst als die Anzahl der Wohnungen. Und außerdem ist es – auch schon mit Blick auf die Altersvorsorge – verhängnisvoll, dass sich immer weniger Menschen einen Neubau als Wohneigentum leisten können. Die Folge liegt auf der Hand: Wer sich früher seine eigenen vier Wände anschaffen konnte, drängt heute auf den ohnehin überstrapazierten Mietwohnungsmarkt“, erläuterte ARGE-Studienleiter Prof. Dietmar Walberg.

Kostentreiber auf dem Prüfstand

Neben einer deutlich höheren Förderung für den Wohnungsneubau rief er vor allem auch dazu auf, dass „alle und allen voran der Staat kräftig an den Stell-schrauben bei den baulichen Standards drehen“. Zahlreiche Normen, Vorgaben und Auflagen seien „schlichtweg überzogen“, betonte Walberg. Alles, was die Kosten beim Neubau unnötig nach oben treibe, gehöre auf den Prüfstand. „Vieles wird mit High-End-Standards gebaut, weil es sonst keine Förderung gibt, anderes, weil es ökologisch oder mit Blick auf den Wohnkomfort vermeintlich ein Optimum bietet. Hier brauchen wir ein neues Augenmaß für das, was wirklich Sinn macht und auch noch bezahlbar ist“, machte der Institutsleiter deutlich.

Seit 2000 hätten sich die Baukosten im Wohnungsbau pro Quadratmeter um ein 2,5-faches höher. Preistreiber sei dabei vor allem die Technik in den Gebäuden – von der Heizung über die Lüftung bis zur Sanitär- und Elektrotechnik. Einen enormen Preis-Push habe der

Wohnungsbau seit 2020 erlebt: Seitdem gab es einen Anstieg der Baukosten von mehr als 42 Prozent, erklärten die Wissenschaftler der ARGE.

„Unsere Unternehmen sind unter den aktuellen Rahmenbedingungen gezwungen, den Neubau einzustellen, denn er ist nicht mehr bezahlbar – weder für die Bauherren noch für die künftigen Mieter“, stellte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, fest. „Während der Neubau massiv einbricht, bleibt die Wohnungsnachfrage vor allem mit Blick auf die starke Zuwanderung auf einem hohen Niveau. Die dramatische Lage auf den Wohnungsmärkten wird sich in den kommenden Jahren also weiter zuspitzen.“

Ruf nach Zinsprogramm

Ein wirksames Maßnahmenpaket statt Stückwerk von zu zaghaften Lösungen sei deshalb dringend notwendig, so Gedaschko. „Um der anhaltenden Krise im Wohnungsbau endlich entgegenzuwirken, brauchen wir an erster Stelle ein breit angelegtes Zinsprogramm für den bezahlbaren Wohnungsbau. Ein Zinssatz von einem Prozent könnte die Bautätigkeit enorm ankurbeln. Die daraus entstehenden Steuereinnahmen für den Staat gleichen die Kosten der Zinssubvention wiederum aus. In Kombination mit der günstigeren seriellen und modularen Bauweise können Wohnungsunternehmen dann auch bezahlbare Mieten von 12 Euro pro Quadratmeter garantieren – statt der derzeit notwendigen mindestens 18 Euro pro Quadratmeter, die sich kaum jemand noch leisten kann.“ DK

Richtfest für Holz-Hybrid-Mietshaus in Fürth

Richtfest für ein deutschlandweit einzigartiges Projekt: Auf der Fürthener Hardhöhe realisiert die Wohnungsbaugesellschaft WBG das erste achtgeschossige Holz-Hybrid-Mehrfamilienhaus mit Mietwohnraum in Deutschland.

Das Mietshaus wurde mit tragenden Massivholzwänden aus Nadelholz errichtet. Diese innovative Holz-Hybrid-Bauweise ermöglicht nicht nur eine umweltfreundliche Konstruktion, sondern schafft auch zusätzlichen Wohnraum. Die einzigen vergleichbaren Gebäude in Deutschland befinden sich in Heilbronn und Berlin (Gewerbe) sowie in Hamburg (Eigentumswohnungen), wobei bei diesen Projekten das Erdgeschoss vollständig in Stahlbetonbauweise ausgeführt wurde.

Zuschüsse in Form von „Wohnungspakt Bayern“

Im Oktober 2022 stellte die WBG Fürth das erste serielle Holz-Hybrid-Haus in Fürth auf der Hardhöhe fertig. Im Jahr darauf erfolgte der Baubeginn für zwei weitere Mehrfamilienhäuser in Fürth-Stadeln. Aufgrund positiver Erfahrungen stellt sich die WBG Fürth nun einer neuen Herausforderung.

Für die Maßnahme wurden Zuschüsse des Freistaates Bayern in Form des Programms „Wohnungspakt Bayern“ in Anspruch genommen. Hier erhalten Investoren einen Zuschuss. Das Objekt wird mit einer Belegungsbindung von mindestens 40 Jahren festgeschrieben, so dass die Wohnungen nur an einen bestimmten Personenkreis

vermietet werden können. Die Mieter erhalten zudem einen Mietzuschuss in Form der Einkommensorientierten Förderung „EOF“.

Neben der Grundförderung hat die WBG Fürth einen weiteren Nachhaltigkeitszuschuss erhalten, da über die ohnehin bestehenden kommunalen Vorgaben hinaus weitere Nachhaltigkeitsaspekte wie Auslegung der Haustechnik auf regenerative Energie und Errichtung einer Photovoltaikanlage mit Mieterstrommodell erfüllt werden. Zudem werden alle Dächer inklusive Nebengebäude begrünt. Auch bleibt der vorhandene Baumbestand größtenteils erhalten.

Hoher Vorfertigungsgrad

Durch die Kombination von Holz und Beton wird die Verwendung von Stahlbeton minimiert. Außerdem wird im Bauprozess bis zu 70 Prozent der CO₂-Emission im Vergleich zu herkömmlicher Massivbauweise in Stahlbeton eingespart.

Insgesamt wird mit einer Bauzeit von 13 Monaten gerechnet. Möglich wird dies durch den hohen Vorfertigungsgrad. Die Fertigstellung soll im Oktober 2024 erfolgen. Die Projektkosten belaufen sich auf ca. 6,3 Millionen Euro. Seit März können sich potenzielle Mieter auf die Wohnungen bewerben. DK

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank.

Zinsgünstige Realisierung kommunaler Investitionen mit der BayernLabo – Kommunalkredit- und Förderbank des Freistaats Bayern.

#HEIMATFÖRDERER

Bayern Labo

Weltwassertag:

Klimabaumpflanzung zur Stärkung der Schwammstadt

Schirmherren sind Christian Bernreiter, Bayerischer Bauminister und Thorsten Glauber, Bayerischer Umweltminister

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter sowie Dr. Andreas Rimböck, Franz Damm und Michael Kordon von der Verbändekooperation „Wassersensibles Planen und Bauen“ haben nahe der U-Bahnstation Oberwiesenfeld in München als Ersatz für einen abgestorbenen Baum einen sehr robusten Japanischen Schnurbaum gepflanzt. Die Pflanzung soll auf die Notwendigkeit der Stärkung der blau-grünen Infrastruktur zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Angesichts zunehmender Hitzephase und Starkregen haben die Beteiligten auf die Vorteile von Schwammstädten (www.schwammstadt.bayern) hingewiesen. Diese Baumpflanzung leistet hierzu einen konkreten Beitrag.

Für eine klimagerechte und zukunftsfähige Siedlungsentwicklung spielt der richtige Umgang mit Wasser eine immense Rolle. In Schwammstädten kann Wasser aufgenommen, zurückgehalten, gespeichert und wieder abgegeben werden. Damit können einerseits Überflutungen reduziert werden. Andererseits kann die Vegetation in Trockenperioden mit dem notwendigen Wasser versorgt werden. Die Begrünung leistet zudem einen wichtigen Beitrag zu Beschattung, Kühlung, Erholung und Biodiversität.

Anlässlich der Baumpflanzung sagte Bauminister und Schirmherr Christian Bernreiter, MdL: „Jeder Baum zählt, deshalb freue ich mich über die Aktion! Hoch verdichtete Bereiche wie Innenstädte und Ortskerne sind vom Klimawandel besonders betroffen. Schwammstädte sind da eine gute Lösung, um Wasser zu speichern und die Luft zu kühlen. Deshalb unterstützt der Freistaat die Kommunen bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen, beispielsweise mit unserer neuen Förderinitiative der Städtebauförderung 'Klima wandel(t) Innenstadt.'“ Per Videobotschaft unterstützte auch Umweltminister Thorsten Glauber, MdL, ebenso Schirmherr der Aktion: „Wir müssen unsere Städte zum Flaggship im Kampf gegen die Wasserknappheit machen. Das Zukunftskonzept heißt Schwammstadt. Wir brauchen grüne und blaue Infrastruktur für Wasserrückhalt und als natürliche Klimaanlage.“

Verbändekooperation

Die Initiative „Wassersensibles Planen und Bauen“ wird von mehreren Verbänden getragen, die sich für lebenswerte Siedlungen einsetzen. Dr. Andreas Rimböck, stv. Vorsitzender des DWA Landesverbands Bayern begrüßt die Verbändekooperation:

„Klimaanpassung geht nur gemeinsam! Daher haben wir gemeinsam diesen wichtigen Schwammstadtbaustein gepflanzt. Schwammstädte sind nämlich wahre Multitalente: sie schaffen Dürre- und Überflutungsvorsorge, gute Luft und Kühlung, Erholungsraum für Mensch und Lebensraum für Natur – also langfristig lebenswerte Siedlungen. Und: klug geplant kann man auch noch Flächen sparen, indem man sie mehrfach nutzt, z.B. für Sport und Wasserrückhalt!“

Für Franz Damm, Vizepräsident Bayerische Architektenkammer sind Klimaanpassung und Schwammstadt Themen, die in dichten Städten genauso wie in ländlichen Regionen wichtig sind, um Lebensqualität zu erhalten und zu schaffen: „Als Landschaftsarchitekt weiß ich, dass man früh mit der Vorsorge beginnen muss, denn Bäume als Baustein der Klimaanpassung brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten.“

Michael Kordon, Vizepräsident Bayerische Ingenieurekammer Bau, hofft, dass das Schwammstadtprinzip im Landesentwicklungsprogramm festgeschrieben wird: „Der neu gepflanzte Baum am Oberwiesenfeld ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer besseren blau-grünen Infrastruktur in unseren Städten. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau setzt sich seit Jahren mit Nachdruck für diesen Schritt und für weitere bauliche Maßnahmen ein, die die Folgen des Klimawandels abfedern. Jeder Baum, jede Pflanze zählt. Doch damit die heutige Maßnahme kein Tropfen auf den heißen Stein wird, müssen wir uns mit voller Kraft dafür einsetzen, in allen Regionen konsequent Richtung Schwammstadt zu gehen.“

Dr. Jürgen Büllsbach, Geschäftsführer der OPES Immobilien Gruppe: „Wir haben die Fläche für die Pflanzung sehr gern zur Verfügung gestellt und sehen im Konzept der Schwammstadt einen wichtigen Beitrag zur klimagerechten Stadt. So werden wir auch im neuen Quartier an der Moosacher Straße auf bisher versiegelten ehemaligen Industrieflächen einen öffentlichen Park anlegen.“

Pflanzung eines Japanischen Schnurbaums

Am städtisch geprägten Pflanzstandort wird als Ersatz für einen abgestorbenen Baum ein Japanischer Schnurbaum gepflanzt.

DVGW auf der IFAT 2024:

Innovative Strategien und Lösungen zu Trinkwasser und Wasserstoff

Als Partner der IFAT, der Weltleitmesse für Umwelttechnologien, präsentiert der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) vom 13. bis 17. Mai in München einem internationalen Fachpublikum sein Know-how zu Trinkwasser und Wasserstoff. Ziel ist, die Herausforderungen für die Energie- und Wasserversorgung im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit auf der einen sowie Klimawandel und Energiewende auf der anderen Seite transparent zu machen. Innovative Formate im Vortragsprogramm und auf den beiden Messeständen des DVGW zeigen technologiebasierte Lösungswege für nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften mit der Ressource Wasser sowie dem Zukunftsträger Wasserstoff auf.

„Die nachhaltige Ausrichtung unserer Versorgung mit Energie und Wasser unter der dringlichen Maßgabe des Klimaschutzes ist eine gewaltige Aufgabe. Innovative und zukunftsgerichtete Technologien sind ein Schlüsselfaktor, um die damit verbundenen enormen Herausforderungen zu meistern. Die IFAT 2024 bietet eine herausgehobene Plattform für den internationalen Wissensaustausch. Hiervon gehen wichtige Impulse und neue Ansätze für die Umsetzung in die betriebliche Praxis aus“, erläutert Dr. Wolf Merkel, Vorstand des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW).

Der DVGW ist seit 2018 idealer Träger der IFAT und beteiligt sich aktiv an der Ausgestaltung des Rahmenprogramms. Dieses Jahr bringt er seine Expertise zur Zukunftssicherung der Wasser- und Energieversorgung verstärkt in die „Spotlight Area Digitalisierung in der Wasserwirtschaft“ und in die „H2 Spotlight Area“ ein. Diese und weitere Highlights

erleben Besucher des DVGW auf der IFAT 2024:

Bundes- und Landesförderung

Seit Februar 2024 gewährt die KfW im Programm 444 „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ bis zu 90 Prozent Zuschüsse an Kommunen für naturnahe Gestaltung von Grünflächen oder eben auch Pflanzung von Stadtbäumen: <https://t1p.de/s80gk>



Klimabaumaktion: Bauminister Christian Bernreiter (4.v.l.) und Stiftungspartner. Bild: DWA

Förderung des StMB: <https://t1p.de/j5lto>

Schwammstadt in Bayern

Beispiele für sehr aktive Kommunen, die Schwammstadtelemente realisieren:

Die Schwammstadt Pfaffenhofen, BR-Beitrag: <https://t1p.de/3z93t>

www.youtube.com/watch?v=wsTp6odRFb0

Neu-Ulm schützt sich vor Starkregen und Hitze, BR-Beitrag: <https://t1p.de/jxirw>

Weitere Beispiele finden sich im „Leitfaden wassersensible Siedlungsentwicklung“, der hier bestellt werden kann: <https://t1p.de/3z93t>

Baupreise für Neubau von Wohngebäuden steigen

Wie die Expertinnen und Experten für die Bauleistungspreise im Bayerischen Landesamt für Statistik mitteilen, steigt der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden im Februar 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent.

Gemessen am Jahr 2022, als Steigerungsraten von über 17 Prozent ermittelt wurden, hat die Preisentwicklung beim Wohnbau somit auffallend an Dynamik verloren.

Die Preissteigerungsraten gehen wegen der schwachen Konjunktur im Wohnbau bereits seit Anfang 2023 stetig zurück. Für Rohbauarbeiten ermitteln die Statistiker derzeit sogar um 0,4 Prozent fallende Preise im Vorjahresvergleich, während bei den Ausbaurbeiten weiterhin ein Preisanstieg von 3,3 Prozent verzeichnet wird.

Die stärksten Rückgänge beobachten die Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik bei Betonarbeiten sowie Zimmer- und Holzbauarbeiten, die jeweils um 2,9 Prozent niedriger sind. Bei den Ausbaurbeiten erhöhen sich die Preise gegenüber Februar 2023 um 3,3 Prozent.

Besucher alles rund um spezifische Aufgabenstellungen der Wasserwirtschaft – im Anschluss werden die Lösungsanbieter in der Ausstellung aufgesucht. Geplante Themen sind zum Beispiel Technologien zur Zustandsbewertung von erdüberdeckten Rohrleitungen oder der Schutz kritischer Infrastrukturen in der Trinkwasserversorgung.

TechLIFT

Im Focus des TechLIFTS stehen die in der neuen Trinkwasserverordnung erstmals mit einem Grenzwert versehenen toxikologisch relevanten PFAS. Im Rahmen von TechLIFT werden neue Ansätze zur Aufbereitung PFAS-haltiger Wässer präsentiert und mit Experten erörtert.

Tag der resilienten Kommunen

Konzepte und Maßnahmen, wie sich Kommunen und kommunale Unternehmen in Zukunft am besten aufstellen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern, werden im Rahmen des von DVGW, DWA, VKU sowie kommunalen Spitzenverbänden ausgerichteten „Tag der resilienten Kommunen“ diskutiert.

Abgerundet wird der DVGW-Auftritt durch weitere Aktivitäten zum Beispiel aus den Aktionsfeldern „Nachwuchsförderung“ oder „Wasserforschung“.

erleben Besucher des DVGW auf der IFAT 2024:

Spotlight Areas

Hier erfahren Besucher praxisnah die visionäre Welt der Energie- und Wasserversorgung von morgen. So wird zum Beispiel anschaulich demonstriert, wie aus in der kommunalen Kreislaufwirtschaft anfallenden Stoffen Wasserstoff gewonnen und zur Betankung von kommunalen Fahrzeugen oder, über die Gasnetze verteilt, für die Wärmeversorgung genutzt werden kann (Spotlight Area H2 in Halle A4).

In einer weiteren Spotlight Area direkt hinter dem DVGW-Messestand können Besucher durch Augmented Reality in eine projektierte Anlage zur Wasserversorgung visuell eintauchen und die Anwendung digitaler Techniken erleben.

Lösungstouren

In Impulsvorträgen erfahren

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



V.l.: CTIP-Geschäftsführer Peter Keller, Landrat Johann Kalb, Bürgermeister der Stadt Hallstadt Thomas Söder und Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke Christian Metzger beim Richtfest.
Bild: Landratsamt Bamberg / Förtisch

Cleantech Innovation Park:

Richtfest für das Innovationszentrum

Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen können sich ab September in Hallstadt vernetzen

„Das ist ein großartiger Tag für unseren Landkreis: Hier entsteht eine Drehscheibe für digitale Transformation, für ressourceneffiziente Produktion, für künstliche Intelligenz. Ein Treffpunkt für den Austausch von Wissen und Ideen“, umriss Landrat Johann Kalb beim Richtfest für das Innovationszentrum die Bedeutung des Cleantech Innovation Parks (CTIP), den Landkreis, Stadt Hallstadt und Michelin als Gesellschafter auf dem Areal des früheren Michelin-Werkes errichten.

Unternehmen, Hochschulen und Institute sollen dort ab September auf insgesamt 6.000 Quadratmetern in vier Produktionshallen Verbund- und Kooperationsprojekte umsetzen. Der Landrat dankte insbesondere der Stadt Hallstadt mit Bürgermeister Thomas Söder, Christian Metzger, dem Gesellschaftervertreter der Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA und CTIP-Geschäftsführer Peter Keller: Wir machen hier gemeinsam und mit Unterstützung des Freistaates Bayern aus einer Krise eine Chance für unsere Region, die stark von der Autozuliefererindustrie geprägt ist.“

„Ich baue darauf, dass wir im September 2024 die ersten Räume beziehen werden“, steckte Geschäftsführer Peter Keller das ehrgeizige Ziel ab. Bürgermeister Söder ergänzte außerdem: „Wir brennen darauf, dass diese wichtige Forschungseinrichtung für die Zukunft unserer Region bald fertiggestellt wird.“

„Das ist ein besonderer Moment für mich: Wenn man weiß, was hier noch vor wenigen Jahren gestanden hat, dann schwingt Wehmut mit. Wenn man nun sieht, was wir hier daraus jetzt gemeinsam entstehen lassen, dann dürfen wir durchaus auch stolz sein: eine echte Chance für die Region“, so Christian Metzger, ehemaliger Standortleiter von Michelin Hallstadt.

Den Richtspruch sprach Thorsten Balzer, Projektleiter der Wiehag Timber Construction GmbH, die das Dachtragwerk in Holzbaubauweise errichtete.

Schlüssel und Motor für die Transformation

Der CTIP ist Schlüssel und Motor für die Transformation der regionalen Automobilzulieferer. Allein in der Region Bamberg gibt es mehr als 20.000 Beschäftigte im Bereich Automotive; in der Europäischen Metropolregion Nürnberg sind es 100.000. Veranschlagt ist das Projekt, in einer ersten Stufe, mit einem Volumen von ca. 38 Millionen Euro. Der Freistaat stellt Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro in Aussicht.

Im Innovationszentrum sollen neue Produkte und Prozesse im Bereich Cleantech, Ressourceneffizienz, KI und Digitalisierung entwickelt werden. Außerdem entsteht ein separates

Prüfstandsgebäude für den Test neuer Prozesse mit Wasserstoff oder E-Fuels und die praktische Ausbildung im Bereich der Wasserstofftechnologie (H2-Akademie). Das Kreativ-Forum wird ein Ort für Kommunikation und Netzwerkbildung. Für dieses Gebäude verkündete Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger im Rahmen des letzten Cleantech Innovation Summit den vorzeitigen Maßnahmenbeginn in Höhe von 10 Millionen Euro. □

Doppelter Förderaufruf zur Holzbauintiative:

Laubholz im Holzbau und Sanieren mit Holz

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) startete zwei Förderaufrufe zur Holzbauintiative der Bundesregierung. Mit den Aufrufen sollen Forschungs-, Entwicklungs- und Modellprojekte zum verstärkten Laubholz-Einsatz im konstruktiven Holzbau und das Sanieren und Modernisieren mit Holz und weiteren nachwachsenden Rohstoffen auf den Weg gebracht werden. Die Fördermittel wird das BMEL aus dem Programm „Nachhaltige erneuerbare Ressourcen“ bereitstellen.

Der Förderaufruf „Steigerung des Einsatzes von Laubholz im konstruktiven Holzbau“ basiert auf den Ergebnissen der Studie „Laubholzproduktmärkte“ und auf entsprechenden Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen der Charta für Holz 2.0.

Marktaugliche Produkte

Einen Schwerpunkt legt der Projektaufruf auf die innovative Laubholznutzung im Bauwesen, speziell auf die Entwicklung konkurrenzfähiger Nutzungsoptionen und marktauglicher Produkte für den konstruktiven Holzbau. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Projekten zur Kommunikation und Information, vornehmlich auf der Entwicklung praktischer Strategien zum Wissenstransfer im Bereich Bauen mit Laubholz. Außerdem können Projekte zur Information relevanter Zielgruppen aus der Holzbaubranche, der öffentlichen Hand und gewerblicher Nutzer von Produkten aus Laubholz gefördert werden.

Zirkuläre Einsatzstrategien

Zum Förderaufruf „Sanieren und modernisieren mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen“ sollen Projekte einge-

Urbanes Wohnen in grüner Oase

123 neue Wohnungen für Metropolregion München

Arbeiten in der Stadt, Wohnen auf dem Land. Was lange Zeit als Standard galt, bricht die moderne Stadtplanung zunehmend auf. Gemäß dem Konzept einer „Stadt der kurzen Wege“ entsteht aktuell im Münchner Vorort Haar mit dem AVES QUARTIER ein moderner Wohn- und Geschäftskomplex. Hier liegt alles, was man braucht, bequem und nah beieinander: Wohnhäuser und Bürogebäude, Einkaufszentren, Restaurants und öffentliche Verkehrsmittel sowie Grünflächen und soziale Einrichtungen. In den nächsten Monaten will das Haarer Familienunternehmen KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH den Neubau fertigstellen. Das auf Bau und Immobilien spezialisierte Planungs- und Beratungsunternehmen Drees & Sommer SE ist hier für die Projektsteuerung zuständig.

Schon von Weitem wird der Blick auf den neuen Gebäudekomplex des AVES QUARTIER gelenkt: Mit der architektonisch gestalteten Fassade des Wohnturms, die einen aufsteigenden Vogelschwarm nachempfunden, bekommt das AVES QUARTIER ein ganz besonderes Wahrzeichen, das gleichzeitig auch die Verbindung zwischen dem Quartiersnamen AVES – vom lateinischen Vögel – mit der Architektur herstellt.

Große Auswahl an verschiedenen Wohnungen

Mit 131 Wohn- und Gewerbeeinheiten bietet das AVES QUARTIER eine große Auswahl von Wohnungen, darunter 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen mit Flächen von etwa 33 bis 155 Quadratmetern. Alle Gebäude verfügen über Aufzüge, um einen barrierefreien Zugang zu gewährleisten. Zusätzlich befinden sich im Hochhaus Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und großräumige Büroflächen im 1. Obergeschoss. Die hufeisenförmige Struktur umschließt einen begrünten Innenhof, der von der belebten Münchener Straße abgewandt ist und dadurch

eine ruhige Umgebung bietet.

Qualität und Nachhaltigkeit auch bei Mietwohnungen

„Langlebigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit sind unsere Leitprinzipien, um eine langfristige Werterhaltung zu gewährleisten“, sagt Andreas Fischer, Projektleiter der KM-WOHNBAU. Eine Besonderheit: „Unser Wohnungsangebot besteht zu 60 Prozent aus Mietobjekten mit 16 Wohnungen im Haarer Modell, die wir im Bestand behalten. Das trägt dazu bei, den angespannten lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten“, so Fischer weiter. Alle Wohnungen bieten ausgewähltes Echtholzparkett, Fußbodenheizung und dreifach verglaste Fenster, um den Energieverbrauch zu minimieren. Für eine umweltfreundliche Wärmeversorgung sorgt eine sogenannte Grundwasserpumpe. Die Pumpe nutzt die konstante Temperatur des Grundwassers und bietet eine zuverlässige Wärmequelle. Ihre Nutzung führt zu ge-



Das AVES QUARTIER zeichnet sich durch seine Nutzungsmischung aus: Neben Eigentums- und Mietwohnungen gibt es hier auch Laden- und Büroflächen, die das Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner sinnvoll erweitern. Bild: KM-WOHNBAU Baubetreuung GmbH

ringeren Betriebskosten, reduziert den CO₂-Ausstoß und trägt zur Schonung natürlicher Ressourcen bei. Für Drees & Sommer-Projektleiter Andreas Feil hat das Vorbildcharakter.

Baubteilung auf Zeit: Alle Rädchen greifen ineinander

Gemeinsam mit seinem Team ist Andreas Feil für die Projektsteuerung des neuen Quartiers verantwortlich. „Vereinfacht gesagt, sind wir eine Art Bauabteilung auf Zeit“, erklärt Feil. „Neben organisatorischen Aufgaben kümmern wir uns um die Einhaltung von Terminen, Kosten und Qualitätsstandards. Dabei ist die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen allen Be-

teiligten ein wichtiger Erfolgsfaktor – vom Bauherrn über die Planer bis zu den ausführenden Firmen.“ Beim AVES QUARTIER habe dies sehr gut funktioniert. Wenn die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen, profitieren sie von einem durchmischten Quartier. In unmittelbarer Nähe befinden sich alle Geschäfte des täglichen Bedarfs sowie Ärztehaus und Kinderbetreuung. Für Andreas Fischer macht noch etwas anderes den Standort attraktiv: „Durch die gute Bus- und Bahnanbindung ist die Münchner Innenstadt innerhalb von 20 Minuten zu erreichen. Auch Flughafen und Messe sind gut angebunden – ebenso wie die Naherholungsgebiete in den Bergen.“ □

Langmatz



EK980 - Das einzigartige Kunststofffundament für AC und DC Ladesäulen!

- ▲ Unabhängige Installation von Fundamenten & Ladestation für maximale Flexibilität
- ▲ Geringes Gewicht
- ▲ 100% recycelbare Materialien
- ▲ Adapterplatten für nahezu jede Ladesäule

Kunststofffundament EK980 für AC Charger

Kunststofffundament EK980 für DC Charger



Unsere Kompetenz für die Netze von heute und morgen!

www.langmatz.de



Förderschwerpunkte

Zu den Förderschwerpunkten gehört zum einen das serielle Sanieren, Modernisieren und Aufstocken im vorhandenen Gebäudebestand. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Materialentwicklung und Optimierung – beispielsweise in der Entwicklung neuartiger Lösungen durch die Kombination von Holz mit weiteren natürlichen Materialien.

Kommunikation

Zum dritten können Projekte zur Kommunikation und Information gefördert werden, etwa solche zur Datenerfassung und Bewertung von Baustoffen und Bauwerken in einem digitalen Gebäude-Ressourcenpass oder zur Ausarbeitung von Informationsmedien für typische Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten. Der Aufruf ist befristet bis zum 31. Juli 2024. Hier ist er vollständig abrufbar: <https://www.fnr.de/index.php?id=10815#n15911>. □

Smarte Region Würzburg:

Erste Erfolge in der Umsetzung

Die Smarte Region Würzburg, ein gemeinsames Projekt von Stadt und Landkreis, kann bedeutende Fortschritte in der Umsetzung verzeichnen. Das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen geförderte Projekt zielt darauf ab, durch eine intelligente Kombination aus analogen und digitalen Maßnahmen den Zusammenhalt in der Region zu stärken und die Bewältigung von Krisensituationen zu erleichtern.

Nach einer erfolgreichen Strategiephase und ersten Umsetzungserfolgen wurde das gesamte Maßnahmenpaket dem Interkommunalen Ausschuss „stadt.land.wü.“ präsentiert. Der Stand der Entwicklungen wurde ausführlich vorgestellt, und es wurden Empfehlungen zur Anpassung der weiteren Projektplanung gegeben. Angesichts des knappen Zeithorizonts bis Ende 2026 wurden Vorschläge zur Kürzung von Einzelbereichen in den Maßnahmen unterbreitet. Dennoch konnte das Projekt bereits einige Erfolge verbuchen.

Klaus Walther, Fachbereichsleiter Wirtschaft, Wissenschaft und Standortmarketing der Stadt Würzburg, betont: „Im Laufe dieses Jahres werden die Maßnahmen auch für die Bevölkerung der Region sichtbar. Wir werden zum Beispiel im Dürrbachtal einen Treffpunkt für die Menschen einrichten mit einem Angebot an Informationen, Veranstaltungen und Workshops. Hierfür wird ein Heimatmanager vor Ort sein. Zusätzlich wird er auch mobil in der Region unterwegs sein und die Menschen mit einem Angebot an Sprechstunden

und Kursen mit Digitalfokus aufsuchen.“

Weitere Angebote

Zusätzlich wird der Heldenhelder in 2024 umgesetzt, eine Netzungsplattform für Vereine und Institutionen. Erste Pilotvereine werden in der zweiten Jahreshälfte die Möglichkeit haben sich mit einem Forum und mit einem digitalen Büro vertraut zu machen und diese zu testen. Bereits nutzbar ist die Webseite gesund-studieren-wuerzburg.de, die aus einem von der AOK geförderten Projekt der Würzburger Hochschulen entstanden ist und nun von der Smarten Region weiterentwickelt wird. Hier werden Informationen für gesundheitsförderliche Angebote zusammengestellt und für unterschiedliche Zielgruppen aufbereitet, in einem ersten Schritt für Studierende.

Digitale Innovationen

Ein wesentlicher Fokus der Smarten Region Würzburg liegt

auf digitalen Innovationen. In den vergangenen sechs Monaten wurden grundlegende IT-Entwicklungen vorangetrieben, um einen intuitiven und unkomplizierten Umgang mit der geplanten Software sicherzustellen. Der sogenannte Smart City Hub nimmt dabei eine zentrale Rolle ein, indem er als neue technische Basis neben den bestehenden IT-Strukturen in Stadt und Landkreis fungiert. Diese Plattform soll den Datenaustausch und die Kommunikation zwischen Kommunalverwaltungen, Vereinen, Institutionen der Region sowie den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern und fördern.

Um diese Fortschritte hautnah zu präsentieren, fand eine weitere Veranstaltung statt, bei der Stadträtinnen und Stadträte, Kreistagsmitglieder und Verwaltungsangestellte aus dem Bereich der Digitalisierung einen Einblick in die bereits erreichten und für die Zukunft geplanten Entwicklungen erhielten.

Die Smarte Region Würzburg hat sich das Ziel gesetzt, die Lebensqualität der Menschen durch innovative digitale und analoge Lösungen zu steigern. Die ersten Erfolge zeugen von einer vielversprechenden Entwicklung auf dem Weg zu einer modernen und vernetzten Region. □

Markt Teisnach:

Offenes Ohr bei Krisen und Problemen

Jugendsozialarbeiterin unterstützt Schülerinnen und Schüler der Grund- und Mittelschule Teisnach

Für die Grund- und Mittelschule Teisnach war es ein langer Weg hin zum Angebot der „Jugendsozialarbeit an Schulen“ (JaS), ein mit Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördertes Projekt. Begonnen hatte der Weg bereits 2008. Seit Herbst letzten Jahres unterstützt nun Sozialpädagogin Melissa Dötsch die Schülerinnen und Schüler bei Kummer und Sorgen, hilft bei Problemen im Alltag, in den Familien oder in der Schule. Darüber hinaus hat Dötsch auch ein offenes Ohr für ratsuchende Eltern oder Lehrkräfte. Ziel der Fachkraft ist es, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern Lösungswege zu entwickeln. Häufig ist dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern notwendig, da familiäre, erzieherische oder schulische Schwierigkeiten nur auf diesem Weg verbessert werden können.

„Die Arbeit von Frau Dötsch stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen unseren Schülern und deren Eltern, der Schule und dem Jugendamt dar“, freut sich Schulleiter Markus Lemberger über die Hilfe. Denn die Schulfamilie stoße in der Bewältigung der Problemlagen ihrer Schülerinnen und Schüler immer wieder an die eigenen Grenzen. Umso mehr sei man dankbar für das vom Landkreis Regen und dem Schulverband der Mittelschule Teisnach finanzierte Angebot, so der Schulleiter.

Schnell unkompliziert helfen

„Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist ein Angebot der Jugendhilfe, niedrigschwellig angelegt, direkt an der Schule verortet“, erklärt Dirk Opitz als zuständige Gruppenleitung im Jugendamt am Landratsamt Regen den Ansatz dieser Unterstützung. „Die Fachkräfte können den Schülerinnen und Schülern schnell und oftmals auch recht unkompliziert helfen. JaS soll außerdem dazu beitragen, soziale Benachteiligungen auszugleichen“, erläutert Opitz. □

Bayerns staatliche Museen ziehen Bilanz

Blume: „Mehr als 3,6 Millionen Gäste in den staatlichen Museen und Sammlungen“

Die staatlichen Museen im Freistaat konnten im vergangenen Jahr wieder deutlich mehr Gäste begrüßen. „Insgesamt haben mehr als 3,6 Millionen Menschen den staatlichen Museen und Sammlungen sowie dem Haus der Bayerischen Geschichte im Jahr 2023 einen Besuch abgestattet. Das zeigt: Unsere Museen und Sammlungen sind wahre Besucherlieblinge. Die Besucherzahl in den staatlichen Häusern ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als eine halbe Million gestiegen. Dieser Positivtrend kommt nicht von ungefähr: Die Museen in Bayern sind den Herausforderungen der vergangenen Jahre mit Kreativität, Innovation und Leidenschaft begegnet. Durch wegweisende Konzepte, digitale Errungenschaften und kreative Ausstellungsformate nehmen unsere staatlichen Museen ihre Gäste auf faszinierende Reisen durch die Geschichte, Kunst und Wissenschaft mit. So viel Mühe wird belohnt! Herzlichen Dank an die Menschen, die unsere Museumslandschaft mit Expertise und Ideenreichtum so großartig machen“, fasst Kunstminister Markus Blume die aktuelle Bilanz der Besucherzahlen der staatlichen Museen und Sammlungen in Bayern erfreut zusammen.

Besonders beliebt waren die Alte Pinakothek, die Pinakothek der Moderne sowie die Staatlichen Antikensammlungen und Glyptothek. Große Besucherströme konnten ferner das Museum für die Sammlung Brandhorst, das Museum Fünf Kontinente, das Bayerische Nationalmuseum und das Staatliche Museum für Ägyptische Kunst verzeichnen. Letzteres stellt einen neuen Rekord auf: Nie hat es im 2013 neu eröffneten Haus mehr Besucherinnen und Besucher geben als im letzten Jahr. Der positive Trend ist nicht nur in Kunstmuseen und großen Häusern spürbar. Aufwind bekommen auch kleine Museen wie das Deutsche Theatermuseum und naturwissenschaftlich ausgerichtete Sammlungen wie der Botanische Garten München Nymphenburg oder das Museum Mensch und Natur.

Außerhalb Münchens konnten sich insbesondere das Staatliche Textil- und Industriemuseum (tim) in Augsburg sowie das Porzellanikon in Selb über einen Besucherzuwachs freuen. Ein besonderes Highlight feierte man zudem im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg: Dort wurde kurz vor Weihnachten 2023 die Schallmauer von einer Million Besucherinnen und Besuchern durchbrochen – und das nach nur viereinhalb Jahren seines Bestehens.

Highlights 2024

• 2024 hat die bayerische Museumslandschaft zahlreiche neue Highlights zu bieten. Ein Höhepunkt: Die Wiedereröffnung der Archäologischen Staatssammlung im April in München. Besucherinnen und Besucher erwartet auf über 2.000 Quadratmetern eine spannende Zeitreise durch 120.000 Jahre bayerische Siedlungsgeschichte.

• Das Neue Museum Nürnberg verfügt über eine der größten öffentlichen Sammlungen von Gerhard Richter. Im Programm digital.vermittlung wird das Werkkonvolut nun auf völlig andere Art erschlossen: Über das persönliche Smartphone ist ein Multimedia-Guide abrufbar, der abwechslungsreiche Informationen zu den gezeigten Bildern für Alt und Jung liefert.

• Erstmals bietet die Neue Sammlung in der Pinakothek der Moderne ein Vermittlungsangebot für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen, Sprachverständnisschwierigkeiten und kognitiver Einschränkung. Taststationen oder Videos in deutscher Gebärdensprache vermitteln damit einem breiten Publikum die Vielfältigkeit der Sammlung und Designideen.

• Das Haus der Bayerischen Geschichte eröffnet im April die Bayernausstellung „Ois anders! Großbaustellen in Bayern“ und für das erste Juni-Wochenende wird mit dem „Fest der Demokratie“ wieder ein buntes Programmangebot für die ganze Familie geplant. Ferner ist es mit der Bayerischen Landesausstellung 2024 wieder auf Tour: Vom 7. Mai bis 3. November kann man im Diözesanmuseum auf dem Domberg in Freising die Landesausstellung „Tassilo, Korbinian und der Bär. Bayern im frühen Mittelalter“ erleben.

Ausstellungstipps für das Frühjahr

Die staatlichen Kunstsammlungsbestände in Bayern gehören zu den bedeutendsten in ganz Europa. Auch die naturwissenschaftlichen Museen und Sammlungen bieten eine große Bandbreite an interessanten Themen. Museumsliebhaber in ganz Bayern können sich über besondere Ausstellungs-Highlights freuen:

• Besucherinnen und Besucher des Bayerischen Nationalmuseums können in der Studioausstellung „Goldene Passion – Georg Petel und das Rätsel seiner Kreuzigungsgruppe“ ein spannendes Rätsel im Werk des berühmten Augsburger Barockbildhauer Georg Petel nachvollziehen. Mit computertomographischen Aufnahmen werden die Herstellungstechniken der Bronzen des „deutschen Michelangelo“ visualisiert.

• Das Museum fünf Kontinente in München zeigt noch bis Anfang Mai die Fotoausstellung „Witches in Exile“: Am Beispiel der abgesehenen Northern Region im Norden Ghanas widmet sich diese Ausstellung dem Glauben an Hexerei, der vornehmlich Frauen zu Sündenböcken werden lässt.

• Besonders für Familien bietet sich auch ein Besuch des Glasmuseums in Frauenau an: Das Museum nimmt Besucherinnen und Besucher mit auf eine Reise durch die Kulturgeschichte des Glases, von den Anfän-

Stadt Würzburg:

Vorsicht auch bei privaten Chats

Workshop im Jugendzentrum vermittelte Medienkompetenz
Zum ersten Mal gab es im städtischen Jugendzentrum Zoom in der Lindleinsmühle einen Workshop für Jugendliche zum Thema „Strafbares Verhalten bei der Smartphone-Nutzung“.

Initiiert wurde die Veranstaltung von Jonas Rilke, Sozialarbeiter im JUZ: „Unsere Jugendlichen machten mir in Gesprächen klar, dass sie sich sehr unsicher sind bezüglich der strafrechtlichen Relevanz ihres Smartphone-Nutzungsverhalten. Welche Bilder und Memes darf ich weiterleiten? Was kann passieren, wenn ich in einem Chat über andere falsche Sachen erzähle? Solche Fragen beschäftigen unsere Jugendlichen sehr.“ Gemeinsam mit Kilian Schick (Fachbereich Jugend und Familie, Jugendzentren und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz), Florian Leis (Stadtjugendring) und dem Jugendbeamten Tobias Hofmann (Polizeiinspektion Würzburg Stadt) wurde der Workshop organisiert. Tobias Hofmann: „Wir freuen uns als Polizei, wenn wir von der Offenen Jugendarbeit in Würzburg in unterschiedliche Projekte eingebunden werden, seien es Sportturniere, Anti-Gewalt-Workshops oder solche Medienkompetenzprojekte – das Kennenlernen auf Augenhöhe kann die Präventionsarbeit der Polizei nur fördern und im besten Fall sogar zukünftige Straftaten verhindern.“

Im Workshop selbst ging es für die etwa 20 interessierten Jugendlichen um praxisnahe Fragen und Beispiele. Vielen war vorher gar nicht bewusst, dass ein vermeintlich privater Chat auch Grund für eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Nötigung oder übler Nachrede sein kann. „Ich denke, alle konnten etwas mitnehmen. Am Ende geht es darum, unsere Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, verantwortungsvoll mit den digitalen Medien umgehen zu können“, so das Resümee von Florian Leis. Geplant sind weitere Workshops in anderen Jugendzentren, denn das Thema Medienkompetenz bleibt (nicht nur) für Jugendliche höchst relevant. □

gen im Zweistromland bis heute. Kinder können sich schon auf der Website <https://glasmuseum-frauenau.de> mit dem Museumsgeist Durand anfreunden, der ihnen dort auf spielerische Art den Werkstoff Glas und das Handwerk näher bringt und die Lust auf einen Besuch des Museums weckt.

• Das Museum Mensch und Natur in München zeigt aktuell seine neue Sonderausstellung „Skelette – Choreografen der Bewegung“, die sich Tierskeletten und den Knochen als Wunderwerken der Natur aus verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen nähert.

Überblick

Einen guten Überblick über alle Museen in Bayern gibt die Website <https://museen-in-bayern.de>. Rund 1.300 Museen und Ausstellungshäuser geben dort einen Überblick über ihr Angebot – und lassen schnell ganz neue „Lieblingsmuseen“ entdecken. □



Seit Herbst letzten Jahres gibt es nun auch an der Grund- und Mittelschule Teisnach Jugendsozialarbeit. Das erste Zwischenfazit, das (v.l.) Schulleiter Markus Lemberger, JaS-Fachkraft Melissa Dötsch und Dirk Opitz vom Kreisjugendamt zogen, fiel äußerst positiv aus.

Bild: Horst Blüml, Grund- und Mittelschule Teisnach

Heldinnen und Helden“ erobern eine Stadt in Oberbayern

Lokschuppen präsentiert seit Anfang März neue Ausstellung in Rosenheim

Wer ist Superheld oder Superheldin: der starke Herakles, Batman und Catwoman, Nelson Mandela, Marie Curie oder eher ein Alltagsheld oder eine Alltagsheldin bei der Polizei, der Feuerwehr oder im Pflegeheim? Das Ausstellungszentrum Lokschuppen in Rosenheim geht auf eine ungewöhnliche Spurensuche. Die Ausstellung „Heldinnen und Helden“ eröffnet für die Besucherinnen und Besucher neue Dimensionen. Sie gehen auf eine sehr persönliche Heldenreise voller Erinnerungen, erleben das Heldentum anhand unterschiedlichster Fußabdrücke und Spuren, die ihre Vorbilder hinterlassen haben. Die Veranstalter präsentieren sehenswerte Zeugnisse des Heldentums aus aller Welt. Angefangen vom lebensgroßen „Batmobil“ aus dem Film von Tim Burton und die 3,40 Meter hohe Statue des „Herakles Farnese“ über den Spielerpass von Fritz Walter und die Boxhandschuhe von Muhammad Ali bis hin zu Originalbriefen aus dem ersten Harry Potter Film. Unter den 351 Exponaten sind 192 Originale. „Heldinnen und Helden“ ist eine Ausstellung der Veranstaltungs- + Kongress GmbH Rosenheim (VKR). Sie läuft bis zum 15. 12. 2024.

Rund 145.000 Besucher werden erwartet. „Wir haben 2,4 Mio. Euro investiert“, so VKR-Geschäftsführer Florian Englert. „Unser Ziel ist es, diese Ausgaben zu 90 Prozent durch unsere Gäste zu refinanzieren. Das ist ein Spitzenwert für einen Kulturbetrieb.“

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien Florian Herrmann bezeichnete „Heldinnen & Helden“ als großartige Ausstellung: „Die Geschichten und Taten, die hinter den hier präsentierten ‚Heroes‘ stehen, zeigen uns: Es braucht immer Mut, Willenskraft und Herz, um das Beste aus sich herauszuholen, um ein kleiner oder großer Held zu sein. Unser Leben und unsere Gesellschaft wären um vieles ärmer, ohne diese besonderen Menschen, die den Unterschied ausmachen. Gerade in

unsicheren Zeiten braucht es den Willen, etwas zu gestalten und Vorbild zu sein.“

„Heldinnen und Helden“ bietet weit mehr als einzigartige Exponate in Vitrinen. „Wir zeigen anhand unserer Beispiele, was jemanden zum Helden oder zur Heldin macht“, erläutert die Leiterin des Ausstellungszentrums Lokschuppen Jennifer Morscheiser.

#heROs2024

Erstmals erobert eine Lokschuppen-Ausstellung eine ganze Stadt. Die Veranstaltenden haben zusammen mit unterschiedlichsten Kulturschaffenden, städtischen und freien Trägern, mit Vereinen und Gruppen unter dem Hashtag #heROs2024 ein Rahmenprogramm mit 60 Events organisiert. □



Sie freuten sich über einen gelungenen Workshop: (v.l.) Anika Rothenpieler (Kompetenzzentrum für Ernährung), Franziska Baum und Susanne Dobelke (Vernetzungsstelle Kita- und Schulpflege Oberfranken, AELF Bayreuth-Münchberg), Oberbürgermeister Thomas Ebersberger (Stadt Bayreuth), Anna Bialas, Kitaleiterin Christiane Wolf (Kita Heinersreuth), Kitaleiterin Marianne Schmidt (Kita „Fantaisie“ Donndorf) und Kirstin Köhler (Klimaschutzmanagement Stadt Bayreuth) sowie (vorne v.l.) Carola Kiene (Klimaschutzmanagement Landkreis Bayreuth) und Florian Mädlar (Ansprechpartner Kita Saas). Bild: Stadt Bayreuth

Stadt Bayreuth:

Lebensmittel essen, nicht wegwerfen

Workshop des Kooperationsprojekts „Kitas retten Lebensmittel“ im Rathaus Bayreuth erarbeitet Lösungen gegen Verschwendung

Lebensmittel retten und dabei noch Kosten sparen: Bei einem Workshop zogen die Einrichtungen, die an dem im Oktober 2023 gestarteten Kooperationsprojekt „Kitas retten Lebensmittel“ teilnehmen, eine erste Bilanz. Mit den Klimaschutzmanagements von Stadt und Landkreis, dem Kompetenzzentrum für Ernährung und dem federführenden Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Bayreuth-Münchberg diskutierten sie Herausforderungen und Lösungen.

Bei der Vermeidung von Lebensmittelabfällen nehmen Kindertagesstätten eine Schlüsselrolle ein, denn die durchschnittliche Abfallquote beträgt Studien zufolge 19 Prozent. Das heißt, Kitas haben enormes Potenzial Lebensmittelabfälle einzusparen. Die Ursachen für die Verschwendung sind unterschiedlich. Um Lösungsstrategien zu finden, sollten daher Abläufe, Versorgungsstrukturen und Mahlzeiten der einzelnen Einrichtungen betrachtet werden. Neben dem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln bringt die Reduktion von Lebensmittelabfällen viele Vorteile mit sich: Es können sowohl Kosten für Einkauf und Entsorgung als auch Arbeitszeit, Strom und Wasser gespart werden. Gerade in Zeiten knapper Personalkapazitäten sowie steigender Preise sind dies wichtige Aspekte.

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis nehmen teil

Fünf Kitas aus Stadt und Landkreis Bayreuth haben sich dem Thema angenommen, Lebensmittelabfälle erfasst und Einsparmaßnahmen teilweise schon abgeschlossen. Mit dabei sind die evangelischen Kitas Hei-

nersreuth und Saas, „Sonnenschein“ in Bindlach und „Fantaisie“ in Donndorf sowie das Kinderzentrum „Bergzwerg“ in Bindlach. Genannte Kitas werden

zumeist von einem Caterer beliefert, um den Kindern ein warmes Mittagessen anbieten zu können. Gerade wenn Catering-Unternehmen mehrere Kitas beliefern, gestaltet es sich häufig schwierig, individuelle Bedürfnisse umzusetzen. Eine gute, zeitlich abgestimmte Kommunikation mit dem Caterer birgt dabei großes Potenzial, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen.

Auch personelle Engpässe gehören in beinahe jeder Einrich-

Zukunftsfähigkeit und Klimaschutz unter einem Hut

Qualitätssicherung beim Planen und Bauen Thema des Zukunftsrats-Forums-Lichtenfels.

50 oberfränkische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie 20 Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Ländliche Entwicklung Oberfranken (ALE) kamen Anfang März im Stadtschloss Lichtenfels zum Zukunftsrats-Forum zusammen.

Im Rahmen moderierter Gruppenarbeiten tauschten sie sich lebhaft über Lösungen für zukunftsfähiges und nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen im ländlichen Raum aus. Dabei standen unter anderem die Themen Finanzierung, Selbstverständnis der einzelnen Akteure im ländlichen Raum und Bildung auf dem Programm. „Es hat sich gezeigt, dass den Teilnehmenden vor allem am Herzen liegt, konkrete Beispiele für nachhaltiges Bauen zu zeigen. Zudem wurden die Finanzierung anstehender Projekte sowie der bürokratische Aufwand konstruktiv diskutiert“, so Amtsleiter Lothar Winkler.

Der Zukunftsrat bestand aus 14 zufällig ausgewählten Personen aus Kommunen und Abteilungen des ALE. Sie hatten sich im Vorfeld an zwei Seminartagen intensiv damit auseinandergesetzt, welche Schritte konkreten notwendig sind, um qualitativ hochwertiges und zugleich nachhaltiges Planen und (Um-) Bauen in der Ländlichen Entwicklung zu gewährleisten. Dabei nahmen sie finanzielle und personelle Herausforderungen in den Blick und entwickelten gemeinsam konstruktive und innovative Lösungen. Zukunftsräte und -foren gibt es in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken.

Nachhilfelehrer per App

Raiffeisenbank im Oberland bietet kostenlose Online-Lernunterstützung für mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Raiffeisenbank im Oberland startet ab sofort ein neues Angebot für junge Kunden: Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren bzw. der Klassenstufen 5 bis 13, die ein Jugendgirokonto besitzen oder neu eröffnen, erhalten auf Wunsch kostenlos ein Jahr lang Online-Lernunterstützung und Nachhilfeunterricht im Wert von 1.788 Euro. Möglich macht dies eine Kooperation mit dem führenden digitalen Bildungsanbieter ubiMaster aus Baierbrunn.

Die Raiffeisenbank im Oberland will mit dem ungewöhnlichen Angebot einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten. „Wir sind eine der ersten Banken im Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken, die die Kooperation mit ubiMaster in die Tat umsetzen und ihren Kunden diese Möglichkeit anbieten“, sagt Manfred Klaar, Vorstandssprecher der Raiffeisenbank im Oberland. Er betont die Bedeutung von Bildung für den beruf-

lichen und gesellschaftlichen Werdegang. „Eine solide Schulbildung ist eine der wesentlichen Grundlagen für den Wohlstand unserer Region“, so Klaar. Der gleichberechtigte Zugang zu Bildungsangeboten sei essenziell, um jedem die Chance zu geben, seine Talente und Visionen zu entwickeln. Fehlende Bildung erhöhe das Risiko von Armut und könne den Zugang zum Arbeitsmarkt gefährden. Die Raiffeisenbank im Oberland engagie-

re sich daher aktiv für Aktivitäten, die zu wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe befähigen. „Mit diesem Angebot bieten wir effektive Lernunterstützung und damit einen echten Mehrwert für unsere jungen Kundinnen und Kunden“, erklärt Manfred Klaar. „Und das Ganze zeitgemäß, digital und ohne Stress für Eltern und Schüler, Nachhilfelehrer zu suchen und Termine abzustimmen.“

1:1-Beratung

Und so einfach funktioniert's: Die jungen Kundinnen und Kunden der Raiffeisenbank im Oberland erhalten für ein Jahr einen kostenlosen unbegrenzten Zugang zur ubiMaster-App. Nach

dem zum Alltag. Es fehlt mitunter die Zeit, Maßnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung im Team abzustimmen und umzusetzen. Großen Raum nahmen auch Hygieneauflagen und Haftungsansprüche ein.

Trotzdem zeigte die Veranstaltung, dass etliche Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurden. So wurden Kommunikationsformate von Elternabenden über die Mitarbeit der Kinder erprobt und Gespräche mit Caterern und Trägern geführt – und das mit Erfolg. Dadurch konnte nicht nur ein Teil der Lebensmittelabfälle in Form von Teller- und Ausgaberesten eingespart werden. Außerdem wurden die beteiligten Personen sensibilisiert und einbezogen, was das Projekt nicht nur auf Organisations- sondern auch auf Gemeinschaftsebene zum Gemeinschaftsprojekt macht.

„Vorreiter in der Kitalandschaft“

„Die beteiligten Kitas haben sich schon jetzt als Vorreiter in der Kitalandschaft hervor“, bestätigt Susanne Dobelke, Leiterin des Sachgebiets Gemeinschaftsverpflegung und der Vernetzungsstelle Kita- und Schulpflege Oberfranken. Sie zeigen, welche Schlüsselrolle soziale Einrichtungen in der Reduzierung von Lebensmittelabfällen haben.

Der Prozess zu weniger Lebensmittelverschwendung noch Zeit braucht, wurde im Projekt-Verlauf deutlich. So konnten die Kitas diverse Maßnahmen ausmachen, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Deswegen wird es eine dritte Erfassungsrunde geben, in der die weitere Entwicklung analysiert werden soll. Am 6. Juni werden die Ergebnisse im Rahmen einer öffentlichen Infoveranstaltung präsentiert. □

Region Oberland:

Fortschreibung des Regionalplans

Teilfortschreibung Windkraft

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung über die weitere Vorgehensweise zur Fortschreibung Windkraft beraten.

Die Sitzung des Planungsausschusses wurde für alle Verbandsmitglieder, d.h. für alle 94 Kommunen der Region, per Videokonferenz übertragen. Mitglieder des Planungsverbandes der Region Oberland sind die Landkreise Bad Tölz Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Weilheim-Schongau sowie ihre 94 Kommunen. Verbandsvorsitzender ist Landrat Josef Niedermaier. Die Geschäftsführerin des Planungsverbandes ist Frau Sabine Holzinger, die Geschäftsstelle des Planungsverbandes hat ihren Sitz im Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen.

Hintergrund

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes der Region Oberland hat in seiner Sitzung im Oktober 2022 die Teilfortschreibung des Regionalplans Windkraft beschlossen. Gemäß des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) müssen alle Regionen in Bayern 1,1 Prozent der Regionsfläche bis zum 31.12.2027 als Vorranggebiete für Windenergie festlegen. In einem weiteren Schritt muss Bayern 1,8 Prozent der Landesfläche bis zum 31.12.2032 als Windenergiegebiete nachweisen. Inwieweit diese 1,8 Prozent der bayerischen Landesfläche regional ausdifferenziert auf die Planungsregionen in Bayern aufgeteilt werden, ist derzeit noch nicht bekannt.

In der Sitzung des Planungsausschusses im Juli 2023 wurden vorläufige Suchräume vorgestellt, die für eine Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie geeignet sein könnten. Diese vorläufigen Suchräume wurden ermittelt, indem Flächen ausgetrennt wurden, die nicht für die Windenergienutzung geeignet sind (z.B. ausreichende Abstände zu Siedlungen, schutzwürdige Naturräume, Bereiche mit zu geringen Windgeschwindigkeiten

etc.). Im Anschluss wurden die vorläufigen Suchräume hinsichtlich weiterer Fachbelange untersucht und auf dieser Grundlage weiter eingegrenzt.

In der Sitzung im März 2024 hat der Planungsverband über den aktuellen Stand der Windkraft-Fortschreibung informiert:

Der Planungsverband hat die in der Sitzung vom Juli 2023 vorgestellten Suchräume für Vorranggebiete für Windenergieanlagen weiter untersucht. Die ursprüngliche Suchraumkulisse wurde hierbei nochmals reduziert, z. B. aufgrund militärischer Einschränkungen und zugunsten des Artenschutzes. Es ist mit weiteren Konflikten mit verschiedenen Belangen zu rechnen, die zu einer weiteren Verkleinerung der Suchräume führen können. Diese konfliktträchtigen Suchräume können aber zum aktuellen Zeitpunkt nicht von vornherein ausgeschlossen werden, da noch keine abschließende Klärung möglich ist.

Innerhalb dieser Suchräume wird nun weiter geprüft und abgewogen, in welchen dieser Flächen grundsätzlich Vorranggebiete ausgewiesen werden könnten. Hierbei wirken die Gemeinden, Städte und Landkreise mit.

Den Bedürfnissen gerecht

Im nächsten Schritt werden ab April 2024 informelle Vorgespräche mit den Kommunen geführt. Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, das den örtlichen Bedürfnissen entspricht. Sobald ein Entwurf mit der Darstellung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen fertiggestellt ist und der Planungsausschuss darüber beraten hat, wird dieser zur Einsicht ausgelegt. Alle betroffenen Kommunen, Behörden und die Öffentlichkeit erhalten dann die Möglichkeit, ihre Belange in den Planungsprozess einzubringen. □

IPS Intelligent Video Software

Alarmsituationen automatisch erkennen, bevor sie entstehen. Hochstabil und verlässlich.

Videosicherheit ist intelligente Videoüberwachung mit IPS-Faktor.

Besonders. Sicher. securiton.de/ips-faktor

SECURITON

Mehr zum Thema unter: www.oberlandbank.de/ubimaster □



Landesverband Frauenlisten e.V. zu Besuch bei Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Bild: Landesverband Frauenlisten

Landesverband Frauenlisten Bayern e.V.:

Vom Land in die Stadt

Sternfahrt zu Ilse Aigner

Eine München Premiere: Mitte März besuchten 13 der insgesamt 27 bayerischen Frauenlisten auf Einladung von Ilse Aigner den Landtag.

Rund 65 politisch engagierte Frauen und Mandatsträgerinnen aus ländlichen Kommunen kamen aus allen Richtungen und Regierungsbezirken im Maximilianeum zusammen. Dazu hatte sich die Landtagspräsidentin die Zeit genommen, die Damen im Plenarsaal zu begrüßen und Fragen zu beantworten.

wünschte sich mehr Förderung vom Land – speziell für parteilose Frauen.

Alle Anwesenden waren sich einig: Für demokratische, nachhaltige Entscheidungen müssen mehr Frauen vor allem in den ländlichen Gebieten politisch aktiv werden.

„Frauen, traut Euch!“

Themenvielfalt

Themen wie der raue Umgangston und die mangelnde Diskussionskultur innerhalb politischer Gremien wurden angeschnitten, das Genderverbot, aber auch soziale Probleme, wie z.B. die steigende Zahl von obdachlosen Frauen wurden thematisiert.

Ilse Aigner ließ die Zuhörerinnen über Ihre persönlichen Erfahrungen mit dem niedrigen Frauenanteil in der Politik von Beginn ihrer Karriere bis heute teilhaben. Aus dem Plenum erhielt sie Lob für Ihre Arbeit in der Sitzungsleitung und besonders aktuell in der Verwaltung des Landtags.

Unterstützung für Frauen

Die Vorsitzende des Landesverbandes der Frauenlisten Bayern e.V., Andrea Hinterwaldner,

Seid selbstbewusster!“ mit diesem Appell verabschiedete sich Landtagspräsidentin Ilse Aigner von den Teilnehmerinnen der Sternfahrt. □

Landkreise Dillingen und Günzburg:

„Gesundheitsversorgung überregional betrachten“

Die medizinische Landschaft unterliegt aktuell gravierenden Veränderungen. Vor allem der zunehmende Mangel an qualifiziertem Fachpersonal, sowohl in der Pflege wie im ärztlichen Bereich stellt dabei viele Patientinnen und Patienten vor große Herausforderungen. Aufgrund der fortschreitenden demographischen Entwicklung gestalten sich die Suche nach Arztterminen aber auch die Suche eines Allgemein- oder Facharztes immer schwieriger. Gleichzeitig verstärkt die zu erwartende Krankenhausstrukturreform den Druck auf das Gesundheitssystem, da eine Vielzahl von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich verlagert werden soll. Zudem werden durch neue personelle Mindeststandards im Bereich der Kliniken auch weiter Veränderungen auf den Kliniksektor zu kommen. Aber auch die fortschreitende Digitalisierung wird sich intensiv auf die Art der medizinischen Diagnostik und damit auch auf Strukturen der medizinischen Versorgung auswirken. Gleichzeitig haben sich auch die Kreiskliniken der beiden Landkreise Dillingen und Günzburg bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, ihre Strukturen neu aufzustellen.

Um diesen Prozess aktiv zu gestalten und nicht nur von den demographischen, wirtschaftlichen und vor allem gesetzgeberischen Vorgaben getrieben zu werden, wollen die Landkreise Dillingen und Günzburg ihre Gesundheitsversorgung gemeinsam betrachten und eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für viele künftige Weichenstellungen schaffen.

Machbarkeitsstudie

Das haben die beiden Landräte Markus Müller und Dr. Hans Reichhart sowie die Kreiskliniken Dillingen-Wertingen und Günzburg-Krumbach nach intensiven Beratungen mit den verantwortlichen Gremien beschlossen. In Rücksprache mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium als Planungsbehörde soll nun eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Ziel ist, die Möglichkeiten strategischer Ko-

operationen zur wohnortnahen Patientenversorgung der Bevölkerung zu analysieren und zu bewerten. Dabei wird die gesamte Versorgungsregion Nord- und Mittelschwaben betrachtet. Die Landkreise Dillingen und Günzburg gehen somit einen innovativen, von Planungsbehörde und Landkreistag vorgeschlagenen Weg, Medizinversorgung ganzheitlich und überregional zu denken. „Wir stehen wie viele Kommunen vor großen Herausforderungen im Gesundheitswesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Dillingen können wir diesen Herausforderungen gestärkt begegnen und so die wohnortnahe Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Die Machbarkeitsstudie ist dabei ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung“, erläutert der Günzburger Landrat Reichhart. „Uns vereint die Zielsetzung, gerade die Grund- und Notfallversorgung in den Land-

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich habe das Privileg und die Freude, als Landrat des Landkreises Aschaffenburg, dem nordwestlichsten Eingangstor zum Freistaat mit seinen rund 177.000 Einwohnerinnen und Einwohnern arbeiten zu dürfen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Hauptamtlicher Arbeitsbeginn war der 1. Mai 2020. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Jurastudium in Würzburg und Poitiers (F) sowie den sich daran anschließenden Referendariatsstationen in Aschaffenburg, Brüssel und Ingolstadt habe ich zunächst als Rechtsanwalt gearbeitet, zuletzt als Fachanwalt für Verwaltungsrecht und durfte von September 2011 bis April 2020 als hauptamtlicher Bürgermeister meiner Heimatstadt Alzenau deren Entwicklung mit gestalten.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Erkenntnis, tatsächlich, zeitnah und unmittelbar etwas bewegen und eigene Ideen umsetzen zu können und dabei in der Regel auch unmittelbar Rückmeldung zu Ideen und getroffenen Entscheidungen zu erhalten. Vor allem begeistert mich nach wie vor die Viel-

Dr. Alexander Legler

Landrat Landkreis Aschaffenburg

falt der mit der Kommunalpolitik verbundenen Begegnungen sowie all der Aufgaben und Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung von Lebensqualität für das eigene Umfeld.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

In jedem Fall auch für Arbeit als Landrat zugute kamen mir meine Erfahrungen als Stadtrat von Alzenau, in den ich 2002 gewählt wurde, als zunächst Zweiter Bürgermeister ab 2008 und anschließend seit 2011 als Erster Bürgermeister sowie seit 2008 auch als Mitglied des Aschaffener Kreistags.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Nahezu ausschließlich in der Bewältigung der Corona-Pandemie mit all ihren damit verbundenen und seinerzeit nahezu täglich neuen Herausforderungen.

Abgesehen davon galt es, den weiteren Ausbau der lange schon begonnenen Digitalisierung unserer Schulen voranzutreiben, den Ausbau unseres Landratsamtes abzuschließen sowie die Fortführung der Optimierung unseres ÖPNV zu begleiten.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

In Stichworte und Schwerpunkte gefasst sind das derer fünf: Flüchtlinge, Klinikum, Finanzen sowie Biosphärenregion und Energiewerk.

Die Zuweisungen an Geflüchteten halten auch bei uns ungebrochen an mit der Folge einer weiterhin massiven Überlastung der Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen unserer Rathäuser und im Landratsamt. Unterkünfte bleiben Mangelware; eine adäquate Betreuung und Integration ist nahezu weiter unmöglich und die Akzeptanz vor Ort sinkt, nach meinem Empfinden, deutlich.

Unser gemeinsam mit der Stadt Aschaffenburg getragenes Klinikum kämpft mit einem Defizit von rund 40 Millionen Euro, das wir zur Hälfte mit der Stadt Aschaffenburg zu tragen haben, davon abgesehen bringen wir fortlaufend strukturelle Veränderungen unseres Hauses voran und seitens des Bundes werden wir mangels Problembewusstsein der Ämter für die Nöte der Kliniken und dem Ausbleiben einer klugen Reform weiter alleine gelassen.

Klinik-Defizit, Personalkostensteigerungen, inflationsbedingte Mehrkosten sowie massive Kostensteigerungen bei der Realisierung von Vorhaben führen mehr und mehr zu knappen Kassen unserer Gemeinden und damit auch des Landkreises, so dass auch wir mehr und mehr zum Verwalten verdammt sind, statt aktiv gestalten zu können mit der Folge, dass vor allem ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik nicht an Attraktivität gewinnt und die Unzufriedenheit vor Ort gegenüber kommunalen Mandatsträgern auch angesichts unumgänglicher Gebührenerhöhungen, für die es sehr oft an Verständnis fehlt, zumindest nicht weniger wird.

Im Sinne der Nachhaltigkeit, gerade mit Blick auf künftige Generationen sowie zur Steigerung der Attraktivität unserer Region haben wir uns gemeinsam mit den Landkreisen Miltenberg und Main-Spessart sowie der Stadt Aschaffenburg auf den Weg gemacht, UNESCO-Biosphärenregion zu werden, was uns jedenfalls dann gelingen wird, wenn unsere Gemeinden in den Landkreisen diesen Pfad mitgehen wollen. Derzeit finden Informationsveranstaltungen und Abfragen in den Gemeinden statt, nachdem die für eine Bewerbung als Grundvoraussetzung erforderliche Machbarkeitsstudie die grundsätzliche Machbarkeit unserer Region als Biosphäre mit all ihren Vorzügen, unter anderem auch gegenüber einem Naturpark, der wir als Landschaftsraum Spessart bereits sind, oder in Bezug auf einen National-

park mit seinen deutlich restriktiveren Vorgaben, bejaht hat.

Schließlich werden wir den von uns eingeschlagenen Weg zum Klimaneutralen Landkreis weiter vorangehen und unser gemeinsam mit den Gemeinden gegründetes Energiewerk mit Leben erfüllen und die anstehenden Windkraft- und PV-Vorhaben realisieren mit dem Ziel, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt und sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aktiv daran beteiligen können.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Eine Daueraufgabe bleibt die Sicherung unseres Klinikums Aschaffenburg-Alzenau als kommunales Haus mit seinem umfassenden Leistungsspektrum als Haus der Maximalversorgung inklusive aller damit verbundenen finanziellen und personellen Herausforderungen. Auf Dauer beschäftigen wird uns auch die Bewältigung der massiven Flüchtlingszahlen vor Ort mit allen sich daraus ergebenden Folgeaufgaben. Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin unserer Vorreiterrolle bei der Digitalisierung unserer Schulen gerecht bleiben, den ÖPNV und unser Radwegenetz weiter ausbauen, unser Energiewerk mit Projekten füllen sowie dem sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel auch in den Verwaltungen Herr werden und uns ebenso erfolgreich den demographischen Veränderungen stellen mit dem Ziel, auch weiterhin eine bestmögliche Pflege und medizinische Versorgung in unserem Landkreis sicherzustellen, insbesondere auch in den ländlich geprägten Regionen des Landkreises. Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Einen Rat habe ich nicht im Angebot, weder einen wichtigen noch sonst einen, eher einen Strauß an Empfehlungen, die mir bislang nicht geschadet haben, so z. B.: geht nicht, gibt's nicht, nicht unterkriegen und ärgern lassen, sowie sich nicht grämen darüber, was sich im Nachhinein nicht mehr ändern lässt!

Vor allem aber: offen bleiben für die Menschen, auf sie zugehen, zuhören, sie rechtzeitig in Vorhaben einbinden sowie kritikfähig und in der Lage bleiben, sich immer wieder selbst zu hinterfragen und die eigene Meinung zu korrigieren!

In jedem Fall braucht es ein selbstbewusstes Umfeld auf Augenhöhe und damit couragierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jederzeit kritisch loyal sind, keine Scheu haben, Entscheidungen zu treffen, auch neue Wege einzuschlagen und insbesondere dem Chef mit einer klaren Meinung entgegenzutreten, erst recht, wenn sie nicht der Meinung des Chefs entspricht!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Frühzeitig mit Vorschlägen und Ideen, aber auch mit Herausforderungen und Problemstellungen in den Austausch gehen, das Gespräch suchen und sich Rückmeldungen einholen und bei Bedarf nach tragbaren Lösungen bzw. gangbaren Kompromissen suchen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir werden schon allein aufgrund des sich auch in unseren Verwaltungen abzeichnenden massiven Personalmanagements nicht umhin kommen, mehr und mehr Prozesse zu digitalisieren, nicht nur im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, um sich Wege ins Amt zu ersparen, Fragen ohne unmittelbare Vorsprache beantwortet zu bekommen sowie zu jeder Zeit Anträge stellen zu können, sondern auch dann, wenn es darum geht, Verfahren z.B. zur Bescheidserstellung standardisiert und damit immer auch zügig und weiterhin zur Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger abarbeiten zu können..

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nicht wirklich. Aber bislang gut gefahren bin ich mit der Einstellung: Aufgeben gilt nicht! Nicht ärgern lassen von nichts und niemandem (Anmerkung: gelingt meistens 😊) und dem Grundsatz: Bevor ich mich aufrege, ist es mir lieber egal (Anmerkung: gelingt ebenfalls meistens 😊)!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Bis sich diese Frage praktisch – und wenn überhaupt – eines Tages stellt, bleibt hoffentlich noch viel Zeit, schließlich bin ich mit 46 Jahren noch jung 😊, habe noch viel vor und eine Menge an Ideen.

Sollte diese Frage aber dann doch irgendwann einmal zur Beantwortung anstehen, dann gerne als jemand, von dem die Menschen überzeugt sind, er hat ihnen zugehört, sie ernst genommen, war ihnen aufrichtig und authentisch gegenüber und hat ihnen im Rahmen seiner Möglichkeiten geholfen und dabei zugleich mitgewirkt daran, entsprechend dem Motto unserer unvergessenen Barbara Stamm unsere Welt ein kleines Stück weit besser gemacht zu haben! □

GZ ZU GAST BEI ...



Auf Dauer beschäftigen wird uns auch die Bewältigung der massiven Flüchtlingszahlen vor Ort mit allen sich daraus ergebenden Folgeaufgaben.

Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin unserer Vorreiterrolle bei der Digitalisierung unserer Schulen gerecht bleiben, den ÖPNV und unser Radwegenetz weiter ausbauen, unser Energiewerk mit Projekten füllen sowie dem sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel auch in den Verwaltungen Herr werden und uns ebenso erfolgreich den demographischen Veränderungen stellen mit dem Ziel, auch weiterhin eine bestmögliche Pflege und medizinische Versorgung in unserem Landkreis sicherzustellen, insbesondere auch in den ländlich geprägten Regionen des Landkreises.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Einen Rat habe ich nicht im Angebot, weder einen wichtigen noch sonst einen, eher einen Strauß an Empfehlungen, die mir bislang nicht geschadet haben, so z. B.: geht nicht, gibt's nicht, nicht unterkriegen und ärgern lassen, sowie sich nicht grämen darüber, was sich im Nachhinein nicht mehr ändern lässt!

Vor allem aber: offen bleiben für die Menschen, auf sie zugehen, zuhören, sie rechtzeitig in Vorhaben einbinden sowie kritikfähig und in der Lage bleiben, sich immer wieder selbst zu hinterfragen und die eigene Meinung zu korrigieren!

In jedem Fall braucht es ein selbstbewusstes Umfeld auf Augenhöhe und damit couragierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jederzeit kritisch loyal sind, keine Scheu haben, Entscheidungen zu treffen, auch neue Wege einzuschlagen und insbesondere dem Chef mit einer klaren Meinung entgegenzutreten, erst recht, wenn sie nicht der Meinung des Chefs entspricht!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Frühzeitig mit Vorschlägen und Ideen, aber auch mit Herausforderungen und Problemstellungen in den Austausch gehen, das Gespräch suchen und sich Rückmeldungen einholen und bei Bedarf nach tragbaren Lösungen bzw. gangbaren Kompromissen suchen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir werden schon allein aufgrund des sich auch in unseren Verwaltungen abzeichnenden massiven Personalmanagements nicht umhin kommen, mehr und mehr Prozesse zu digitalisieren, nicht nur im Sinne der Bürgerfreundlichkeit, um sich Wege ins Amt zu ersparen, Fragen ohne unmittelbare Vorsprache beantwortet zu bekommen sowie zu jeder Zeit Anträge stellen zu können, sondern auch dann, wenn es darum geht, Verfahren z.B. zur Bescheidserstellung standardisiert und damit immer auch zügig und weiterhin zur Zufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger abarbeiten zu können..

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nicht wirklich. Aber bislang gut gefahren bin ich mit der Einstellung: Aufgeben gilt nicht! Nicht ärgern lassen von nichts und niemandem (Anmerkung: gelingt meistens 😊) und dem Grundsatz: Bevor ich mich aufrege, ist es mir lieber egal (Anmerkung: gelingt ebenfalls meistens 😊)!

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Bis sich diese Frage praktisch – und wenn überhaupt – eines Tages stellt, bleibt hoffentlich noch viel Zeit, schließlich bin ich mit 46 Jahren noch jung 😊, habe noch viel vor und eine Menge an Ideen.

Sollte diese Frage aber dann doch irgendwann einmal zur Beantwortung anstehen, dann gerne als jemand, von dem die Menschen überzeugt sind, er hat ihnen zugehört, sie ernst genommen, war ihnen aufrichtig und authentisch gegenüber und hat ihnen im Rahmen seiner Möglichkeiten geholfen und dabei zugleich mitgewirkt daran, entsprechend dem Motto unserer unvergessenen Barbara Stamm unsere Welt ein kleines Stück weit besser gemacht zu haben! □

den Ansatz: „Die medizinische Landschaft steht vor einer nie dagewesenen Veränderung und daher gilt es, gemeinsam zu denken und gemeinsam zu agieren: Über Landkreise, Krankenhäuser und Sektoren hinweg. Wir werden daher die medizinische Versorgungssituation in der Region betrachten – unser Ziel ist es, eine starke Versorgung auf- und auszubauen, die die medizinische Versorgungsqualität on top setzt. Wir setzen darauf, aus einer gemeinsamen Stärke heraus uns für die Zukunft aufzustellen.“

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie soll zunächst die ambulante, die stationäre und die Notfallversorgung landkreisübergrei-

end analysiert werden. Daraus soll eine sektorenübergreifende, abgestufte und nachhaltige Medizinstrategie für die Bevölkerung und alle Beteiligten im Gesundheitswesen vor Ort entwickelt werden. Erste Ergebnisse sollen noch vor der Sommerpause vorliegen. Beide Landkreise machen sich also frühzeitig auf den Weg zu übergreifenden und abgestimmten wohnortnahen Versorgungskonzepten für die Gesundheit der Bürger.

Die Gesundheitsversorgung ist damit nach der Zusammenarbeit im Tourismus ein weiterer Bereich, bei dem die Landkreise Günzburg und Dillingen ihre Kräfte bündeln. □

Nie dagewesene Veränderung

Sonja Greschner, Geschäftsführerin der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen, sieht die Zukunft in einem landkreisübergreifen-

Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern:

Gestaltung der Energiewende läuft auf Hochtouren

„Die niederbayerischen Landkreise, Städte und Gemeinden zeigen, wie Energiewende funktioniert“, betonte Präsident Rainer Haselbeck bei einer Informationsveranstaltung der Regierung von Niederbayern in Ergolding. Hundert Landräte und Bürgermeister zeigten den gemeinsamen Austausch und setzten somit ein starkes Zeichen den Weg der nachhaltigen Energiezukunft gemeinsam zu gehen.

Dass Niederbayern in Sachen erneuerbare Energien bayern- und bundesweit Spitzenreiter ist, sei das Verdienst der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger, die den Wandel vor Ort engagiert gestalten und voranbringen, betonte Haselbeck. An die 90 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs Niederbayerns werde rechnerisch schon heute mit regenerativen Energien erzeugt. Um das Ziel „saubere, sichere und vor allem bezahlbare Energie“ zu erreichen, sei es erforderlich, „unser Know-how und unsere Stärken“ zu bündeln. „Diese Jahrhundertaufgabe kann nur im engen Schulterschluss mit den Kommunen, den Bürgern und Unternehmen gestemmt werden“, unterstrich der Regierungspräsident.

Nachbarschaftlicher Zusammenschluss

Einen Überblick zum kürzlich in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz (WPG) und dem Umsetzungsstand in Bayern gab

Wirtschaftsreferent Florian Gleich vom Bayerischen Städtetag. Er verwies darauf, dass in der zweiten Jahreshälfte zum WPG noch eine Ausführungsverordnung erlassen werden solle. Zu erwarten sei dabei, dass die Städte und Gemeinden als planungsverantwortliche Stellen für die Wärmeplanung festgelegt werden. Nach dem Konnexitätsprinzip erfordere dies aber auch einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die Kommunen. Die kommunalen Spitzenverbände stünden hier in enger Abstimmung mit den betroffenen Ministerien. Exemplarisch für den noch anstehenden Regelungsbedarf sei der Anschluss- und Nutzungszwang bei Wärmenetzen, der durchgesetzt werden müsse, um finanzielle Risiken bei kommunalen Wärmeversorgungsprojekten zu begrenzen. Gleich empfahl, sich bei der Wärmeplanung möglichst mit benachbarten Kommunen zusammenzuschließen, um Wärmepotenziale gemeinsam zu nutzen und kosteneffizient zu arbeiten.

Beispiel Markt Bad Abbach

Eine Vorreiterrolle im Bereich der kommunalen Wärmeplanung nimmt in Niederbayern der Markt Bad Abbach ein: Dort läuft seit vergangenerem Jahr ein Pilotprojekt des Bayernwerks, in dem konkrete Maßnahmen zur Umgestaltung der Wärmeerzeugung im Kurort an der Donau entwickelt werden sollen. Laut Erstem Bürgermeister Dr. Benedikt Grünwald ist es das Ziel aller Beteilig-

ten, nach einer notwendigen und sehr gründlichen Bestandsanalyse zu konkreten Umsetzungsplänen zu kommen, die wirtschaftlich und technisch sinnvolle Energielösungen für Bad Abbach aufzeigen. Wie der Rathauschef erläuterte, müsse man stets die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten, wofür auf Jahrzehnte verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich seien. Wichtig sei es vor allem, rechtzeitig die Großverbraucher in der Gemeinde mit ins Boot zu holen.

Schlüssel für Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung

Die kommunale Planungshoheit als starkes Steuerungselement hob Dr. Christian Hofer vom Bayerischen Landkreistag hervor. Eine frühzeitige und gezielte Sicherung und Steuerung von Entwicklungsflächen für erneuerbare Energien könne der Schlüssel für mehr Akzeptanz und kommunale Wertschöpfung in der Energiewende sein. Um komplexe Aufgaben zu lösen und gemeinsam von der Energiewende zu profitieren, sei ein Zusammenschluss von Kommunen in Form von Regionalwerken empfehlenswert.

Wie Ludwig Friedl von der Energieagentur Regensburg darlegte, sei nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch deren Speicherung zunehmend bedeutsam. Funktionierende Speichertechnologien seien bereits verfügbar und würden bei künftig geplanten Vorhaben noch an Wichtigkeit gewinnen. Auch Friedl wies darauf hin, dass eine frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung die Akzeptanz für etwaige Projekte vor Ort erhöhen könne. Dabei gelte es vor allem, Vorurteile abzubauen. **DK**

Landkreis München:

Erfolgreicher Start für das Klimaanpassungskonzept

Landkreis und Kommunen arbeiten gemeinsam an Lösungen für eine klimaresiliente Zukunft

Klimaanpassung ist deutschlandweit bereits in vielen Kommunen eine Erfolgsgeschichte. Investitionen in Klimaanpassung sind Investitionen in eine lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, eine widerstandsfähige Wirtschaft, die Gesundheit, Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Auch der Landkreis München hat sich zusammen mit 27 beteiligten Kommunen dazu entschlossen, bis Ende 2025 ein Klimafolgenanpassungskonzept zu erstellen. Dieses soll die Grundlage für eine umfassende und effektive Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels schaffen. Mitte März fiel im Festsaal des Landratsamts der Startschuss für das Projekt.

Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene. Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, soll in den kommenden Jahren ein Klimaanpassungskonzept für den Landkreis erarbeitet werden, mithilfe dessen gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden können. Im Rahmen des Konzepts werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt werden. Basierend auf den identifizierten Vulnerabilitäten werden maßgeschneiderte Anpassungsstrategien entwickelt, um den Landkreis widerstandsfähiger gegen-

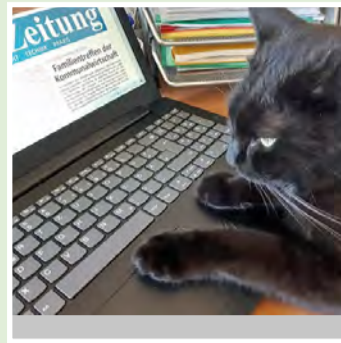
über Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen zu machen. Mit der Klimaanpassung gehen zusätzliche Vorteile einher: Neben der Minderung von Risiken und Schäden kann sie zu einer Verbesserung der Lebensqualität insbesondere für zukünftige Generationen, zur Schonung und Erhaltung natürlicher Ressourcen sowie zu wirtschaftlichen Chancen führen.

Auftaktveranstaltung Mitte März

Mitte März fand nun der Auftakt zum „Integrierten Klimaanpassungskonzept für den Landkreis München und seine kreisangehörigen Kommunen“ im Landratsamt München statt. Eingeladen waren neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern insbesondere die Klima- und Umweltreferenten der Kommunen sowie Vertreter-

GZ PINOS WELT

Der Bürgermeister erzählt derzeit gerne eine Geschichte, in der es um einen Brief eines Jugendlichen an Bundeswirtschaftsminister Habeck geht. Jener junge Mann schildert eine Geschäftsidee. Er verteilte morgens vor der Schule in seiner Nachbarschaft die aktuellen Tageszeitungen und sonntags in einem etwas größerem Umfeld Sonntagszeitungen. Da immer mehr Sonntagszeitungen jetzt bereits am Samstag erschienen und überhaupt die Nachfrage nach Zeitungen zurückgehe, wolle er seinen Kunden in Zukunft anbieten, mit der Zeitung auch Semmeln, Brez'n oder anderes Frühstücksgebäck zu liefern. Auch eine Expansion habe er als langfristige denkender Jungunternehmer im Auge: Backwaren für Nichtzeitungsleser, weil diese Zielgruppe stetig wächst. Das alles wolle er nicht mit seinem alten Mofa erledigen, sondern per Fahrrad. Damit dieses umsetzbar sei, hätte er gern einen Bundeszu-



vestition in Sachen Chips planen Wolfspeed und ZF im kleinen Saarland. Zwar beläuft sich die Investitionssumme auf nur 2,7 Milliarden Euro, die Konzerne haben aber schon klar bekundet, dass der Löwenanteil aus staatlichen Zuwendungen bestehen muss oder es isch over.

Zudem fügt sich Termin an Termin, bei dem der Bundeswirtschaftsminister mit maximaler PR-Show Förderbescheide an Stahlunternehmen und andere energieintensive Produzenten übergibt, mit denen die Umstellung auf klimaneutrale Energien, vorzugsweise grünen Wasserstoff, gefördert werden soll.

Wundert es da, wenn so Fake-Geschichten wie die vom geplanten Semmelexpress die Runde machen? Klar, es gibt einen großen Investitionsfonds in Amerika und China subventioniert seine staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, als ob Geld Konfetti wäre (was der Renminbi auch bald werden könnte). Aber ist es wirklich klug, auf dieses Karussell aufzuspringen und nach dem Gießkannenprinzip oder auf Zuruf Steuergelder unter die Leute zu bringen? Wäre nicht zuerst eine Grundsanierung der Standortbedingungen sinnvoller?

Wenn Unternehmen nur noch investieren, weil sie Subventionen erhalten, dann läuft etwas schief. Wenn man sich den Luxus eines Hochsteuerlandes erlaubt, das Unternehmensgewinne mit mehr als 30 Prozent besteuert und auch noch den Solidaritätszuschlag am verfassungsrechtlich bedenklichen Leben erhält, dann sind doch Subventionen nur vor die Klammer gezogene Steuergutschriften für wenige Auserwählte. Der Rest, kleine Handwerker und Mittelständler, müssen sich krummlegen, damit der Kanzler, der Wirtschaftsminister und die Ministerpräsidentin in einer saarländischen Industriearbeitersilenziumskammer in die Kamera halten können.

Was sind dagegen die Bauchaufschwünge, die Gemeinden machen müssen, wollen sie mal die Ansiedlung eines Betriebes durch ein verbilligtes Grundstück fördern. Dann wird immer schnell die Gleichheitskeule geschwungen. Aber im Großen erinnert sich niemand an den Satz des ehemaligen britischen Premiers Harold Macmillan: „Staatliche Planwirtschaft ist wie ein prachtvoller Baum mit weit ausladender Krone. In seinem Schatten wächst nichts.“

Deutschland hat schwere Subventionitis

schuss zum Kauf eines solchen als Transformationshilfe. Ein ausreichend robustes wie leichtgängiges Rad sei schon für 1.200 Euro zu haben. Seine Eigenleistung läge entsprechend dem jüngsten Kassensturz bei 300 Euro, 150 gäben seine Eltern dazu, so dass der Bund nur noch 750 Euro Zuschuss für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität und für die Förderung eines in guter deutscher Tradition völlig analogen Start-ups beisteuern müsse.

Gut, diese Geschichte dürfte eher in die Kategorie „wenn nicht wahr, so gut erfunden“ gehören, aber sie kommt beim Erzählen immer gut an und die Kernbotschaft versteht jeder (Zeitungsläser): Deutschland hat schwere Subventionitis.

So erhält der schwedische Konzern Northvolt für den Bau einer Batteriefabrik im Land zwischen den kalten Meeren 902 Millionen Staatsknete, obwohl der auf einem Auftragsbestand von 50 Milliarden Euro sitzt. In Magdeburg will der Weltkonzern Intel 30 Milliarden Euro in eine Chipfabrik investieren, wovon 9,9 Milliarden aus öffentlichen Kassen kommen sollen. Also machen die Subventionen weiiiiit unter einem Drittel der Investitionssumme aus. Eine kleinere In-

rinnen und Vertreter externer Organisationen. Rund eineinhalb Stunden dauerte die Veranstaltung, die aus zwei Vorträgen und einem interaktiven Teil bestand. Luisa Ehmke, Klimaanpassungsmanagerin im Landratsamt München, gab einen Überblick über den Ablauf der Konzepterstellung, die Zielsetzungen sowie die geplante Akteursbeteiligung. Im Anschluss stellten Vertreterinnen der beiden begleitenden Fachbüros die Bedeutung der interkommunalen Klimaanpassung sowie erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu den Klimaveränderungen im Landkreis München vor.

Danach hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, Erkenntnisse zu schildern und in den Austausch mit den anderen kreisangehörigen Kommunen zu treten. Dabei wurden bereits erste Betroffenheiten in den Kommunen identifiziert und diskutiert.

Hitzeinseln

Aus den letzten Jahren sind Ereignisse wie Hochwasser, Hagel, hohe Schneelasten und Hangrutsche im Landkreis bekannt, aber auch Infrastrukturen, wie Kläranlagen und Energieversorgung sind betroffen. Ergebnisse wie die Bildung von Hitzeinseln, die eigentlich in jeder Kommune lokalisiert werden können, regten gerade die Vertreterinnen und Vertreter aus benachbarten Kommunen zu Gesprächen an.

Die direkte Einbindung der Teilnehmer aus den beteiligten Kommunen, dem Landratsamt sowie von externen Organisationen aus dem Landkreis ist ein wesentlicher Baustein, um gemeinsam Strategien zu entwi-

ckeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten sind. Dies wird im Rahmen des zweijährigen Projektes mithilfe mehrerer Workshops fortgeführt.

Online-Befragung

In den kommenden Wochen wird es zudem eine Online-Befragung der Beteiligten geben, um konkret und im Detail Erfahrungen mit den Folgen des Klimawandels und Betroffenheiten zu erfassen und bewerten zu können. Im Anschluss bilden Workshops mit Expertinnen und Experten aus den Kommunen und aus dem Landratsamt die Basis für die Betroffenheitsanalyse und die Entwicklung von Maßnahmenvorschlägen für die beteiligten Kommunen und das Landratsamt.

Auswirkungen des Klimawandels spürbar

Landrat Christoph Göbel betonte am Rande der Veranstaltung die Bedeutung des neuen Projekts: „Der Landkreis München setzt sich seit vielen Jahren intensiv und auch sehr innovativ mit dem Thema Klimaschutz auseinander. Das zeigen nicht zuletzt Projekte wie unsere Aktion Zukunft+. Mit dem Klimaanpassungskonzept gehen wir nun einen Schritt weiter und nehmen neben dem Schutz unseres Klimas auch die Folgen des fortschreitenden Klimawandels in den Blick. So sind wir in der Lage, konkrete Perspektiven und Lösungen zu entwickeln, um uns bestmöglich an veränderte klimatische Bedingungen anzupassen.“

Dass die Notwendigkeit besteht, sich mit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu beschäftigen, zeigt ein Blick auf die harten Fakten: 2024 lag die Durchschnittstemperatur im Landkreis München im Februar zwischen sechs und acht Grad Celsius, während der Normalwert innerhalb der letzten dreißig Jahre nur knapp über dem Gefrierpunkt lag. Auch die Prognosedaten des Deutschen Wetterdienstes deuten darauf hin: Ohne Klimaanpassung und -schutz könnte es im Landkreis München bis zum Ende des Jahrhunderts eine Erwärmung um vier Grad Celsius geben.

Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen, Evakuierungspläne

Steigende Temperaturen können besonders bei vulnerablen Gruppen, wie Kindern und Senioren, zu Gesundheitsproblemen wie Hitzeschlag, Dehydrierung und Atemwegserkrankungen führen. Das Klimaanpassungskonzept setzt genau hier an: Es kann die öffentliche Gesundheit schützen, indem es beispielsweise Kühlpunkte einrichtet, körperliche Aktivität in kühleren Stunden fördert und die Luftqualität verbessert. Überregional können im Rahmen des Klimaanpassungskonzepts Frühwarnsysteme, Schutzinfrastrukturen und Evakuierungspläne entwickelt werden, um die Häufigkeit extremer Wetterereignisse wie Stürme, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Hitzewellen einzudämmen und somit der Erwärmung der Erdatmosphäre und der Ozeane entgegenzuwirken. **□**

Ihr Pino

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHN. FRAGEN

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Dachau:

Schafkopfspielen für den guten Zweck

„Was wir brauchen, ist ein Kinderarzt und die Sicherung der Refinanzierung unseres Neubauprojekts“

2.300 Euro wurden Ende März beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier im Schlossgut Odelzhausen insgesamt erspielt. Sie gehen komplett an Hilfsprojekte. Den Löwenanteil davon erhält auf Beschluss der drei Schirmherren – Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Initiator Stefan Löwl, Landrat im Landkreis Dachau – das heilpädagogische Kinderheim „die wiege“ in Odelzhausen. Gemeinsam mit Bezirksrätin Stephanie Burgmaier und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel übergab Löwl nunmehr 1.150 Euro an wiege-Heimleiter Thilo Wimmer. „Wir können die Spende, die 1:1 an die Kinder und Jugendlichen geht, gut gebrauchen! Während Corona haben viele Therapiemöglichkeiten gelitten, die wir jetzt wieder aufnehmen. Zwei unserer Kinder besuchen z.B. gerade einen Schwimmkurs, was uns sehr stolz macht. Auch für gemeinsame Ausflüge und andere Aktivitäten kommt uns die Hilfe sehr gelegen“, so Wimmer.

Zielsetzung der „wiege“ ist die individuelle, bedarfsgerechte und ganzheitliche Förderung, Bildung und Erziehung, Pflege und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Landrat Löwl ist sich sicher, dass das Geld hier sinnvoll verwendet wird: „Man kann nur immer wieder dankbar sein, dass es solche Einrichtungen wie „die wiege“ gibt, die sich um die Schwäch-

sten in unserer Gesellschaft kümmern.“

Im Jahr 1966 unter bescheidenen Bedingungen als privates Säuglingsheim von Elisabeth Barth gegründet, bietet das Haus heute in fünf Wohngruppen – verteilt auf fünf Gebäude – Platz für 35 Kinder und Jugendliche mit schweren, oft multiplen Behinderungen. Ein 90-köpfiges engagiertes und hochmotiviertes



Begeisterte Mitspieler beim 1. Kommunalen Schafkopfturnier v.l.: Oberbürgermeister Dieter Reiter, Landeshauptstadt München, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau, Landratspräsident Thomas Karmasin, Landrat im Landkreis Fürstentfeldbruck sowie Landrat Stefan Frey, Landkreis Starnberg. Bild: LRA Starnberg

Team stellt eine liebevolle Rundum-Versorgung nach modernsten medizinischen, therapeutischen und pädagogischen Standards sicher.

Trotz eines spürbaren Fach- und Hilfskräftemangels in der Heilerziehungspflege, Pflege und Pädagogik ist „die wiege“ bald 60 Jahre nach ihrer Gründung für die Zukunft personell gut aufgestellt. Ein Blick in die Historie der Einrichtung auf der Internetseite www.die-wiege.info verrät, dass oft Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine lange Beschäftigungszeit zurückblicken; viele Jubiläen sind aufgelistet. „Hier arbeitet man gerne, jeder schätzt das familiäre Umfeld. Einen Fachkräftemangel haben wir nicht“, sagt Wimmer. Schwieriger ist die Suche nach einem Kinderarzt oder einer Kinderärztin, die auch ins Haus kommen: „Wenn hier

jemand weiterhelfen kann, möge er oder sie sich bitte melden!“

Geschäftsführer und Enkel der Gründerin des Kinderheims Philipp Barth ergänzt, dass für die mittelfristige Sicherung des Heims dringend barrierefreier Wohnraum für die Kinder und Jugendlichen geschaffen werden muss. Bereits seit 2017 versucht Familie Barth die Refinanzierung des Kinderheim-Neubaus zu sichern. Mit dem Neubau der Einrichtung können auch weitere dringend erforderliche Heimplätze in Bayern geschaffen werden. Ein sehr gut geeignetes Grundstück in Odelzhausen dafür ist vorhanden und die Baupläne sind von der Regierung von Oberbayern und dem Gemeinderat bereits bewilligt. Zur Sicherung der Refinanzierung einer neuen Einrichtung bittet „die wiege“ um Mithilfe von Politik und Wirtschaft.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Mit dem Bezirk Oberbayern besteht eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung, die laufenden Kosten werden aus dem Sozialhilfefonds des Bezirkes bestritten. „Die wiege ist die einzige private Einrichtung in Bayern, die Heimplätze im Kinder- und Jugendbereich anbieten kann. Außerdem ist sie eine von nur vier Einrichtungen in Bayern, die auch Kinder unter drei Jahren aufnehmen darf“, Bezirksrätin Stephanie Burgmaier betont die Wichtigkeit dieses Hauses. Sieger des Schafkopftrennens wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röh-

moos, Arthur Stein. Den zweiten Platz machte Günther Meilhaus. Dritter wurde Josef Märkl, Gemeinderat Bergkirchen. Der Rest des Preisgeldes fließt in gemeinnützige Einrichtungen, die von den drei Gewinnern benannt wurden (Dachauer Tafel, Krieger- und Soldatenverein Odelzhausen und die Schützen-Gesellschaft Pachara 1885 Unterbachern e.V.). Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische Gemeindezeitung. Wichtig: Eine Neuauflage ist geplant! CH



V.l. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Heimleiter Thilo Wimmer, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau und Bezirksrätin Stephanie Burgmaier, Bezirk Oberbayern. Bild: LRA Dachau

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9/2024, die am 3. Mai 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser - Abwasser
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau - Forst - Friedhof

GZ

LIEFERANTENNACHWEIS

GZ

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung

energie
schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell, Stabil, Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG
UNSERE GRÜNE
GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektive Räumarbeiten

BUCHER
municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für
multifunktionale
Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im
laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch
modulare Bauweise

Keim- und schadstoff-
übertragungsfrei

Werkseigener
Kundendienst

Systemverantwortung
durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

SEW®

Teichrettung

WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE

MIKROBIOM
LAB
INNOVATION



Mit dem Unitrac ganzjährig einen Schritt voraus

Gemeinden in ganz Europa schätzen die vielseitigen und leicht zu bedienenden Unitracs von Lindner. Einer der großen Vorteile: Die stufenlosen und wendigen Transporter punkten 365 Tage im Jahr bei den unterschiedlichsten Einsätzen.

Die Bandbreite reicht vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine bis zum anspruchsvollen Winterdienst mit Streuer, Schneepflug und Schneefräse. Spitzenmodell im Transporterbereich ist der stufenlose Unitrac 122 LDrive. Zum Einsatz kommt ein Perkins-Syncro-Turbodiesel-Motor mit 4-Zylindern, der Stufe 5 erfüllt. Profis stehen 122 PS (90kW) zur Verfügung. Das Drehmoment beträgt 500 Nm bei 1.500 U/min. Ein weiteres Highlight ist das Lindner-ZF-Stufenlosgetriebe. Der Unitrac 122 LDrive fährt stufenlos bis 50 km/h, alle Einstellungen erfolgen über die LDrive-Armlehne. Die Mehr-Kreis-Hydraulik hat eine Verstellpumpe, die bis zu 88 l/min liefert.

Für Fahrkomfort steht das Hochleistungsfahrwerk mit Einzelradaufhängung und hydraulischer Federung mit Niveauregelung. Optional gibt es die 4-Rad-Lenkung, die den Unitrac sehr wendig macht. Durchblick bei Nebel oder in der Nacht gewährleistet der Voll-LED-Hauptscheinwerfer inklusive LED-Tagfahrlicht und zusätzlichen LED-Scheinwerfern oben. Bis zu 6.000 kg Nutzlast und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Gemeinsam mit bewährten Gerätepartnern stellt Lindner effiziente Komplettlösungen zur Verfügung: vom Schneepflug bis zum 3-Seiten-Kipper mit Kran.

Lintrac mit Noremat: Gut gepflegter Straßenrand

Lindner und das französische Unternehmen Noremat haben eine Profi-Lösung für die Pflege von Straßen und Wegenetzen im Programm. Der Lintrac mit Noremat ist der Spezialist für die professionelle Pflege von Straßenrändern.

Die wendigen und kompakten Modelle sind für professionelle Dienstleister maßgeschneidert. Ein Highlight ist die eigens konstruierte Fahrerkabine. Der Böschungsmäher mit Knickarm arbeitet seitlich des Fahrers. Er hat so gute Sicht auf das Anbaugerät. Auf der rechten Seite ist eine Polycarbonatscheibe eingebaut. Kracht ein Stein gegen die Windschutzscheibe, wird der Fahrer geschützt. Der Fahrer steuert die Geräte über eine eigene Armlehne mit gleitender Armaufgabe im Traktor. Diese ist so ergonomisch gestaltet, dass der Fahrer auch bei sehr langen Einsätzen optimale Arbeitsbedingungen vorfindet. Erhältlich sind zusätzlich Profi-Anbaugeräte wie Astschneider, Mulcher oder Leitschienen-Mähgeräte.

Sie wollen den Lintrac mit Noremat in Action auf der Großglockner Hochalpenstraße in Österreich sehen? Dann gleich QR-Code scannen und sich im Video von den Vorteilen im Praxiseinsatz überzeugen!



Der Lintrac mit Noremat erfüllt die hohen Anforderungen von Kommunalprofis.

Der stufenlose Lintrac 100 mit Noremat punktet mit seiner kompakten Kabine. Der Motor der Stufe 5 bringt 117 PS auf die Straße. Außerdem gibt es auch den mit 136 PS stärksten Lindner-Traktor, den stufenlosen Lintrac 130, als Spezialmodell mit Noremat. Damit können auch größere Anbaugeräte problemlos verwendet werden. Fahrer haben über das Dachfenster freien Blick auf den Astabschneider: Das ist ideal beim Mähen von Alleen.

Lindner auf der IFAT

Von 13. bis 17. Mai 2024 bekommen die Besucher der IFAT beim Lindner-Stand (C5.315/414) aus erster Hand alle Informationen zum Kommunalprogramm des österreichischen Fahrzeugherstellers. Die stufenlosen und wendigen Traktoren und Transporter von Lindner punkten ganzjährig bei den unterschiedlichsten Einsätzen: vom Transport über Arbeiten mit der Kehrmaschine und dem Böschungsmäher bis zum Winterdienst mit Streuer und Schneepflug. Spitzenmodell bei den Transportern ist der Unitrac 122 LDrive, den Lindner auf der IFAT mit der speziell abgestimmten Triletty-Kehrmaschine zeigt. Alle Infos gibt es darüber hinaus zum Lintrac mit Noremat, dem Spezialisten für die professionelle Pflege von Straßenrändern.





Der Unitrac spielt seine Stärken auch dort aus, wo wenig Platz ist.

Jetzt QR-Code scannen und sich im Video vom Lintrac und Unitrac im Solarpark überzeugen:



Wendig im bayerischen Solarpark

Lindner hat die maßgeschneiderten Traktoren und Transporter für Einsatzprofis in den bayerischen Kommunen im Programm. Lintrac- und Unitrac punkten aber nicht nur beim Transport, dem Winterdienst oder mit der Kehrmaschine, sondern auch bei sehr beengten Platzverhältnissen wie im Solarpark Schornhof der Anumar GmbH in Bayern. Dort wird auf mehr als 200 Hektar umweltfreundliche Sonnenenergie produziert. „Durch die Solarmodule, die auf Pfosten angebracht wurden, ist es für uns teilweise schwierig, den Park in den engen Reihenabständen zu pflegen. Hinzu kommt, dass der Solarpark auf Moorgrund errichtet wurde und wir uns an vorgegebene Mähzeiten halten müssen.

Wir benötigen also ein Gerät, das auf großer Fläche, in den Reihen zwischen den Modulen und auf Moorgrund effektiv arbeitet. Der Unitrac von Lindner erfüllt alle diese Anforderungen“, erläutert Johannes Kögl, Leiter Betrieb bei Anumar.

Ihre Ansprechpartner in Bayern



*Gebietsverkaufsleiter
Bayern*

Manfred Entner

Tel. +43 (0)
5338 74 20-605

manfred.entner@lindner-traktoren.at



*Gebietsverkaufsleiter
Schwaben*

Martin Radlingmaier

Tel. +43 (0)
5338 74 20-181

martin.radlingmaier@lindner-traktoren.at



Smarte Transporter

TracLink unterstützt Unitrac-Fahrer bei der Bedienung aller Anbaugeräte und sorgt immer für die optimale Abstimmung von Fahrzeug und Gerät. Außerdem erstellt es eine automatische Einsatzdokumentation, z.B. ein Streuprotokoll. So kann bequem nachverfolgt werden, welches Gerät wie lange im Einsatz war und wie viel Material verwendet wurde. Die Daten werden automatisch im TracLink-Portal gespeichert. Neben Lindner-Fahrzeugen kann der gesamte Fuhrpark mit dem System ausgerüstet werden.

Kommunalforum Alpenraum: „KI muss es Menschen leichter machen“

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich beim Kommunalforum Alpenraum 2024 grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI.

Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen.

Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!“ David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Traktoren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

In einer Talkrunde tauschten sich Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bayerischer



Blickten in die KI-Zukunft der Gemeinden (v.l.): Lindner-Geschäftsführer David Lindner, Hermann Lindner, Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Franz Rasp (Bürgermeister Berchtesgaden und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags) und AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer.



Zahlreiche Gemeindevertreter aus dem Alpenraum informierten sich darüber, wie Künstliche Intelligenz ihren Arbeitsalltag verändern wird.

Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Raggi (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor aus. KI müsse dazu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen, so der Tenor. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden.

Familienunternehmen seit vier Generationen

Vor mehr als 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor produziert. Heute fertigt Lindner in Kundl jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Seit 1948 hat Lindner 80.000 Traktoren ausgeliefert und zählt heute 40.000 Kunden – von Bayern bis nach Kanada. Lindner beschäftigt 273 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Geschäftsführer sind David, Christoph und Stefan Lindner.

Lindner im Internet: lindner-traktoren.at

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindeverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische Gemeindezeitung und Bauhof-online.

Alle Infos auf www.kommunalforum-alpenraum.eu und auf [LinkedIn](https://www.linkedin.com).

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Bilder: Lindner
Gestaltung: Britta Eriskat
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck, Bamberg
Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de